DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 1 34 02

66 7. JAHRGANG März '90 5,00 DM

AUS DEM INHALT:

KUNST ALS WIDERSTAND

Die Ausstellung »Kunst als Widerstand«, die ab dem 1.März in Kiel in der »Pumpe« zu sehen sein wird und von dort aus als Wanderausstellung auf Tour geht, soll eine Form praktischer Solidarität für von Kriminalisierung Betroffene sein. Gezeigt werden einerseits inkriminierte Plakate aus dem Widerstand der 80er Jahre, die in ihrem politischen Kontext und mit Informationen über ihre Geschichte ausgestellt werden, andererseits Plakate aus dem Widerstand von den 20er Jahren bis 1945, um die Kontinuität von Repression in der Kunst darzustellen.
Begleitet wird die Ausstellung von Rahmenveranstaltung zu dem Thema und Solidaritätskonzerten, mit dem Ziel, mehr zu erreichen als nur »auszustellen«.
Ein Beitrag auf Seite 5

„GROSSARTIGES ANGEBOT" FÜR FRAUEN

Die geschäftstüchtigen MessemacherInnen der Messe Düsseldorf haben eine vielversprechende gesellschaftliche Kraft neu entdeckt: die emanzipierte, selbständige und leistungsorientierte Frau.
Das großartige Angebot: Die Frauen »dürfen« eine Messe mit Kongress selbst gestalten – sie dürfen zeigen, was sie zu leisten im Stande sind!
...Und da gibt es tatsächlich noch Frauen, die dieses Unternehmen kritisch beäugen.
Siehe dazu Seite 12.

RADIKALÖKOLOGISCH UMGESTALTEN

Konkrete Vorschläge für eine Umgestaltung der Bioläden, weg von der Entwicklung zum Bio-Supermarkt, bringt Herrmann Cropp von der Naturkostredaktion. Sein Weg zur »Revolutionierung aller Lebensbereiche« betrifft nicht nur die LadnerInnen, sondern auch die VerbraucherInnen.
Wichtig ist es ihm, daß ein bißchen »Naturköstlichkeit« nicht ausreicht, sondern eine ökologische Lebensweise den gesamten Alltag auf eine ökologische Wirtschaft und Hauswirtschaft ausrichten muß. Das bedeutet sowohl für die LadnerInnen als auch für die VerbraucherInnen eine Menge Eigeninitiative – und viel Phantasie.
Dieser Beitrag soll die Diskussion darum anregen, wie wieder Bewegung in die Naturkostszene zu bringen ist, ohne die Ansprüche aufzugeben bzw. wieder zu ihnen zurückzukehren.
Weitere Diskussionsbeiträge sind dringend erwünscht – sowohl beim »Naturkostratschlag« (vom 22. bis 24. Juni) als auch für eine Auseinandersetzung in CONTRASTE.
Mehr dazu auf Seite 13.

FRAUEN-NACHT-TAXI

Die MitarbeiterInnen des Selbstverwalteten Unternehmens puk mimicur in Göttingen sahen in ihrem Entschluß, eine Frauen-Nacht-Taxi zu verbilligtem Fahrpreis einzurichten, auch die politische Dimension ihrer Initiative. Zunächst ohne eine Unterstützung der Stadt wurde der Fahrdienst in einem Probelauf eingerichtet, wobei das Risiko kostenmäßig bei dem Unternehmen selbst lag. Als Ergebnis konnte der große Bedarf nach einer solchen Einrichtung nachgewiesen werden.
Trotzdem: Der Finanzausschuß der Stadt sieht dennoch keinen Handlungsbedarf!
Wie das Projekt fortgesetzt werden kann, steht noch in den Sternen.
Ein Bericht auf Seite 14.

BANANENREPUBLIK DEUTSCHLAND

Der Tanz um die goldene Banane

Die DDR-Novemberrevolution ist ganz offensichtlich entschieden. Die Forderung „Alle Macht der Knete!" scheint sich gegenüber rätesozialistischen, anarchistischen, radikaldemokratischen, -ökologischen und -sozialen Alternativen durchgesetzt zu haben. Westdeutsche Politiker machen derweil unmißverständlich klar, was es am 18. März tatsächlich „frei" zu wählen geben soll: D-Mark oder Staatsbankrott! Jenseits aller wirklichen Probleme unserer Gesellschaft, aber diesseits des Bodens unserer FDGO trifft sich das deutsche Einerlei im Ringelreih um das goldene Kalb... Oder tanzt da vielleicht doch wer aus der Reihe?

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Kurt Regenauer, Redaktion Nürnberg ● Wie nie zuvor wird in diesen Tagen deutlich, wer eigentlich der Souverän ist. Gerade meldet das Radio, Bundesinnenminister Schäuble habe erklärt, nach der DDR-Wahl werde es womöglich gar nicht erst zu einer Regierungsbildung kommen (Wer ist das Volk und was hat es überhaupt zu wählen?).

Die Volkssouveränität in beiden Teilen Deutschlands wurde somit in dankenswerter Offenheit auch als das bezeichnet, was wir immer nur vermutet haben: als „freie, geheime und gleiche" Akklamation der westdeutschen Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft, des ungeheuren Reichtums, den sie auf Kosten anderer angehäuft haben und der Rechts- und Staatsordnung, die ihnen das ermöglicht. Um nichts anderes geht es den drüben wahlkämpfenden westdeutschen PolitikerInnen. Da soll sich das Volk gefälligst auch unterstehen, eine eigene Regierung zu wählen!

Andererseits hat die Volksbewegung des letzten Herbstes doch deutliche Spuren hinterlassen. Zwar ist ihr radikaldemokratischer Ansatz im Trubel des schwarz-rot-goldenen Volksfestes, spätestens seit Dezember, erstickt. Und die putschartige Vorverlegung des Wahltermines hat ein übriges bewirkt. Noch ehe in der frisch erkämpften Freiheit eigene Vorstellungen über die Zukunft Fuß fassen können, soll das übliche Bild der Wahlkämpfe, das DDR-Bürger bereits aus dem Westfernsehen kennen, eine Polarisierung ins Zweiparteiensystem erbringen.

Dennoch existieren die radikalen Ansätze zur Opposition weiter. Mit hastig hektografierten Zetteln wird „Wahlkampf" geführt und nicht nur das. Es entstehen Bürgerkomitees für Direkte Demokratie. Häuser, Fabriken und Wohnungen werden besetzt. Ein Mieterbund entsteht. Die Frauenbewegung wacht auf und Freiräume für eine Gegenkultur werden gefordert. Neue Zeitungen einer Gegenöffentlichkeit werden gegründet. Unabhängige Gewerkschaftskomitees bereiten sich auf die neuen Ausbeuter vor und fordern neue Formen der Vergesellschaftung und Demokratisierung der Betriebe.

Dies alles geschieht in der Einsicht, daß alles, was vor endgültiger Übernahme des Volkes durch eine neue oder gar westdeutsche Regierung durchgesetzt werden kann, später auch nicht mehr so einfach zur Disposition zu stellen ist. Es ist daher wohl mehr als bloßer „Wahlkampf", der derzeit für Basisbewegungen der DDR ansteht. Ein neuer Raum ist zu definieren, der selbst gestaltet und selbstverwaltet werden kann, solange es ein Machtvakuum gibt. ●

Weiteres auf den Seiten 2 bis 4

P 8008 E

00.2621 001 4
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

ENTWICKLUNG IN DER DDR AUS KOMMUNESICHT

Der Traum der Commune

Einerseits hat die Entwicklung in der DDR und im gesamten Osteuropa wohl nichts mit uns und unseren Projekten zu tun. Andererseits ist aber der Anspruch, den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang unseres Projektes nicht zu übersehen, über Entwicklungsprozesse zu reflektieren – denn auch die hier geschaffenen Gegenmodelle befinden sich immer in einem Prozess der Weiterentwicklung.

Von Regina Engel, Redaktion Kassel ● Auch wenn vordergründig das Scheitern des real existierenden Sozialismus nichts zu tun hat mit unseren Utopien und auch mit unseren konkreten sozialistischen, dem was wir unter kollektivem und selbstverwaltetem Leben und Arbeiten verstehen – das was dort passiert, und auch das, was bei uns daraus gemacht wird, geht uns an und sollte aus unserer Praxis heraus beurteilt werden.

Man/frau könnte sich mit einem „das haben wir doch schon immer gewußt, daß das kein Sozialismus ist" abwenden und zum Alltag zurückkehren. Doch es wäre ein ziemlicher Schwächebeweis der Linken in der BRD, zu diesen Ereignissen zu schweigen bzw. hier keine Position zu beziehen, die darüber hinaus geht. Die Kraft kann nicht nur aus der Negation kommen.

In diesem Zusammenhang liegt es nahe, auch über die eigenen sozialistischen Ideen zu reflektieren, deren Geschichte und Entwicklung ihren Bezug zu der Geschichte Osteuropas (und auch der Sowjetunions und Chinas...) nicht leugnen kann.

Besonders Kommuneprojekte bekommen oft den Vorwurf, sich ein Inseldasein aufzubauen, das nicht dazu beitragen kann, gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen, weil es in einer schlechten Gesellschaft nichts Gutes geben kann.

Die Kommunen, die in dem Schwerpunkt dieser CONTRASTE-Ausgabe zu Wort kommen, legen großen Wert darauf, daß in ihrem Projektalltag der Bezug zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung nicht verloren geht. Wesentlicher Aspekt des Zusammenlebens ist es, nicht nur „mikrokosmisch" im eigenen Bereich kommunitäre Lebens- und Arbeitsformen zu entwickeln, sondern auch gemeinsam politische Verantwortung besser wahrnehmen zu können.

Die Zorrows in Berlin haben als Reaktion auf den allseits gefeierten „Sieg des Kapitalismus" und die anscheinende Resigation der Linken in der BRD wieder eine Parole an ihrer Hauswand: „Der Traum der Commune, der schlief doch nur und ist doch – noch lange nicht tot." – Es gilt im Momment mehr denn je, in dem Wiedervereinigungsjubel darauf aufmerksam zu machen, daß es auch noch etwas anderes gibt, Gegenmodelle zu diesem System.

Auch das Projekt A, als anarchistisches Siedlungsprojekt, sieht seine Aufgabe darin, einen positiven Ansatz zu formulieren. Und ein wichtiger Ansatzpunkt dafür ist die Praxis im Projekt, die Strukturen in der Szene – d.h. unsere Realität.

Für den Austausch mit Gruppen aus der DDR heißt das, wie Uwe aus der Kommune Lutter betont, nicht „missonarisch" tätig sein zu wollen, sondern sich kennenzulernen und voneinander zu lernen.

Daß die politischen Strukturen in der DDR scheinbar kaum anders sind als in der BRD – von Rechts bis Links ist alles vertreten, für die Masse die Mittelmäßigkeit – mag zunächst erstaunlich auch enttäuschend, wahrscheinlich aber auch nur oberflächlich richtig sein. Bei einer genaueren Auseinandersetzung mit der Linken in der DDR, läßt sich wohl feststellen, daß eine jahrzehntelange andere Alltagspraxis natürlich auch wesentliche Unterschiede geprägt hat und daß es für uns dort interessante neue Aspekte kennenzulernen gibt (siehe auch S.3 und 4 in dieser Ausgabe)
Es bedeutet auf jeden Fall mehr als „im Trend" zu liegen, wenn man sich aus der Sicht des konkreten Projektansatzes mit der Entwicklung in der DDR auseinandersetzt ... ●

Mehr dazu auf unseren Schwerpunktseiten 6 bis 10.

SOLIDARITÄT UND VERNETZUNG

Partnerprojekte international!

In diesen Tagen steht bekanntlich die DDR in den Schlagzeilen. „Netzwerk puscht DDR-Opposition" heißt es in der Berlinausgabe der taz (gemeint sind Gelder der Bundesgrünen und der AL, die über ein Netzwerk-Konto linken Gruppen und Projektgruppen drüben zugehen und ein gemeinsamer Aufruf für Kohle und Sachspenden über dieses Konto und diese Adresse). Die taz erscheint mit Ost-Teil auf beiden Seiten der Mauer und auch CONTRASTE war in Dresden, um Fäden zu spinnen, Netze zu bilden und dann natürlich auch, um zu berichten.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Kurt Regenauer, Redaktion Nürnberg ● Derweilen erreicht uns auch ein Brief von Franklin N'kangou Mikangou, Herausgeber einer Zeitschrift für afrikanische freie AutorInnen, JournalistInnen und andere KorrespondentInnen aus verschiedenen Ländern Afrikas mit dem auf diese Situation passenden Titel „Bëto", was Bantu ist und auf deutsch „Wir" heißt. Franklin und seine FreundInnen powern das deutschsprachige Magazin mit Auflagen von ca. 3 -4 Tsd. unter Einsatz geringer Eigenmittel und mit viel Eigeninitiative.

Wie er versichert, ist Bëto in den vergangenen drei Jahren siebenmal erschienen, eine anfürsich vorgesehene vierteljährliche Erscheinungsweise habe aber wegen finanzieller Schwierigkeiten nie richtig geklappt.

Konventionelle Vertriebs-und Promotionsmöglichkeiten waren bislang aus denselben Gründen noch gar nicht möglich und alternative Anstrengungen, etwa auf einschlägigen Veranstaltungen, an den Unis und eigener Kulturarbeit haben ihre Grenzen erreicht. Das Projekt braucht dringend Knete.

Den Reichtum teilen...

Solidaritätsappelle hüben und drüben sollten wohl kaum konkurrieren. Solidarität hat ihren Wert ja bekanntlich dadurch, daß sie unteilbar und international sein sollte, aber auch durchaus kritisch sein kann.

Spendenaufrufe treffen zudem auf das Manko, daß ein nennenswerter Anteil der potentiellen AdressatInnen selber zu den ca. 6 Mio. Menschen in diesem, unseren Lande (gemeint ist natürlich die BRD und Westberlin) gehören, die – weder linke ErbInnen noch Yuppies und obwohl im reichsten Land Europas – ihren eigenen Lebensunterhalt kaum bestreiten können.

Außerdem krebst ein nicht unbeträchtlicher Anteil unserer verehrten LeserInnen in eigenen Projekten rum, die ihrerseits Solidarität und außerordentlicher Zuwendung bedürfen. Einigen mag es dabei sogar gelingen, zumindest ökonomisch am Reichtum des Kapitalismus in hinreichender Form teilzuhaben, aber anderen stellt sich die Frage vielleicht auch so, in anderweitiger Form internationale Solidarität zu praktizieren.

Alle nach ihren Möglichkeiten

Dennoch soll die Waffe der Solidarität mehr als bloßes Geschwafel sein: Dem Neuen Forum Stendal (siehe Leserbrief der letzten Ausgabe von Contraste) wird sie sich demnächst in Form eines (für den Wahlkampf dringend erforderlichen) alten Kopierers materialisieren, den unsere Redaktion Südwest übrig hatte. Die Dresdner Vereinigte Linke hat bereits eine alte Druckmaschine aus Stuttgart und eine anarchistische Initiative aus Mannheim sammelt und spendet (ebenfalls Druckinfrastruktur) für eine Föderation anarchistischer Gruppen in Polen.

CONTRASTE wird weiterhin alle Aufrufe und alle Spendenaktionen in ihrer ganzen Breite dokumentieren. Darüberhinaus lohnt sich jedoch allemal, auch eine Diskussion zu beginnen, die Druckmaschinen dann, wenn sie mal stehen, in aller Herren Länder anzuschmeißen, Papiere auszutauschen und sich darüber klar zu werden, wohin die Reise der internationalen Solidarität eigentlich gehen soll.

Den Reichtum unseres Landes können wir allein durch Spenden gar nicht teilen. Zu Zeiten, in denen ein mächtiges Europäisches Haus mit Mercedes-Stern und Deutsche Bank-Emblem im Giebel gebaut wird, sollten die Kellerkinder dieser Entwicklung daher eine umfassende, politische, ökonomische und interkulturelle Vernetzung anstreben...

CONTRASTE veröffentlicht daher nicht nur zahlreiche Solidaritätsappelle und eine ganze Latte Kontonummern, sondern bemüht sich gleichzeitig, ein politisches Bündnis zu schließen. Die diversen Fraktionen des Selbstverwaltungsbereichs sollten ihren Solidaritätsbemühungen ein gemeinsames Ziel geben, wollen sie sich nicht dem Verdacht aussetzen, lediglich zur Selbstlegitimation oder gar nur für PR-trächtige Schlagzeilen im Sinne des eigenen Vereins zu handeln.

Nach unseren Vorstellungen wäre dieses Ziel ja eine Europäische Projektemesse , auf der alle - bereichs- und branchenspezifischen sowie thematischen - Dimensionen einer internationalen Solidarität und Vernetzung eine Rolle spielen. Diese Ausrichtung mag wahnwitzig und hyperdimensional klingen. Allein, worin soll die Alternative zu dieser Alternative bestehen?

Die „große politische Offensive" wünschen wir uns ja schließlich gar nicht herbei. Sie findet statt und wir haben die Möglichkeit, uns dazu zu verhalten und einen eindeutigen Standpunkt einzunehmen oder werden als Selbstverwaltungsbereich im internationalen Meer einer „Ökonomie der Armut" untergehen.

In diesen Tagen tritt CONTRASTE daher an etliche Organisationen, Zeitschriften und Initiativen, von denen wir wissen/annehmen/erwarten, daß sie die Messeidee unterstützen, mit dem Ziel heran, eine gemeinsame Einladung zu einem 2. bundesweiten Vorbereitungstreffen zu unterzeichnen. Unser Vorschlag ist, am Wochenende vom 4. bis zum 6. Mai in Westberlin zu tagen und die Vorbereitung der Planungsgruppe in Westberlin zu übertragen.

WESTLICHE HILFE BEI SANIERUNG IN BERLIN-DDR

Auferstanden aus Ruinen

Ein Stimmungsbild aus dem historischen „Scheunenviertel" in Ostberlin, DDR.

Andreas Küstermann, Redaktion Südwest ● Alles war gut organisiert und vorbereitet, als am Samstag, den 17. Februar vollbeladene Kleinlastwagen, PKW's und Fahrräder an die siebzig HelferInnen nach Ostberlin brachten, um einen Tag lang Nachbarschaftshilfe zu leisten.

Gerufen hatten die MitgliederInnen einer BürgerInneninitiative, die sich den Erhalt des Scheunenviertels und damit nicht nur der Fassaden, sondern auch des Wohnraums zum Ziel gemacht haben. Allerdings mangelt es bisher an HandwerkerInnen in der BI, die bereit und in der Lage sind, die katastrophalen Zustände an den Häusern wenigstens notdürftig zu beheben. So wurde Kontakt zu Planungsbüros und Betrieben in Berlin West aufgenommen, die teilweise schon an einer ähnlichen Aktion in Potsdam beteiligt gewesen waren. Nach Vorgesprächen und Lokalterminen einigte man sich darauf, die Arbeit auf drei Häuser und einen ummauerten Platz zu konzentrieren, der vorläufig als Bauhof dienen soll. Dächer, Fenster und Türen sollten abgedichtet und dem zukünftigen Bauhof ein Tor verpaßt werden. Dringlich war auch, die Fassade eines besetzten Hauses in der Rosenthaler Straße zu „klammern", da sie abzustürzen drohte. Planung der Spezialarbeiten und Organisierung des Materials kam aus sanierungserfahrenen Kreisen der Westberliner Szene. So waren die Voraussetzungen gut, gemeinsam mit der BürgerInneninitiative mehr als nur ein Zeichen zu setzen.

Es hätten sicherlich auch andere Viertel sein können, aber es spricht genug dafür, daß es gerade dieses ist. Geplant war eigentlich, nach Entmietung und Abriß der Mulack- und der Rosenthaler Straße, ein Heizhaus zu bauen und damit nach und nach die Neubauten des Viertels zu heizen, die in Billigbauweise hochgezogen worden wären, der Bauplatz für das Heizhaus war schon teilweise vorbereitet – es fehlte nur noch das Gelände der Mulackstraße 37, wo es folgerichtig auch eines Nachts zu brennen begann, da tagsüber schon zu viele Augen nach dem Haus in Schlüsselposition schauten. Allerdings wurde das Feuer sehr schnell entdeckt und auch die Feuerwehr war früh genug zur Stelle, um das Schlimmste zu verhindern. Eine Woche vor dem geplanten offiziellen Beginn der „Sanierung" wurde die Planung auf Eis gelegt und die heutige Zusammenarbeit zwischen BürgerInneninitiative und Stadtplanungsbüro läßt hoffen, daß der Abrißplan der Entscheidung zum Erhalt gewichen ist.

Das Scheunenviertel war das ehemalige Judenviertel in Berlin, es war niemals Ghetto, aber immer ein Ort engen Zusammenwohnens und großer Geschäftigkeit. Bordelle und Straßenstrich waren dort angesiedelt (das letzte bis 1952) und auch viele Kneipen. Eine davon war die Mulackritze, in der Zille malte, Brecht, die Dietrich und andere Persönlichkeiten verkehrten und die 1963 vollkommen unsinnigerweise, da in der Substanz noch gut, abgerissen wurde. Diese und ähnliche Zusammenhänge berichteten Menschen, die sich eingefunden hatten, um das Treiben zu bestaunen. Aber auch solche gab es, die mißtrauisch argwöhnten, daß hier die ersten Westler Besitz ergreifen, oder die Angst hatten, bei einer „nur" Erhaltung niemals aus ihren Wohnumständen in Neubauwohnungen umziehen zu können. ●

SPENDENKONTEN:

-Bëto- (afrikanisches Magazin freier AutorInnen)
Franklin N'kangou Mikangou
Postgiro Essen
Kto. 353400-439 - BLZ 36010043
(kein Kennwort)

Föderation anarchistischer Gruppen in Polen
Druckwerkstatt Cachou
Stadtsparkasse Mannheim
Kto. 7548985 - BLZ 67050101
Kennwort: Martin

Vereinigte Linke
Hanna Mittelstädt
Postgiro Hamburg
Kto. 215732-204 - BLZ 20010020

Kennwort: VL Neues Forum
RA Rupert v. Plottnitz, MdL Grüne
Frankfurter Volksbank
Kto. 95800-0 - BLZ 50190000
Kennwort: Spende Neues Forum

Liebe Freunde und Genossen!
Wir versenden diesen Rundbrief an verschiedene Projekte und Einzelpersonen, bei denen wir davon ausgehen, daß der Wunsch nach gesellschaftlichen Veränderungen noch wach geblieben ist.

Sicher sind auch viele von Euch (zumindest halbwegs) auf dem Laufenden über die revolutionären Ereignisse in den Ländern Osteuropas. Uns hat sich nun sehr konkret die Möglichkeit geboten, praktisch mit anzufassen beim Aufbau der dortigen oppositionell-sozialistischen Strukturen. Über einen Kontakt zur Föderation der verschiedenen anarchistischen Gruppen in Polen (das gibt es seit Mitte 1989) schicken wir mehrere Geräte und Maschinen dorthin, mit denen der Anfang zu einer Infrastruktur von Kleindruckereien bzw. Druckmöglichkeiten gemacht werden soll.

Wie Ihr Euch sicher vorstellen könnt, sind unsere finanziellen Möglichkeiten nicht auf der Höhe dessen, was wir gern alles tun würden. Hinzu kommt, daß die Menschen in diesen Ländern durch die Konfrontation ihrer maroden Wirtschaft mit dem Kapitalismus zunehmend selber am Hungertuch nagen. Sie sind also nicht oder kaum in der Lage, die benötigten sehr teuren Materialien im notwendigen Rahmen zu finanzieren.

Also überlegt Euch, inwieweit Ihr Euch an dieser praktischen Form der Solidarität beteiligen wollt bzw. könnt. Gebraucht werden:

○ 1. Natürlich das Geld für die Materialien, um die Maschinen am zukünftigen Standort gleich anlaufen zu lassen.
2. weitere Maschinen und Geräte, vorrangig kleinere Druckeinheiten (mit denen wir ja auch alle angefangen haben) oder Kopierer.
3. Materialien, z.B. Papier (möglichst verpackt und formatiert), Druckfarben etc. oder auch gute Schreibmaschinen.
4. weitere Ideen und viel Tatkraft.

Dies ist eine Initiative von
Druckwerkstatt CACHOU — Mannheim, Pozzistr. 10
Medienzentrum — Elmstein, Alte Forststraße
Schwarzer Freitag — Mannheim
(anarchistischer Diskussionszirkel)

Stadtsparkasse Mannheim
Kto. 7548985 - BLZ 67050101 - Kennwort: Martin

Druckmaschinen für das
NEUE FORUM

Besonders eine friedliche Revolution braucht Informationen -Flugblätter, Plakate, eigene Zeitungen und Bücher! Was bisher durch Zensur und STASI unterdrückt wurde, kommt heute durch die Folgen von Plan- und Mangelwirtschaft noch nicht voran. Deshalb soll in Leipzig – als Hilfe zur Selbsthilfe! – der Grundstein für eine kleine Druckerei aufgebaut und das Büro des NF mit Kommunikationstechnik ausgestattet werden. Das NF in anderen Städten sucht gut funktionierende elektrische Schreib- und Abzugsmaschinen, Fotokopierer, A 4- und A 3-Druckmaschinen, Drukkereizubehör usw.

Wir unterstützen das NF, weil es ein sehr breites Bündnis der Volksbewegung umfaßt, und sich - bis dahin isolierte - linke, alternative und ökologische Gruppen in ihm zusammengeschlossen haben!

Solidaritätsgruppe für das
NEUE FORUM
Jungstr. 13, 6000 Frankfurt/Main 90

Spendenkonto:
Rechtsanwalt Rupert v. Plottnitz, MdL DIE GRÜNEN
„Spende NEUES FORUM"
Frankfurter Volksbank
Konto 95800-0
BLZ 50190000

Spenden für die
VEREINIGTE LINKE!

Um ein Gegengewicht zu den Aktivitäten der diversen Parteizentralen, Wirtschaftsverbände und Stiftungen zu schaffen, brauchen die sozialistischen Oppositionsgruppen unsere Hilfe.

Es fehlt der Linken in der DDR nicht an Mut, Kompetenz und kämpferischen Willen, wohl aber mangelt es ihnen an allen nur denkbaren materiellen Mitteln, um ihre Positionen bekanntzumachen. Sie haben derzeit faktisch keine Möglichkeiten zum Druck von Flugblättern, Plakaten oder Zeitungen.

Deshalb ist unsere praktische Solidarität gefordert. Wir haben uns entschlossen, einen Finanzfonds für Druckmöglichkeiten zu schaffen.

Wir bitten Euch, diesen Solidaritätsfonds durch eine Spende zu unterstützen. Die Zeit drängt, handelt jetzt!

Schickt einen Scheck/Sammelt unter Freunden/Helft anderweitig mit!
Dieser Aufruf entstand im Umfeld der Zeitschrift AKTION

Geldanweisungen bitte auf das
Postgiro Hamburg
Hanna Mittelstädt
Kto. 215732-204
BLZ 20010020
Stichwort VL

GEGENMACHT

Alles Gute kommt von unten!

Im November auf der Demonstration der 1,5 Millionen in Ostberlin waren sie das erste Mal aufgetreten (oder wurden zumindest erst damals im Westen bekannt): Ein kleiner, couragierter Trupp Frauen bildete einen Frauenblock und sogar versprengte Ost-Autonome wurden (von der taz) gesichtet. Heute bilden die Feministinnen schon einen eigenen Wahlvorschlag (im Bündnis mit den DDR-Grünen) und auch Autonome/Antifa sind in Linkskreisen keine Exoten mehr: Eine neue Linke, die vom SED-Staat jahrzehntelang außen vor gelassen wurde (wenn sie nicht gar eingeknastet wurde), befindet sich im Aufbruch!

Kurt Regenauer, Redaktion Nürnberg ● Von außen wirkt die Häuserzeile in der Dresdner Neustadt ganz „normal" heruntergekommen und grau in grau, die übliche DDR-Tristesse. Als wir jedoch näherkommen, tönt der Punk hinter der Jalousie hervor. Im ersten Stock, in einer 2-Zimmerwohnung, befindet sich eines der neuen Szene-„Cafés", die derzeit im Kiez aus dem Boden sprießen.

Innendrin spielen sich dieselben Szenen ab wie in einer Kreuzberger Kneipe. Der einzige Unterschied ist der, daß anstelle eines Thresens eine Tür vor der Küche aufgebockt ist.

Der Laden ist bereits die vierte Pinte dieser Art im Viertel. Mit phantasievollen, ebenfalls an Kreuzberg erinnernden Namen („Bronx"), aber ohne Lizenz, beginnen die Schuppen irgendwann tagsüber und schließen erst früh am Morgen. Ein eigenes Nachtleben beginnt sich zu entfalten.

Wer in Dresden einmal versucht hat, irgendwo einen Kaffee oder ein Bier zu trinken oder gar Essen zu gehen, weiß davon ein Lied zu singen. Problemlos geht dies höchstens im Interhotel. Ansonsten sind gastronomische Einrichtungen so rar, daß sie gar im Stadtplan verzeichnet sind. Die Folge sind lange Schlangen, sogar vor jedem Eiscafé.

„Raum zu leben"

„Es fehlte einfach an Raum zu leben!", erklärt uns R., ein ca. 20-jähriger Genosse der Vereinigten Linken (VL). Zusammen mit seinen FreundInnen hatte er deshalb schon vor Jahren einen Jugendclub gegründet, wo Siebdrucke hergestellt werden und getöpfert werden kann. Als sie auf „normalen" Weg, über die kommunale Wohnungsvermittlung, keinen Raum erhielten, sind sie halt einfach in eine leerstehende Wohnung gegangen und haben dort angefangen.

„Solche Jugendclubs waren eine der wichtigsten Rekrutierungsbasen für die Arbeit der Vereinigten Linken," erzählt er. Danach erhält er einen Anruf aus Ostberlin. Er soll für einen Tag als Vertreter der VL an den „Runden Tisch".

„Raum zu leben" finden in der DDR immer mehr Menschen seit Jahren nur noch durch Selbsthilfe. Durch den Flüchtlingsstrom in den Westen und eine völlig verfehlte, auf Kahlschlagsanierung orientierte Wohnungspolitik, stehen immer mehr Wohnungen leer... und werden kurzerhand von Wohnungssuchenden in Beschlag genommen. Rosige Zeiten für HausbesetzerInnen...

Als wir hierüber ein Gespräch in der besetzten Wohnung von G. von der VL führen, tut sich gerade was in der Nachbarwohnung. Ein Jugendlicher klopft an: „Wir sind dann jetzt Nachbarn, O.K.?". Im Gegensatz zur Praxis in Ostberlin fragen auch die Energieversorgungsunternehmen keineswegs nach der Zuweisung durch die Kommunale Wohnungsvermittlung (KWV), sodaß Strom und Wasser klargehen.

Lediglich ein Hausverantwortlicher soll der Polizei melden, wer in dem Haus wohnt und ob der auch eine Zuweisung hat...

G. berichtet von einem Abend neulich, als er gerade mit ein paar FreundInnen über neue Besetzungen sprach. „Plötzlich klopfte es an der Tür: die Bullen! Aber die haben mich gar nicht nach meiner Zuweisung gefragt, sondern wollten nur, daß ich ihr neuer Blockwart werde, weil der alte in den Westen abgehauen war..."

Kulturkampf

Im Gegensatz zu Ostberlin gibt es in Dresden noch keine Instandbesetzungsprojekte. Besetzungen finden in der Regel nichtöffentlich statt. Ausnahme ist das „Projekttheater". Diese freie Theatergruppe hat eine leerstehende Fabrik besetzt und fordert die Einrichtung eines soziokulturellen Zentrums. Freie Theatergruppen sollen auftreten können und Räume für Projekte und Initiativen sollen geschaffen werden.

Der Stadtrat hat ein solches Ansinnen abgelehnt, obwohl Unterstützung durch den Kulturstadtrat gegeben war. Der Kulturkampf tobt auch über den Äther: Radio DDR berichtet in der „Jungen Welle" mit unverhohlener Sympathie... Trotzdem wird eine Räumung befürchtet und die Aufführungen am Abend werden durch regen Besuch der Szene geschützt.

Überhaupt ist der Widerstand der Opposition in Dresden stark durch kulturpolitische Akzente geprägt. Wahlplakate der VL werden als Siebdrucke hergestellt und unter ästhetischen Gesichtspunkten lange diskutiert. Eine neue Generation versucht erstmalig, einen authentischen Ausdruck ihrer eigenen Kultur zu finden.

Und dabei ist sie ganz schön agil. In Dresden sah es so aus, als ob lediglich CDU/DSU und die Vereinigte Linke im Wahlkampf präsent sind. CDU/DSU bringen massiv Wahlplakate aus dem Westen raus und die VL kontert mit kleinen Kopien und handgemalten Flugschriften gegen Birnes neues Reich.

Dennoch rechnet sie sich vorerst wenig Chancen aus. „Vielleicht ein, zwei Mandate sind drin... und wenn mehr, dann höchstens für die Grünen...", rechnet G. vor. Deren Ablehnung eines Wahlbündnisses hat die VL daher auch tief getroffen. Bisher haben sich schließlich alle der Basis zugewandten Oppositionsgruppen als ein Lager gefühlt: von den Grünen, den linken Kräften des Neuen Forums, vom unabhängigen Frauenverband und von der VL. „Überhaupt haben wir auch nichts gegen Doppelmitgliedschaften und vereinen alle Kräfte der undogmatischen Linken, von linken ChristInnen über ehemalige PDS-Mitglieder bis zu den AnarchistInnen. Wir wollen kein sektiererischer Haufen werden...", so G.

Scheunenviertel „Spandauer Vorstadt", Mulackstr.37 (s. Seite 2) Foto: Armin Kley

Aufbegehrendes Volk

Daß die Linke dabei aber trotzdem einen schweren Stand haben wird, sehen wir in Leipzig. Parolen gegen „die Roten" überwiegen und der Wahlkampf tobt auch schon in den vorgezeichneten 2-Parteiengleisen: CDU gegen SPD.

Wie anders war das noch im Herbst. Heute arbeiten die AktivistInnen der ersten Stunde lieber an konkreten Projekten und lassen die Montagsdemo rechts liegen. Wir treffen einen derselben: Stefan Schulze hatte uns angeschrieben. Er will CONTRASTE kennenlernen und prüfen, ob sie in seinen Buchladen in Planung paßt.

Der Buchladen entpuppt sich bald als Bestandteil eines größeren Vernetzungsprojektes mit anthroposophischem Anspruch. Ähnlich wie bei der westdeutschen „Aktion Dritter Weg" wollen auch in der DDR Steiners Erben Computerbetriebe, ökologischen Landbau, Naturkosthandel und eine Freie Schule durch eine Stiftung miteinander kurzschließen.

Unser Besuch ist kurz, weil wir rechtzeitig vor der Montagsdemo die Stadt verlassen wollen. Schade, denn Stefan hat viel Interessantes in seinem Archiv... Und weiß noch mehr zu berichten.

Da gab es also zu Zeiten, als die Montagsdemo noch kein schwarz-rot-goldenes Volksfest war, eine Initiative für Direkte Demokratie, die bereits am 18.11. dem aufbegehrenden Volk den Weg zu Volksbegehren, Volksentscheid und verfassungsrechtlichen Änderungen empfahl. Vor der damaligen Montagsdemo hielt Dorothea Hering von der „Freien Initiative 89 – Volksentscheid" eine Rede, in der sie den Beginn einer dreimonatigen Unterschriftensammlung zur Wiedereinführung des Volksentscheids in die DDR-Verfassung ankündigte.

Diese Kampagne brachte bislang ca. 10.000 Unterschriften, nicht gerechnet, was eine andere Initiative mit dem gleichen Ziel erreichen konnte („Demokratie-Initiative 90"). Wir wissen trotzdem nicht, welche Begehrlichkeiten dieses Volk inzwischen alle noch haben mag.

Die Volkskammerwahl am 18.3. wird wohl eher zeigen, inwieweit dieses Volk überhaupt noch willens und in der Lage ist, sich seine eigene Verfassung geben zu wollen. ●

DOKUMENTATION

Instandbesetzer protestieren gegen Verwahrlosung von Häusern

Erklärung zur Besetzung der Schönhauser Allee 20 in Berlin

Durch die zentral organisierte Verteilung und Instandsetzung von Wohnungen und Häusern durch die Kommunale Wohnungs-Verwaltung (KWV) und Wohnungspolitik ist die Wohnungssituation im gesamten Land miserabel. Entweder haben KWV und Wohnungspolitik nicht den Überblick über Verteilung und Zustand des Wohnraums oder lassen diesen bewußt verfallen. Mehrere junge Leute bezogen Mitte August 1989 die fast leerstehende Schönhauser Allee 20. Wir wissen, daß dieses Haus schon seit 1970 auf dem Abrißplan steht. Deshalb haben KWV und Wohnungspolitik schon seit langem auch keine bzw. nur ungenügende Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt. Uns wurde gesagt, daß auch die Wiese ((Metzer- Ecke Kollwitzstrasse) und der Spielplatz (Kollwitzstrasse) dem Neubauprogramm zum Opfer fallen werden. Wir möchten uns einsetzen für die Erhaltung des alten Stadtbildes und gegen dessen Zerstörung durch den zunehmenden Bau von Neubauten.

Dieses Haus ist in erster Linie natürlich unsere Existenzgrundlage, soll aber auch ein Modell gemeinschaftlichen Zusammenlebens und ein Versuch der Selbstbestimmung bzw. -verwaltung sein. In diesem Projekt soll die Eröffnung eines Informationscafes und eines Kinderladens einbezogen sein.

Wir haben beschlossen, unseren Wohnraum mit eigener Kraft wieder instand zu setzen und zu gestalten. Um unser Projekt verwirklichen zu können, brauchen wir die Solidarität der Bevölkerung.

Gebt Eure Unterschrift, wenn Ihr uns unterstützen wollt!!!

Wir sind dankbar für Spenden aller Art.

gez. Hausgemeinschaft A.R.S., Berlin/Prenzlauer Berg, 22.12.89

Auszüge aus der Erklärung der BesetzerInnen der Schreinerstr. 47, Berlin

...Wir erkären hiermit, daß wir das Haus Schreinerstr. 47 in Berlin-Friedrichshain besetzt haben, um unserer Hoffnung auf Sozialismus, Verständigung und Solidarität wenigstens den Hauch einer Chance zum Überleben zu geben. Hinzu kommt, daß nicht abzusehen ist, wann unser Haus rekonstruiert werden soll. Vor 1991 ist mit dem Baubeginn nicht zu rechnen. Es steht in Frage, ob dieser Termin nach dem Abzug der nichtberliner Bauleute eingehalten werden kann. Damit würden die Wohnungen weiter sinnlos leerstehen (die Wohnungen im 4.Stock schon seit 4 Jahren). Der offizielle Fertigstellungstermin war übrigens Dezember 1989. So werden wir uns um die Rekonstruktion selber kümmern.

Wir haben die Absicht, ein offenes Info-Büro mit Cafe einzurichten, in dem auch kommunale Belange (z.B. die Gestaltung des Spielplatzes neben unserem Haus) aufgegriffen werden sollen.

Wir sind nicht über die langen, bitteren Jahre der Diktatur gerade in der nichtkapitalistischen Welt geblieben, um jetzt dem Verfall und Ausverkauf unseres Landes tatenlos zuzusehen. Unsere moralischen Werte – Solidarität, Gewaltfreiheit, Bildung, Teilhabe, unsere unverschämte Lebensfreude und – Wut haben uns die Zeit des Stalinismus überleben lassen. Genau mit diesen Mitteln stellen wir uns nun der viel schlimmeren Diktatur des Weltkapitals entgegen. Weitere Häuserbesetzungen in Berlin, Dessau, Dresden, Greifswald, Jena, Leipzig, Potsdam und Rostock zeigen, daß wir mit unserer Meinung nicht alleine stehen.

Scheunenviertel, Kleine Rosenthaler Straße (s. Seite2) Foto: Armin Kley

Wir fordern alle auf, diesem Beispiel zu folgen und die Häuser, Werkstätten, Bildungseinrichtungen, Kneipen, Cafes usw. in eigene Verwaltung zu nehmen. Nur so sehen wir die Möglichkeit, dem menschenfeindlichen „freien Markt" in der DDR den Boden vorzuenthalten. Wenn uns morgen vielleicht die Polizei aus unserem Haus herausträgt, dann gehen wir nicht, so werden das nicht mehr Polizisten des Volkes sein, sondern Handlanger des internationalen Finanzkapitals...

Anmerkung der Redaktion: Im Gegensatz zur Duldung der Besetzung der Schönhauser Allee 20, die wegen des großen Medienechos einen gewissen Schutz hat, hat die KWV die Absicht geäußert, die Schreinerstr. 47 räumen zu lassen. Wir bitten die Öffentlichkeit auch um Solidarität mit dieser Besetzung.

Aus: »telegraph« Nr. 1, 8. Januar 1990,
Herausgeber: Umweltbibliothek, Berlin

BETRIEBE

Was sollen Betriebsräte?

Dieser Beitrag ist entnommen aus dem Info der »Initiative unabhängiger Gewerkschaften« (IUB) vom Januar 1990.

In der DDR wird neuerdings die Frage nach Schaffung von Betriebsräten sowohl seitens der SED und des wirtschaftlichen Managements als auch von neuen Parteien, Vereinigungen und in den Betriebsbelegschaften diskutiert.

Angesichts der Erfahrungen mit dem Weimarere Betriebsverfassungsgesetz von 1920 und der wenig rühmlichen Rolle der damaligen Betriebsräte und angesichts der Funktionen westlicher Betriebsräte als Faktor zur reibungsarmen Steigerung des Unternehmergewinns, muß die Frage gestellt werden, wem die Einrichtung von Betriebsräten heute in der DDR nützen wird.

Sollen diese Räte die alten stalinistischen Betriebsleitungen legetimieren und so die Weiterführung der bisherigen Bankrottwirtschaft verbunden mit dem Ausverkauf der Betriebe und steigender Inflationsrate garantieren oder sollen sie dazu berufen sein, Machtinstrument der Arbeiter, Ingenieure und Ökonomen zu werden, um den Anlauf unserer Betriebe zum Zwecke einer am gesamten gesellschaftlichen Gebrauchswertbedarf orientierten Produktion zu organisieren?

Dafür, daß das Letztere Wirklichkeit wird, fehlen im Moment die Voraussetzungen. Das ist erstens eine funktionierende Gewerkschaft als Basis für das Entstehen und von unten kontrollierte Arbeiten solcher Räte sowie als überbetriebliche solidarische Organisation der Arbeiter und Angestellten. Zweitens fehlt dafür im Moment der allgemeine Druck von unten, also aus den Belegschaften.

Ohne diese Voraussetzungen werden die Räte zwangsläufig zu Organen von oben, also zum Schutz der Managerinteressen werden.

Die Politiker der SED und weiterblickende Betriebsdirektoren wissen das. Sie wollen durch die Einrichtung von ihren Betriebsräten einerseits einer wirklichen Rätebewegung, welche ihre Macht in Frage stellen würde, zuvorkommen, und andererseits das Entstehen von unabhängigen Gewerkschaften für nicht nötig erklären und verhindern.

Nach ihren Vorstellungen sollen die Betriebsräte die Rechte haben, der Betriebsleitung lediglich Vorschläge zu unterbreiten, sich über die Absichten der Betriebsleitung zu informieren und die Information an die Belegschaft weiterzugeben!!!

Es ist absehbar, daß wirkliche Mitbestimmungs- und Selbstbestimmungsrechte der Arbeiter und Angestellten dabei in der Praxis keine Rolle zu spielen haben. Die Betriebsräte sollen den innerbetrieblichen „Frieden" gewährleisten und sie werden keine Rechte zur Durchführung von Arbeitskampfmaßnahmen bekommen. Sie werden als Stimmungsbarometer der Betriebsleitungen dienen und damit nicht Kontrolleinrichtungen der Werktätigen, sondern über sie sein. Genau diese Funktion hatte bisher die FDGB-Betriebsgewerkschaftsleitung zu erfüllen.

Verständlich sind die Bestrebungen von einigen Belegschaften, aufgrund des Versagens des FDGB und des Fehlens einer neuen Gewerkschaft Betriebsräte als Interessenvertretung der Gesamtbelegschaft zu gründen. Diese Versuche müssen unterstützt werden, ohne zu vergessen, wo die Gefahren liegen.

Eine der jetzigen Hauptaufgaben für alle sich als demokratisch verstehenden Kräfte sollte jedoch der Kampf um eine unabhängige Gewerschaft, also für einen überbetrieblichen Zusammenschluß sein. **Denn die Demokratie in der Gesellschaft ist unmöglich ohne die Demokratie im Betrieb.** ●

Uwe Bastian

INITIATIVE VEREINIGTE LINKE DRESDEN

Freie, geheime und gleiche Annexion

Endlich sind die erlösenden Worte gesprochen, das Evangelium in der Wirrnis lautet: Brüder und Schwestern, beendet das landesweite Kleisterrühren und klebt keine falschen Plakate mehr. Legt nicht unnütz Kohlen unter den Wahlkampfkessel. Wir haben bereits für euch entschieden, gezeichnet: Die Bundesregierung des freiheitlich, demokratischen Rechtsstaates.

Die Botschaft hör ich wohl, mir fehlt der Glaube nicht, daß sie ernst gemeint ist. Warum sonst hätte seine graue Eminenz, Herr Teltschik, die Lüge verlautbaren lassen sollen, die DDR sei zahlungsunfähig? Zwar kamen prompt Dementis von allen Seiten, aber manchmal genügen Falschmeldungen, um den „Flüchtlings"strom dann anschwellen zu lassen, wenn seine Tendenz fallend ist. Ein Schalk, wer nur dem Golodkowski dunkle Absichten zutraut. Viel logischer erscheint die Schlußfolgerung, daß ein Staat ohne eigene Finanzen fremdes Geld braucht. Wie wäre es denn mit der beinharten Westmark, sofort und flächendeckend, anstatt der Mark der DDR? Herr Pöhl, Präsident der Bundesbank, schlug ob dieser Theorie die Hände über dem Kopf zusammen. Dabei befand er sich in guter Gesellschaft von Fachleuten aller Lager. Wie erstaunt waren diese, ihn nur wenige Stunden später Beifall klatschen zu hören. Weiß der Mann manchmal nicht, was er tut, oder war er zum Schnellkurs im Adenauerhaus? Jede Variante ist gleichermaßen demaskierend.

Zum Glück gibt es in Ostberlin den Zentralen Runden Tisch. Auch wenn ihn die Bauchredner aus Passion wegen seiner Vielstimmigkeit schelten, die „Neuen" hörten den Taktstock aus Bonn pfeifen und fügten ihr Rezitativ ein. Die Regierung Modrow bekam kein Mandat für Verhandlungen, deren Ergebnis dem nächsten Kabinett die Hände binden würde. Das war Unterstützung des Premiers im richtigen Moment und staatsmännischer Weitblick.

Regelrecht dummnaiv guckt dagegen der wahre Grund des Erpressungsversuches mit der Mark aus seiner wortreichen Verkleidung. Den Wahlsieger, wahrscheinlich die SPD, und die künftige Regierung hätte eine vorher beschlossene Währungsunion bereits vor der Stimmabgabe entmachtet. Was gäbe es noch in Berlin zu entscheiden, wenn in Frankfurt festgelegt wird, wieviel Geld zu welchen Konditionen hier unter den Leuten ist? Jedes Wirtschafts- oder Sozialprogramm wäre weniger wert gewesen als der Pausentee während der Beratung der Experten. Damit wird klammheimlich ein Vorurteil der Linken bestätigt: Durch Wahlen ändert sich nichts, was sich nicht vorher geändert hat. Nach den Verhandlungen in Bonn ist die Bundesregierung böse und mit ihr die DADSUCDU.

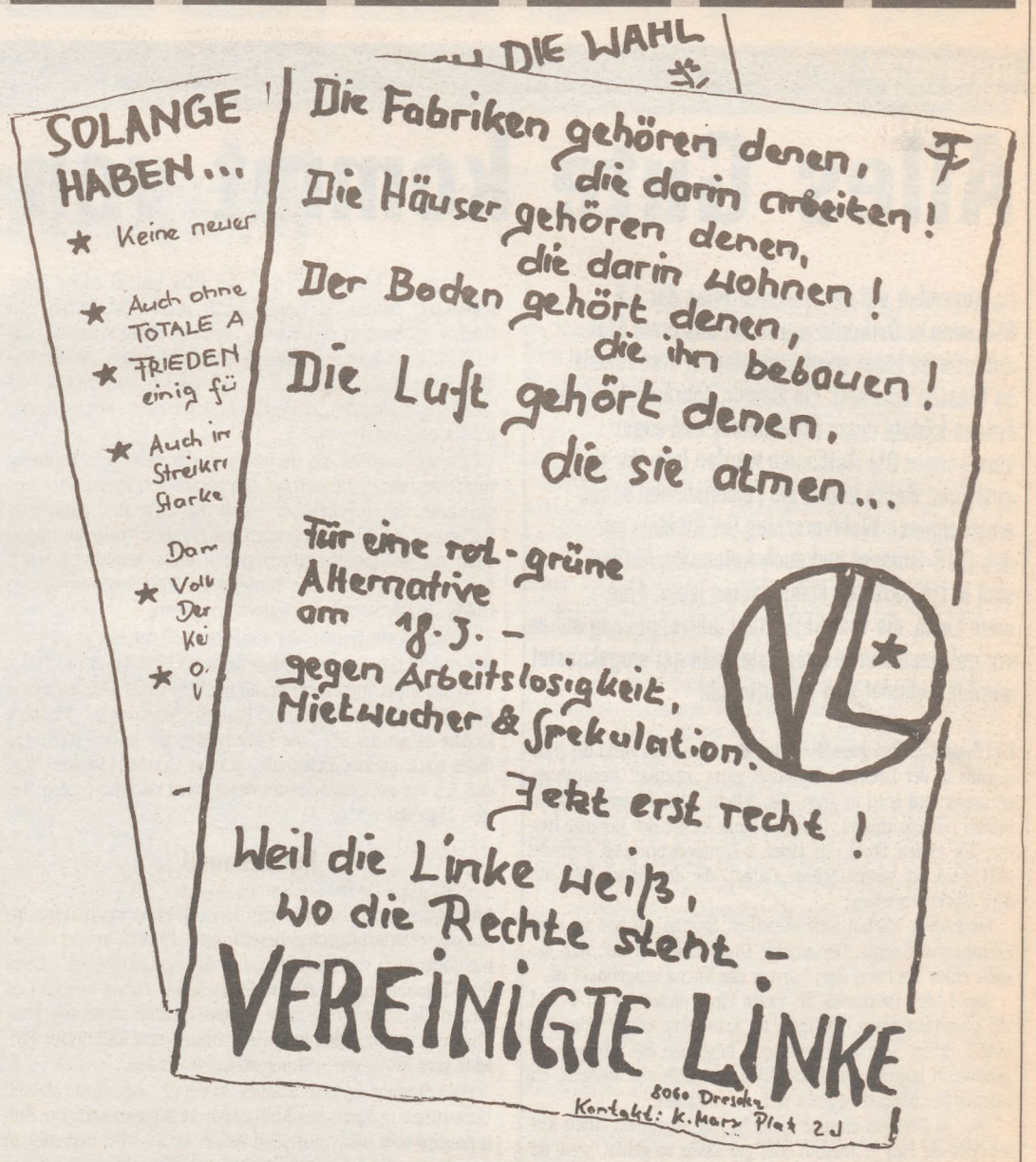
Kann der Wahlkampf nun also weitergehen, als wäre nichts gewesen, oder ist ein anderer Stil geboten. Zweifellos sind viele potentielle Wähler noch unsicher, welche Partei oder Bewegung ihre Interessen am konsequentesten vertreten würde. Denn das gesamtdeutsche Politikkauderwelch feiert Triumpfe, halsbrecherische Versprechungen triefen von den Litfaßsäulen, je kürzer gedacht wird, umso griffiger sind die Slogans. Obwohl jahrzehntelang vorgestanzte Losungen den Menschen in der DDR Nachplappern als Tugend zu suggerieren versuchen, ist bei vielen das Mißtrauen gegenüber Patentlösungen nicht verschwunden. Wenn jetzt die Rufer im Chor jedem Rucki-Zucki gläubig vertrauen, beweisen sie nur ihre Angst vor dem Nachdenken.

Wen wundert es, daß die NDPD und die DBD keinen Platz in der überfüllten „Mitte" fanden. Ihre Ausladung heißt sinngemäß, wer noch fragt, will schlauer werden als die Mittelmäßigkeit ist. Damit wird die Tendenz beschrieben, daß sich jede politische Auseinandersetzung immer schärfer auf ein einziges Problem reduziert: Annexion oder Selbstbestimmung (wenigsten einen Rest...). Unsere Gesellschaft wird sich bis zum 18. März noch deutlicher in zwei Lager spalten, als es heute bereits Tatsache ist. Da helfen schon die Herren Kohl, Rühe oder Huber nach.

Geradezu absurd erscheint unter diesen Voraussetzungen der Kleinkrieg basisdemokratischer Gruppierungen. Falls der Entwurf zum Wahlgesetz ohne Änderung die Volkskammer passiert, finden sie sich gemeinsam außerhalb des Parlamentes in der Opposition wieder. Vielleicht haben sie zwei Vertreter auf der letzten Bank plaziert. Dann ist zusammen gut Wunden lecken.

Die Initiative für eine Vereinigte Linke Dresden hat an dieser Beschäftigung keinen Spaß, wir nutzen unsere Zungen lieber zum Sprechen und Küssen. Solange aber Berührungsängste auf „höherer Ebene" die guten Kontakte vor Ort überlagern, bleibt unser Angebot zu republikweiter Verständigung auf Zusammenarbeit ein linker Wunsch. ●

Bernhard Theilmann, Dresden



VEREINIGTE LINKE DRESDEN

Positonsbestimmung

Die Vereinigte Linke Dresden ist
1. ein Zusammenschluß linker Kräfte – Personen, Gruppen, Initiativen – unabhängig von bestehenden Parteien und Bewegungen;
2. eine Initiative, die das dringend gebotene Zusammengehen der Linken in der DDR, das Projekt einer Vereinigten Linken voranbringen will.

LINKS heißt für uns:
- konsequenter Antifaschismus, Antimonopolismus, Antistalinismus
- Ablehnung totalitären Denkens und Handelns sowie jeder Art von Rassismus, Chauvinismus und Militarismus
- Minderheitenschutz statt Ausgrenzung, Emanzipation statt Unterdrückung, Solidarität statt Ausbeutung, Volkseigentum statt Staatseigentum, Räte/Selbstverwaltung und Förderation statt Bürokratismus und Zentralismus
- ALLE MACHT DER PHANTASIE! Kreativität contra Mief und Muckertum, gegen den Schlaf der Vernunft
- für eine demokratische Kultur in allen Bereichen des Lebens, Kunst nicht für alle, sondern für jeden
- Unteilbarkeit der politischen und sozialen Menschenrechte, konsequenter Umweltschutz und aktive Friedenspolitik, NEUES DENKEN – lokal, national, global

Die Vereinigte Linke bekennt sich zur sozialistischen Alternative, zu der aus dem Frühchristentum bis in unsere Zeit reichenden Utopie einer demokratischen, humanistischen, sich selbstverwalteten, entmonopolisierten Gesellschaft, frei von Ausbeutung und Unterdrückung, in der die freie Entfaltung des Einzelnen Voraussetzung für die freie Entfaltung aller ist.

Die Vereinigte Linke ist offen für alle, die diesen Minimal-Konsens mittragen wollen – ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit, Religion oder Nationalität; für die sachliche Zusammenarbeit mit allen demokratischen Parteien und Bewegungen; ebenso für ein Bündnis mit uns nahestehenden Gruppen und Parteien.

Die Vereinigte Linke lehnt jegliche Gewalt in der politischen Auseinandersetzung ab.

Von der Vollversammlung angenommen am 4.1.1990.

Kontaktadresse:
Initiative Vereinigte Linke
Naumannstr. 8 - Dresden 8053

Dresden. Platz der Einheit

Andere saßen auf pferden, ältere
kleines spiegel an blauen jacken, angetrocknetes
bohnerwachs & andersfarbene stoffe
im schneetreiben knapp gehaltene abschiedsbriefe
realdenkender fräulein
die lippen zerbissen, bänder: FÜR TAPFERKEIT
bitter der geschmack des erbrochenen, grüne nüsse,
pfefferminzlikör
der schaum steigt hoch in die gläser, an den
gedenktagen
die sich vermehren in der Sadowa-Straße, Ecke
Königsgrätzer –
auf dem Platz der Einheit lauschen betrunkene
veteranen dem Klang ihrer stimme

Gregor Kunz
(Vorabdruck: »Luftschiffhalde«, Mitteldeutscher Verlag)

Eine gesamtgesellschaftlich erarbeitete Verfassung für die DDR

(Auszug aus einem Thesenpapier zum Volksentscheid von Stefan Schulze, Leipzig)

Eines dürfte wohl in den letzten Wochen und Monaten klar geworden sein: Daß nichts mehr über die Köpfe der Menschen hinweg und an ihrem Bewußtsein vorbei zu gesellschaftlichen Verbindlichkeiten (Gesetzen) erklärt werden darf. Dies gilt gerade auch für die Erarbeitung der neuen Verfassung der DDR.

Eine Handlungsweise, welche der obengenannten widerspricht, ist mit den heutigen Bedürfnissen der Menschen nach Partizipation und Emanzipation **nicht** mehr zu vertreten, aber ebenso **nicht** mehr zu verantworten...

... In der ersten Phase der DDR-Revolution wurde das bisherige Machtsystem überwunden. Nun kommen wir (bzw. sind schon mittendrinnen) in die zweite, weitaus schwierigere Phase, der Frage nach der verfassungsrechtlichen Neugestaltung des Landes. Der Erfolg oder Mißerfolg dieser zweiten Phase wird entscheidend davon abhängen, ob die Erarbeitung unserer neuen Verfassung ein offener gesellschaftlicher Gestaltungsvorgang wird, an dem **alle**, die es wollen, sich beteiligen können und dies von Anfang an – oder ob das Volk es wieder einmal zuläßt, daß diese wichtige Arbeit von Gremien gemacht wird...

... Heute stehen wir vor der entscheidenden Frage, ob wir uns mit der friedlichen Oktoberrevolution 1989 nur vom Einheitsparteienstaat befreit haben oder ob wir in der nächsten Phase der Revolution den (kommenden) Parteienstaat als solchen in die Schranken weisen wollen und unser – so oft aus Politikermündern gelogenes – Selbstbestimmungsrecht dadurch verwirklichen wollen, daß wir uns selbst zur obersten souveränen Instanz erklären, d.h. künftig unser eigener Gesetzgeber sind? Wie werden wir uns entscheiden???

„Wir sind das Volk", so tönte es im Herbst 89 auf den Straßen des Landes. Bleiben wir es auch jetzt und erst recht. Tempo und Schicksal der Revolution würden weiterhin von uns bestimmt, denn offensichtlich ist eines: Weder am Runden Tisch noch in der Regierung agiert das Volk! Dort agieren diejenigen, welche bisher schon die Macht ausübten und es agieren dort die, die künftig daran teilhaben wollen. Soll sich zukünftig darin die jetzt viel und oft zitierte, ja beschworene Demokratie erschöpfen? Sollen wir dafür die Revolution gewagt haben? Es wäre ein mageres Ergebnis!

Parlamentarismus a la BRD u.a., nun bei uns vor der Haustür und auch als Teil-Ergebnis wichtig, kann nur Teil-Ergebnis sein und bleiben! Als Haupt-Ergebnis kann nur in Frage kommen, daß künftig alle BürgerInnen der DDR unabhängig von Parteiideologien und -zugehörigkeiten die Möglichkeit haben, mit freien Inititiativen die Geschicke ihres Landes in die Hände zu nehmen – und es muß der Volkswille über die Volksgesetzgebung das letzte Wort sprechen können, über alles, was durch Recht und Gesetz für das Wohl des Volkes geregelt werden soll !!! ●

„FREIE INITIATIVE '89"

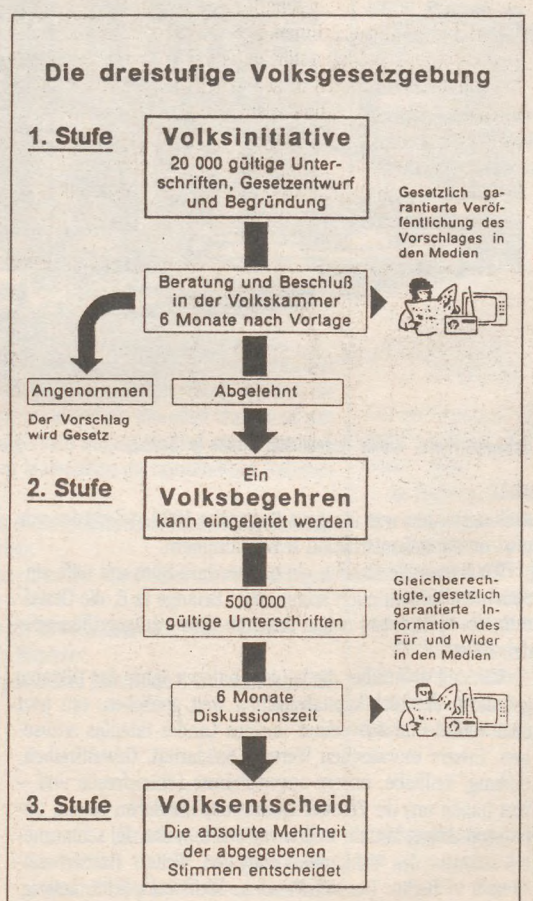
Volksentscheid

Eine Rede von Dorothea Hering zum Beginn der Unterschriftensammlung zur Wiedereinführung des Volksentscheids – auf der Leipziger Montagsdemo.

Was wir kaum noch zu hoffen wagten, was zu einer Phrase verkommen war, ist in diesen Tagen Wirklichkeit geworden:
Wir sind das Volk!
Wir haben uns zur Mündigkeit entschieden!
Veränderungen wie die Reisefreiheit, über die wir uns jetzt freuen, haben **wir** errungen. Montag für Montag.
Weitere Forderungen wie die nach freien Wahlen, werden erfüllt werden.
Aber: Es handelt sich um die Herstellung von Normalitäten in unserem Land!
Gerade deshalb heißt es jetzt wachsam sein. Wir sind kein Volk von Bittstellern, das einigen Wenigen die Verantwortung für die Entscheidung unserer Forderungen überlassen darf.
Unseren Forderungen müssen **wir selber** stattgeben.
Mündigkeit heißt: in **vollem Maße** selber zu entscheiden!
Was jetzt geschehen ist und noch geschieht, der Aufbruch 89 **ist ein Volksentscheid!**
Es darf uns jetzt nicht nur um die Durchsetzung einzelner Forderungen gehen. Jetzt müssen wir das **Wesentliche** wollen.
Das heißt, es muß möglich werden, daß **du** und **ich** , jede/jeder Einzelne von uns, unabhängig von Parteien und Organisationen, etwas in Gang setzen kann, was für die wichtigsten Belange des **ganzen Volkes** von Bedeutung sein kann.
Deine und **meine** Initiative kann zum **Volksbegehren** werden und dadurch zum Volksentscheid führen.
Das ist **Volksgesetzgebung!**
Volksgesetzgebung wie sie einem **mündigen Volk** gebührt.
Damit werden wir uns aus der Ohn-Macht befreien.
Diese Forderung darf nicht zu einer bloßen Phrase in einem wie auch immer gearteten Parteiprogramm werden.
Die Volksgesetzgebung muß **verfassungsrechtlich** garantiert und geschützt werden.
Wir fordern den 1968 aus der Verfassung gestrichenen **Volksentscheid** in die Verfassung zurück!
Jetzt haben wir die Chance, mehr zu wollen als ein funktionierendes pluralistisches Mehrparteiensystem an **Selbstbestimmung** realisieren kann. Mit dem Mut und mit der Verantwortlichkeit jedes/jeder Einzelnen von uns:
Laßt es uns tun!

Wir beginnen heute mit einer landesweiten Aktion für die Wiedereinführung des Volksentscheides in die Verfassung. Drei Monate lang werden wir Unterschriften sammeln, die dann als Tausende von Eingaben an die Volkskammer gehen werden.
Wir hoffen, daß die Medien über diese Aktion berichten werden und die Behörden sie nicht daran hindern.
Es gibt Informationsblätter, es gibt Unterschriftenlisten.
Macht Euch mit dem Gedanken der Volksgesetzgebung vertraut! Gebt Eure Unterschrift!
Wir beginnen „ich" zu sagen. Wir sind ausgetreten aus dem vormundschaftlichen Staat!

Die dreistufige Volksgesetzgebung



„DEMOKRATIE-INITIATIVE '90"

Für einen Volksentscheid über die Aufnahme der Volksgesetzgebung in die Verfassung und das Recht des Volkes, seine neue Verfassung selbst zu erarbeiten und zu beschließen.

Die «**Demokratie-Initiative 90**» ist ein überparteiliches Projekt selbstverantwortlich arbeitender Sektionen in verschiedenen europäischen Ländern.
Es wurde als eine Konsequenz aus der Arbeit der ersten Tagung des **Europäischen Dialog Forums** während der Jahreswende 1989/90 im Internationalen Kulturzentrum Achberg von engagierten Demokraten aus Ungarn, der Deutschen Demokratischen Republik, der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland und Österreich aus der Erkenntnis beschlossen, daß die große Aufgabe, **das «gemeinsame Haus Europa»** zu bauen, des richtigen Fundamentes bedarf.

Das Fundament sehen wir in der uneingeschränkten Souveränität eines jeden Volkes, über seine gesellschaftlichen Lebensbedingungen selbst und unmittelbar entscheiden zu können. Diese elementare demokratische Selbstbestimmung ist bisher in keinem der europäischen Staaten erreicht. Ausgehend von den Entwicklungsvoraussetzungen in den verschiedenen Ländern verfolgt die „Demokratie-Initiative 90" das Ziel, das Recht zur praktischen Ausübung der Volkssouveränität durch die dreistufige Volksgesetzgebung in der jeweiligen Verfassung zu verankern.

AUSSTELLUNG ÜBER KRIMINALISIERUNG UND REPRESSION

Kunst als Widerstand

Eine Ausstellung mit kriminalisierten Plakaten aus dem Widerstand der 80er Jahre und über den Widerstand von den 20er Jahren bis 1945 und seine Plakatkunst geht mit einem aufwendigen Katalog und einem interessanten Beispielprogramm auf Tournee.

Redaktion Heidelberg ● Erste Station ist die Pumpe in Kiel ab dem 1. März 1990. Anfragen aus dem Ausland liegen auch bereits vor.

Die Ausstellung „Kunst als Widerstand" will allerdings mehr sein als eine Sammlung von Plakaten und Stellwänden, an denen das Publikum entlangflaniert.

Die Idee zu dieser Ausstellung entstand aus den Erfahrungen mit antifaschistischer Politik im Raum Göttingen in den Jahren 1985-1989.

In Göttingen war z.B. für kurze Zeit ein für die BRD beispielloses Bündnis, das von Autonomen bis zum DGB, über Unigruppen, Grüne, SchülerInnen und andere politische Gruppen reichte, geschlossen worden. Ziel dieses Bündnisses war, dem verstärkten Auftreten von Nazi-Skins und faschistischen Organisationen entgegenzutreten.

Nach erfolgreichen Aktionen und Demonstrationen, wie z.B. gegen das FAP-Zentrum für Südniedersachsen in Mackenrode bei Göttingen im Mai 1988 und ein Militaristentreffen im Rosengarten der Unistadt im September 1988, zerbrach das Bündnis.

Als Mittel der Politik spielten Plakate eine wichtige Rolle. Nicht zuletzt bildete die Auseinandersetzung um das Plakat „Al-

le werden fallen" und seine Kriminalisierung den Anlaß für die Beendigung des Bündnisses. Das Plakat, das im Vorfeld der Rosengarten-Demonstration entstand, stellt dar, wie der Granitsoldat, der einsmals das Kernstück dieser Heldengedenkanlage war, vom Sockel gezogen wird. Als der Granitsoldat kurze Zeit vor der Rosengarten-Demo tatsächlich vom Sockel gerissen wurde, führte das zu der Kriminalisierung des Plakates. In diesem Zusammenhang machten die Rechten im DGB und darüberhinaus mit einem großen Presserummel Politik, die das Ziel hatte, das Bündnis zu spalten. Die permanent unter Druck stehenden „Linken" im DGB mußten sich daraufhin aufgrund des Druckes von Einzelgewerkschaften bis hin zur DGB-Bundesebene aus dem Bündnis zurückziehen.

Die Ausstellungsgruppe

In einem Kreis, der zunächst nur aus einigen Trümmern des Bündnisses bestand, entstand die Idee einer Ausstellung der kriminalisierten Plakate. Die Ausstellung sollte praktische Solidarität für die von der Kriminalisierung betroffenen Menschen sein. Mittlerweile existiert das Projekt Ausstellung schon fast 2 Jahre. Ziel der Ausstellung ist es, zu vermitteln, daß die politische Unterdrückung Kontinuität hat und wie diese Unterdrükkung in konkreten Fällen funktioniert. Die Repression politischer Arbeit steht in der geschichtlichen Kontinuität des imperialistischen Systems in der BRD. Die Kriminalisierungen von Plakaten sind deshalb keine Einzelfälle oder Ausrutscher, sondern Teil des Unterdrückungsapparates.

Auf der anderen Seite soll das Projekt deutlich machen, daß es ebenso wie die Geschichte der Herrschaft und der Unterdrückung eine Geschichte des Widerstandes gibt. Insofern sind die Plakate nicht nur interessant, weil sie kriminalisiert wurden, sondern weil sie Ausdruck eines Teils des Widerstandes in der BRD sind.

Die Ausstellung selbst wird als politische Aktion verstanden, die sich gegen das System richtet, indem sie es demaskiert. Das geschieht dadurch, daß ein Teil der Verbots- und Zensurpraxis öffentlich gemacht wird.

Erklärungen

Besonderer Schwerpunkt wird bei der Erklärung der Plakate auf ihren politischen Hintergrund gelegt. Also: welche politische Bewegung hat sie hervorgebracht, was waren/sind ihre politischen Inhalte, welche Wirkung hatte die entsprechende Aktion. Das alles wird mit möglichst authentischem Material wie z.B. Flugblättern und Zeitungsartikeln dargestellt.

Außer diesem politischen Hintergrund geht es darum, einen Teilbereich der Widerstandskunst darzustellen, weil sie andere ästhetische Akzente setzt als die herrschende Kultur.

Die Verfolgung der einzelnen Plakate war leider nur in einigen Fällen völlig lückenlos darstellbar. Das liegt daran, daß die linke Szene in der BRD keine starke Kontinuität besitzt. Die Kriminalisierung von Plakaten und ähnlichem wird zwar, solange sie noch einen aktuellen Bezug besitzt, registriert, und die Betroffenen erfahren politische und finanzielle Unterstützung. Verlieren die Ereignisse aber an Aktualität, sind sie schnell vergessen. Eine gründliche Analyse und systematische Auswertung der Vorgänge findet in der Regel nicht statt.

So war die Ausstellungsgruppe bei ihren Bemühungen, über die Plakate Informationen zu bekommen, vor allem auf persönliche Kontakte angewiesen.

Der historische Teil

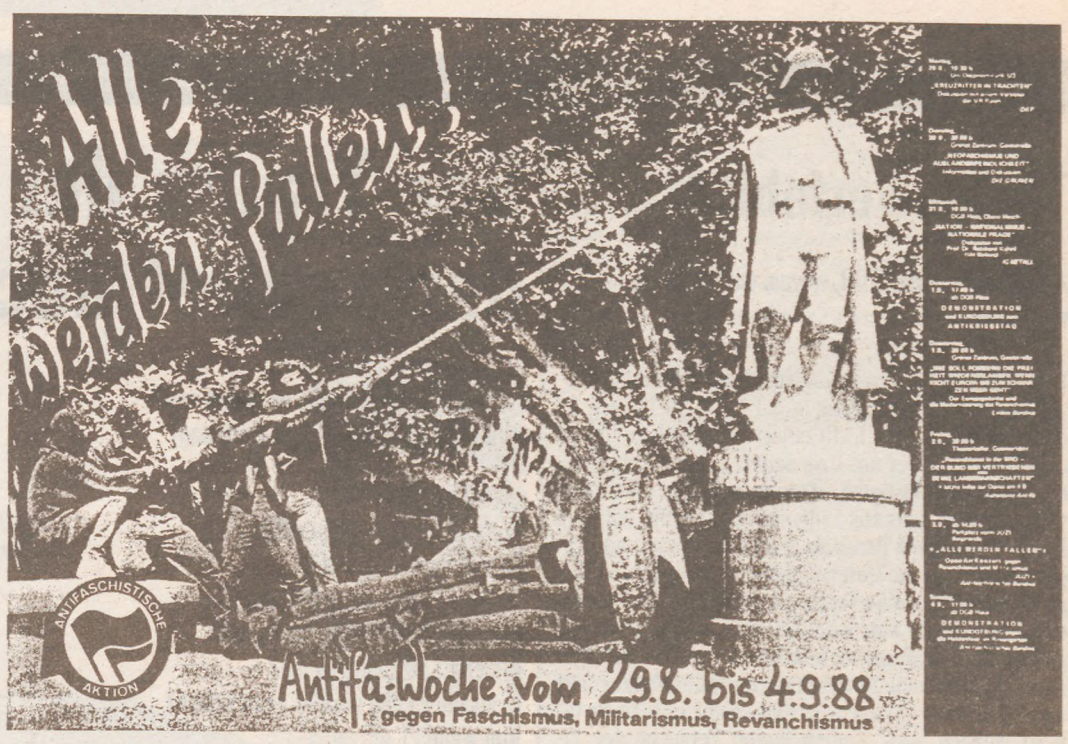
Im historischen Teil geht es dem Ausstellungsprojekt nicht um die Darstellung der gesamten linksoppositionellen Kunst der 20er Jahre bis 1945, sondern es werden einzelne Strömungen herausgegriffen. Der größte Bezug wird zur politischen DADA-Bewegung der 20er Jahre in Berlin hergestellt.

Dabei konzentriert sich die Ausstellung hauptsächlich auf Künstler wie Heartfield, Grosz usw., deren politische Arbeiten durch Zeitungen und Verbindungen zur KPD am regelmäßigsten an die Öffentlichkeit traten.

Eine der ersten Zeitungen war 1917 die „Neue Jugend". Produktion und Vertrieb der Zeitung mußten verdeckt organisiert werden. Deshalb durften z.B. nicht einmal die DruckerInnen und SetzerInnen alle Manuskripte sehen, weil sie aus Sicherheitsgründen niemals Überblick über das gesamte Projekt bekommen sollten.

Auch der Verkauf an Kiosken und auf der Straße mußte vor Repression geschützt werden. Das änderte sich auch durch den 1918 durch Wieland Herzfelde aufgebauten „Malik-Verlag" nicht. Aber der Verlag schaffte für viele politische KünstlerInnen und SchriftstellerInnen große Vorteile, da er ihnen die Möglichkeit bot, sich ungestört und offen zu organisieren und ihre Inhalte und Arbeiten in Zeitungen wie „Die Pleite", „Der Knüppel", „Die Rote Fahne", Flugblättern, Büchern usw. zu verbreiten.

Es gab damals aber nicht nur den „Malik-Verlag". Z.B. war die auflagenstärkste und populärste linke Zeitung in jener Zeit die „AIZ" (Arbeiter Illustrierte Zeitung), die durch den „Neuen Deutschen Verlag", der von Willi Münzenberg organisiert worden war, herausgegeben wurde.



Der Kampf gegen das III. Reich

Mit der Machtübertragung an die Faschisten wurde der gesamte revolutionäre Medienbetrieb in Deutschland zerschlagen. Viele KünstlerInnen, SchriftstellerInnen und VerbreiterInnen wurden für ihre politische Überzeugung vertrieben oder in KZ's verschleppt, gefoltert und ermordet.

Viele von denen, die noch fliehen konnten, setzten ihren antifaschistischen Kampf im Exil fort. So auch John Heartfield und sein Bruder Wieland Herzfelde, die z.B. aus ihrem Prager Exil die Veröffentlichung der „AIZ" und „Rote Front" organisierten.

Unter hohem Risiko wurden diese und viele andere im III. Reich illegalen Zeitungen, Flugblätter usw. nach Deutschland eingeschleust und unter Lebensgefahr verbreitet.

In der Ausstellung sind Beispiele des antifaschistischen Widerstandes aus dem Exil zusammengetragen worden und auch vom illegalen Widerstand im III. Reich selbst.

Wenn Kunst... dann Anspruch!

Das Ausstellungsprojekt unternimmt den Versuch, das Verständnis von Widerstandskunst, Kunst und faschistischer „Kunst" herauszukristallisieren.

Daß der größte Bezug des historischen Teils der Ausstellung zur politischen DADA-Bewegung hergestellt wurde, ist kein Zufall. Denn, wie für die DADAistInnen von damals, ist Agitation(skunst), zumindest für einen Teil des heutigen Widerstandes, ein phantasievolles und kreatives Mittel des politischen Widerstandes.

„Man sieht, wie man es auch betrachtet, die Beziehungen des Künstlers zur Welt drücken sich stets in seiner Arbeit aus und verleihen ihnen unvermeidlich ihre Tendenz." (George Grosz und Wieland Herzfelde).

Grosz und Herzfelde faßten schon in diesem Satz zusammen, daß Kunst unvermeidlich eine politische Aussage in sich trägt. Kunst als Teil der Gesellschaft stellt demnach immer eine Stellungnahme zu den bestehenden Verhältnissen dar. Auch sogenannte „unpolitische" Kunst spiegelt die Auseinandersetzung der KünstlerInnen mit den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen wieder. Die künstlerische Arbeit ist also immer Tendenz und somit Aussage und muß in ihrer Wirkung auch immer politisch verstanden werden. Um eine uneingeschränkte Auseinandersetzung mit dem Mittel der Kunst führen zu können, darf sie weder ihren aufklärenden Charakter noch ihre anregende Wirkung auf den/die Betracher/in verlieren.

Als Gegensatz dazu sieht das Ausstellungsprojekt die „Kunst" der Nationalsozialisten. Die faschistischen „Kunstwerke" hatten das eindeutige Ziel, einer kritischen Auseinandersetzung mit der Gesellschaft entgegenzuwirken. Die Kunst wurde von den Nazis als Propaganda für das NS-Weltbild benutzt und zu einem Mittel der Massenmanipulation herabgewürdigt. Durch ihre faschistische Intention und Ästhetik untermauerten die Nazis die herrschenden Verhältnisse und propagierten mit ihren „Kunstwerken" ihre menschenverachtenden Ideale. Das führte u.a. dazu, daß diese Ideale von den kritiklosen BetrachterInnen als die eigenen angenommen wurden. Jede kritische Beschäftigung mit der gesellschaftlichen Situatuation, jede noch so kleine Kritik wurde verfolgt und letzendlich vernichtet.

Die Gegenwartskunst wird zum großen Teil ebenfalls funktionalisiert und zwar für die Interessen des Industriemanagements und der herrschenden Politik. Der Mißbrauch der Kunst, z.B. in der Werbung, führt zu einer weitverbreiteten, vorgefertigten Ästhetik, die ein breites, offenes Kunstverständnis in der Bevölkerung von vornherein erstickt. Der Ausweg aus der beschriebenen Funktionalisierung liegt in der uneingeschränkten, freien Kunst, deren aufklärender Charakter und soziale Brauchbarkeit zu einem Widerstand gegen Eingrenzung in der Kunst selbst und zur kritischen Sichtweise politischer Mißstände beiträgt und damit zur Emanzipation von den bestehenden Verhältnissen führt. Kunst ist Teil des Widerstandes.

Konkretes

Die Ausstellung wird am 17. März 1990 in der „Pumpe" in Kiel eröffnet und läuft dort bis zum 28. März. Danach ist sie vom 31. März bis 6. April in Hamburg in der Flora zu sehen und dann noch mal vom 8.-13. April 1990 im JUZ Korachstraße in Hamburg-Bergedorf. In Lübeck gibt es am Sonntag, den 4. März, eine Veranstaltung zur Ausstellung und am Abend ein Solikonzert. Die gleiche Veranstaltung läuft am 16. März in Neumünster.

Während der Ausstellungen läuft jeweils ein umfangreiches politisches Rahmenprogramm. Außerdem wird jede Ausstellung neben einer Ausstellungseröffnung mit einem Konzert beginnen. Bei diesen Konzerten sollen die Inhalte der Ausstellung durch eine Geschichtsschreibung von 1914 bis heute mittels Dias umgesetzt werden – die Dias werden nur von Musik begleitet, ohne gesprochenen Text.

Die weitere Planung

Nach diesem ersten Ausstellungsblock folgt ab Mai 1990 ein zweiter, der in Hannover beginnen wird. Da Block für Block nacheinander organisiert wird, können zum jetzigen Zeitpunkt noch keine weiteren genauen Angaben gemacht werden.

Die Kontakte des Ausstellungsprojektes gehen mittlerweile von Hamburg bis München und auch ins Ausland. Trotzdem gibt es natürlich noch sehr viele Städte und Menschen, die noch nichts vom Ausstellungsprojekt wissen und einige Regionen, die noch keine Ausstellungsmöglichkeit gefunden haben. Falls es also Menschen gibt, die sich mit der Ausstellung befassen und sie bei sich zeigen wollen – meldet euch bei der Ausstellungsgruppe.

Schwierigkeiten

Zur Ausstellung wird es einen Katalog geben, in dem die gesamten Plakate nebst Dokumentationen von Zeitungen, Flugblättern usw. abgedruckt sind. Dieser Katalog wird allerdings erst bis Ende März fertig. Dabei ist eines der Hauptprobleme das liebe Geld. Neben erheblichen anderen Kosten – wie für Plakate etc. – wird allein dieses Werk ca. 20.000 DM kosten, von denen bislang noch über die Hälfte fehlt. Die Finanzierung des Projektes wird z.Zt. über Solikonzerte, den Verkauf von Postkarten (12 Motive, hauptsächlich aus der Ausstellung) versucht. Wer weitere Finanzierungsmöglichkeiten kennt, teile sie bitte mit. ●

Wer Kontakt mit der Ausstellungsgruppe sucht, schreibe bitte an:
1. Umschlag
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen
2. Umschlag beschriften mit KuK
Und ganz besonders wichtig, unser Spendenkonto:
Postgiroamt Hannover
BLZ 250 100 30
Kto.-Nr. 804 95-308, fotografik,
Kennwort: Ausstellung

KOMMUNEN

KOMMUNEN UND DDR

Thema verfehlt?

Alle reden von der DDR, warum wir nicht auch?

Sven Borstelmann (Kommune Niederkaufungen), Redaktion Kassel ● Ist die Entwicklung in der DDR ein Thema, zu dem wir aus unserer Sicht etwas zu sagen haben? Die CONTRASTE bietet uns drei Seiten in ihrer Zeitung – ein Schwerpunktthema «Kommunen» an. Während wir uns sonst, teils aus leidvoller Erfahrung, teils aus kaum erklärlicher Paranoia eher schwer tun, auf Publikationsangebote unterschiedlichster Medien einzugehen (neulich wollte sogar eine ambitionierte Volontärin der «Welt» einen Artikel über uns schreiben), gibt es diesmal kaum Vorbehalte; eigene Photos, eigene Artikel und eine Leserschaft, der aller Voraussicht nach das Wort «Konsensprinzip» nicht erst buchstabiert werden muß. Zudem bieten Versuche der Eigendarstellung ja immer auch einen Anlaß, kritische Selbst- und manchmal auch Fremdreflektion zu betreiben.

Also flugs einige GenossInnen aus befreundeten Projekten kontaktet und überwiegendes Interesse signalisiert bekommen. Aber worüber denn nun im Einzelnen schreiben...? Als wir uns im Dezember treffen, um ein gemeinsames Oberthema zu finden, können wir uns natürlich nicht freimachen von dem alle(s) beherrschenden Thema «DDR». Hat «das» was mit uns zu tun, wenn ja, was, wenn nein, warum nicht?

Wir hätten sicherlich auch über ganz andere – und vielleicht naheliegendere – Dinge schreiben können:

○ über die Frage, ob wir uns nicht manchmal als ewiggestrige Alt-68er sehen (natürlich nicht), an denen der herrschende Zeitgeist spurlos vorbeigegangen ist (was wir nicht als allzugroßen Verlust ansehen);

○ wir hätten erzählen können von unserem Ringen um praktikable Entscheidungsstrukturen («Kommune, Konflikt und Konsens») oder den Mühen der Beziehungsebenen («was kommt nach dem Aufknacken der kleinfamiliären Strukturen?»)

○ schließlich hätten wir uns (und der geneigten LeserInnenschaft) die Frage stellen können, warum es denn eigentlich so wenig Kommunen gibt (wobei hier die Antwort ja noch relativ leicht fällt: wer tut sich den Streß schon freiwillig an?!)

Wir hätten natürlich beipielsweise ein Feature abliefern können: «Ein Tag im Leben der Kommune x», mit typischen, aussagekräftigen Alltagsbeschreibungen («gemeinsam wuchten sie die Hobelbank – Baujahr 1948 – aus ihrem rostigen Bulli und umarmen sich nach getaner Arbeit voller Freude über die preiswerte Neuanschaffung»), mit, je nach Projekt etwas mehr oder weniger Naturidylle («Karl-Heiz schreitet in seinen klobigen Stiefeln über die Weide, während ihm der strömende Regen in sein wind- und wettergegerbtes Gesicht peitscht. Als er das kläglich blökende Schaf erreicht, redet er beruhigend auf es ein und zieht ihm sanft den Dorn aus dem Huf») und etwas Lagerfeuerromantik («die Flammen verbreiten eine wohlige Wärme, der Joint kreist, Elsbeth holt die Klampfe und zum Tagesausklang wird noch ein fröhliches Lied angestimmt»).

All dies vielleicht demnächst an dieser oder anderer Stelle (oder gar live bei Deinem Besuch...); stattdessen kommen hier nun Artikel aus vier Projekten, die in dem Wissen um den Widerspruch, daß es zwar kleine Fluchten, aber keine keine heilen Welten in dieser Gesellschaft gibt, angetreten sind, neue Lebensformen auszuprobieren.

WAR DAS EIN HERBST! – WIE WIRD ERST DER WINTER?

Der Traum der Commune, der schlief doch nur...

„Nichts wird so sein wie es vorher war"
(Willy Brandt auf dem SPD-Parteitag)

„Wem nützt der Satz?
Wem zu nützen gibt er vor?
Zu was fordert er auf?
Welche Praxis entspricht ihm?
Was für Sätze hat er zur Folge?
Welche Sätze stützen ihn?
In welcher Lage wird er gesprochen?
Von wem?"

(Bertolt Brecht)

Foto: Bildarchiv UMBRUCH

Einige Zorrows, Redaktion Kassel ● Ein kleines Datenpotpourri gefällig? Voilä, der 1. September 1989 (50 Jahre Überfall auf Polen zu Beginn des zweiten Weltkrieges) – am 1. Oktober feiert die DDR ihren 40. Geburtstag – am 4. November 1989 dann die erste große, unabhängige Demo in Berlin-Hauptstadt – der traumatische 9. November (seit der Revolution 1919 vielfach besetztes Datum: Hitlerputsch 1923, 1938 Beginn der Judenprogrome „vor aller Augen", Georg Elsers Attentat auf Hitler 1939 und nun auch noch „Grenzen auf" 1989) – dann am 4. Dezember hat die SED den Neuen: Gysi an ihrer Spitze und heißt jetzt SED-PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus).

Ach ja, der demokratische Sozialismus! Warum nicht gleich: Direkte Aktionsdemokratie? Das ließe sich doch auch schön abkürzen, zum Beispiel DiAktie – egal, jedenfalls am 23. Dezember 1989 war dann auch noch das Brandenburger Tor auf, nach 28 Jahren und vier Monaten. Schöne Bescherung, wa!? Oder wat?

Na jedenfalls waren die Neofaschisten, ewig Gestrige und Republikaner so ziemlich geschlossen aufmarschiert vor dem Tore, um Einheit zu demonstrieren: „Wir sind wieder wer" und „nun dürft ihr im Osten teilhaben an unserem Aufbruch, aber schön ordentlich nach unserer Kapital-Pfeife tanzen, sonst verpatzt ihr nur alles".

Im Westen nichts Neues

Unser Haus steht direkt am Grenzübergang Bornholmer Brükke, im Westberliner Bezirk Wedding. In der Nacht vom 9. auf den 10. November ging es hier wie überall an den innerstädtischen Übergängen zwischen Restbärlin und der DDR-Hauptstadt äußerst gemischt zu. Schabowski hatte zwar noch um 19.07 Uhr die Öffnung der Mauer für Freitag, 10.11.89 um acht Uhr angekündigt (hier schließlich Deutschland, also hier Ordnung), aber die „Wir sind das Volk"-Fraktionen waren schon lange auf dem Weg nach drüben. Auf der Bornholmer Brücke, die bis dahin eher ein verlorener Winkel war und sich allenfalls für Spionage-Scharmützel beider Geheimdienste als gute Kulisse eignete, war in dieser Nacht nichts und niemand zu halten. Natürlich auch die Faschisten nicht!! O-Ton von der Brücke: „Kommt alle rüber in den Westen. Für jeden von euch schicken wir fünf Türken nach Hause!"

Am 10. November waren wir zwar noch vollkommen auf der Höhe des tagespolitischen Szenarios, immerhin hatte die Gnade der späten Geburt gebührenden Pfeifempfang vorm Rathaus Schöneberg, aber im alltäglichen Geschehen ist doch eines deutlich zu bemerken: Zwar tut sich in diesen Tagen Revolutionierendes in der DDR, vielleicht gilt dort mehr als vorher der Satz, der für eine Demokratie von unten charakteristisch ist, nämlich: „Wir sind das Volk". Aber in der augenblicklichen Lage in der BRD und eben auch bei uns in Westberlin gilt – daran hat sich in letzter Zeit nichts geändert – „Das Volk zählt nicht!" Allenfalls wird es gezählt und auch das geschieht in strammer faschistischer Tradition. Ansonsten plackerten wir uns wie eh und jeh mit den selben Schweinereien herum: Da werden aufrechte Antifaschisten und aufgeweckte Kids serienweise von Skins krankenhausreif geprügelt, da siehtste auch schon mal – wie einen Tag im November – den in der Nacht erfrorenen Obdachlosen auf der Straße liegen, drum herum Rote-Kreuz-Sanis und gaffende Menge; na und die Kaffeepreise fallen doch auch nicht schlecht in diesen Tagen, so daß die Armen doch gut zu 'ner Tasse kommen können. Wer fragt denn da noch nach den Kosten und Verlusten irgendwo im hinterletzten Winkel dieses verdammten Globusses. Wo liegt eigentlich El-Salvador?

Nichts wird so sein wie es vorher war, das war Willys Spruch auf dem SPD-Parteitag Mitte Dezember im Westberliner ICC – 30 Jahre nach Godesberg! Meine Güte, wie die Zeit vergeht.

„Im Westen nichts Neues", steht an Hauswänden im Wedding gesprüht. Und die Lebensmittelfilialen-Kette titelt ihr eigenes Flugi (wahrscheinlich ihr erstes überhaupt): „Ganz Berlin steht Kopf. Alle Berliner sind völlig aus dem Häuschen. Und wir von Kaisers freuen uns natürlich mit. Zur Feier dieser Tage spendieren wir allen Mitbürgern aus dem Ostteil unserer Stadt und der DDR 500g Kaiser's Kaffee und eine Tafel Schokolade als Willkommensgruß und als Zeichen, daß wir uns auf Sie freuen. Zur ersten Orientierung und für die ersten Schritte im anderen Teil Berlin dieser Übersichtsplan". – Wobei dazugesagt werden muß, daß es natürlich kein Übersichtsplan ist, sondern ein Adressenverzeichnis aller(!) Westberliner Kaiser's Super- und Verbrauchermärkte. Also vom Kapital nix Neues. Das war auch nicht zu erwarten.

Die Position der Linken

Aber daß wir seit dem Herbst in eine aufgeregte Unruhe versetzt worden sind, wir als Selbsthilfeprojekt Zorrow, das muß doch auch gesagt werden. Und wie uns, geht es so einigen der linken Projekte, Initiativen, Gruppen oder Kommunen. Aktion ist angesagt. D.h. Diskussionen wie schon lange nicht mehr. Ganze Nächte werden neuerdings wieder verquatscht, wie zu seligen Besetzerzeiten. Die Weddinger Kiezküche, der offene Treff für alle, die was in Wedding zusammen machen wollen, ist auch gestopft voll. Flugblätter werden geschrieben oder nachgedruckt, die Kontakte nach Prenzlauer Berg, Pankow und Berlin-Mitte werden intensiviert und Kreuzberg macht sich auf den Weg nach Berlin SO 35, ja das gibt's wirklich, mußt' nur über die Oberbaumbrücke loofen! Und Zorrow hat seit neuestem eine Parole an der Hauswand, von Biermann geklaut: „Der Traum der Commune, der schlief doch nur, ist ist doch – noch lange nicht tot".

Vordergründig ist also einiges im Gange, da gibts nicht gegen zu sagen. Nur, daß ich manchmal in Gesprächen oder in Blicken und Reaktionen eine gewisse Ratlosigkeit bis hin zur Resignation bei einigen entdecke, auch bei GenossInnen.

Was sagte doch neulich eine RZ in einem neuen, äußerst kompakten Papier „200 Jahre sind nicht genug. Mit den Revolutionären Zellen ins postfordistische Zeitalter", abgedruckt im Westberliner „interim": „Zu den wenigen Papieren, die es geschafft haben, die Aufrüstung der 80er Jahre aus der Dynamik der Krise und Krieg erklärt zu haben, gehört bekanntermaßen (?) „In Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod" einer RZ von 1983 (um Kommentaren vorzubeugen: wir laufen hier keine Gefahr, uns selbst zu zitieren und damit zu loben): Die vielerorts beklagte Zuspitzung des Ost-West-Konflikts wird fälschlicherweise als Bruch und Kontrapunkt zur vorausgehenden Ära der Entspannungspolitik definiert, stellt sich aber bei genauem Hinsehen als deren logische Konsequenz und Weiterverfolgung mit anderen Mitteln heraus... Der Zweck des heutigen imperialistischen Aufmarsches ist in erster Linie die schrankenlose Durchdringung des Ostblocks, gerade auch um in Krisen- und Neustrukturierungen Kosten auf ihn abzuwälzen, und nicht seine militärische Vernichtung".

Diese Politik hat heute ihr Ziel weitgehend erreicht, die kapitalistische Durchdringung und ideologische Auflösung des Ostblocks geht voran. So ist die derzeitige Entspannungsphase erklärbar, die nur so lange anhalten wird, wie sich der Ostblock und die Länder des Trikonts freiwillig unterwerfen und/oder die derzeitige kapitalistische Prosperität anhält. Die Linke aber, die sich gegen Aufrüstung, Waffensysteme, militärische Angriffe gewandt hat anstatt gegen den Kapitalismus, der in Krisenzeiten eben zu Krieg führt, kann daher auf eine „friedliche" Unterwerfung keine Antwort haben." (interim Nr. 82, 1989, S.22f.)

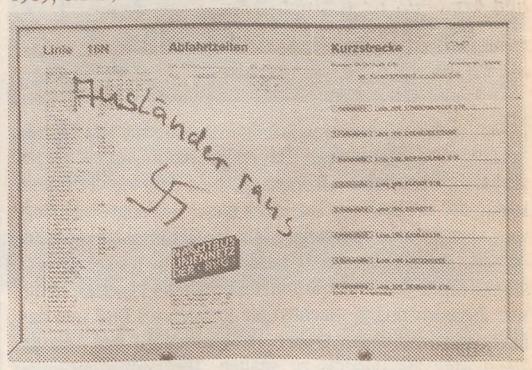


Foto: Bildarchiv UMBRUCH

Unsere Realität als Ansatz

Nein!! Nicht schon wieder **die Krise der Linken**! Gut und schön die Analyse, da weiß mensch, was mensch hat. Aber wir haben doch noch was anderes offen... Genau: Der Traum, besser die **konkrete Utopie. Die** ist es doch, die jetzt schändlich von allen in die Ecke geknallt wird. Dorthin, wo sie nun wirklich keiner und keinem mehr nützt. Also nix wie hin und vorgekramt, dat Teil!

Zugegeben, die Parolen, die wir neulich in Wedding geschrien haben, sind nicht von dieser durchschlagenden Originalität wie die auf dem Alexanderplatz am 4. November. Aber falsch werden sie deswegen noch nicht: **Hinter dem Faschismus steht das Kapital, bekämpfen wir es international!**

Und wir als Projekt können doch auch mit den Kategorien „Kiez" oder „Stadtteil" oder „Kommune" was anfangen! Das betrifft doch unsere Realität. Also: **Der Kampf um die Kommunen, der Kampf in der Fabrik, das ist unsere Antwort auf ihre Politik!** und nicht zu vergessen: **Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker. Zusammen kämpfen!**

Ok, mit Parolen ist ja nu die Revolution nicht zu gewinnen, aber was doch zu sagen ist, soll jetzt am Schluß auch gesagt werden: Wenn wir nicht zu Handlungen kommen, in denen erkennbar wird, worum es uns geht, und das wird doch noch ganz gut mit dem „Aufbau des Sozialismus" beschrieben (oder?), dann sind wir wieder mal zweite Sieger im Wettlauf zwischen Befreiung und Barbarei.

Wie sagte doch Anarchosyndikalist Rudolf Rocker 1920: „Der Sozialismus wird frei sein, – oder er wird nicht sein". – In diesem Sinne also: Von der Post lernen heißt schicken lernen, klaro! ●

Foto: Bildarchiv UMBRUCH

KOMMUNEN

ZORROW IN PANKO E.V.

Gemeinsam leben – politisch handeln

Zorrow in Panko e.G. ist ein Bau-Selbsthilfeprojekt in Berlin-Wedding. Die Idee des Projekts entstand 1983 zur Zeit des Häuserkampfes, als eine Gruppe von geräumten BesetzerInnen und deren FreundInnen sowie eine Gruppe von StudentInnen, gebildet im Dunstkreis unseres späteren Trägervereins, dem Martinswerk e.V., sich zusammentaten, um ein leerstehendes Altbauhaus selber instandzusetzen und gemeinschaftlich zu bewohnen.

Die Grundidee war der Wunsch nach der Überwindung isolierter Wohnstrukturen, nach Gestaltung des eigenen Wohnraums und der Gedanke, ausgehend von einem solchen Zusammenhang, politische Verantwortung gemeinsam besser zu erkennen und wahrzunehmen.

Fotos: Bildarchiv UMBRUCH

Die innere Struktur

In einer Bauzeit von 4 Jahren wurden von der Gruppe 2 Aufgänge des völlig verwahrlosten Hauses in der Grüntaler Straße 38 unter Zulhilfenahme von Firmen instandgesetzt. 85% der Bausumme von 1,25 Mio. DM wurden vom Senat gestellt, der restliche Anteil mit der eigenen Arbeitskraft erbracht. Die 23 vorhandenen Kleinwohnungen mit einer Gesamtfläche von etwa 1.000 qm wurden zu einer einzigen zusammenhängenden Großwohnung umgebaut, in der etwa 30 Personen Platz finden.

Zur Zeit sind wir 11 Männer, 13 Frauen (zwischen 23 und 36 Jahren), 4 Kids (1 1/2 - 13) und 4 Dauergäste, unter denen immer wieder Menschen sind, die von Abschiebung bedroht hier um ihre Rechte kämpfen.

Für die Organisation von Arbeiten (sowohl im Haushalt als auch für das Bauen) wurde das Grundverständnis weitgehend durchgehalten, keine verbindlichen Arbeitspläne aufzustellen, um keine formalen Zwänge zu schaffen, dem Prinzip der Freiwilligkeit möglichst weiten Raum zu geben. Die Absprachen erfolgen auf dem seit Beginn der Gruppe bestehenden wöchentlichen Plenum, für wichtige Entscheidungen muß ein Konsens erreicht werden.

Wirkung nach Außen

Momentan ist deutlich zu spüren, daß die bisher durch die Bauarbeiten gebundenen Energien durchaus für weitere gemeinsame Aktivitäten frei werden können. Dieser Pozeß ist jedoch erst am Anfang, und es läßt sich noch nicht sagen, wohin uns dies führen wird. Unsere Absichten, uns für nachbarschaftliche Aufgaben und politische Mitverantwortung offen zu halten, werden z.Z. neu überdacht und konkretisiert. Felder bieten sich genug an: Die verschärfte Situation von Flüchtlingen und des Sexismus, die multikulturelle Zusammensetzung des Wedding sowie sportliche, handwerkliche und musikalische Aktivitäten. Als materielle Voraussetzung wurde im Haus ein großer Raum freigehalten, der für nachbarschaftliche Treffen und Veranstaltungen über den Rahmen des Hauses hinaus zur Verfügung steht, und eine ABM-Stelle eingerichtet.

Ausgangspunkt einer Wirkung nach außen ist aber immer ein innerer Prozeß. Wir haben sicher nicht die idealen Zustände erreicht, von denen viele geträumt haben, aber es hat bis heute eine gemeinsame Entwicklung stattgefunden, eine Vertrauensbasis ist entstanden, und das Gespräch zwischen uns ist weiter im Gange. Aktuell wird zum Beispiel über weitere Schritte hin zu einer gemeinsamen Ökonomie diskutiert, die bei uns bisher erst in Ansätzen entwickelt ist.

Noch gibt es den Mut, der nötig ist, den weiteren Überraschungen, die die nächste Phase unseres Experiments bringen mag, erwartungsvoll entgegenzusehen.
Viva la revolution sociale. ●

Zorrow in Panko e.V.
Grüntaler Str. 38
1000 Berlin 65

VON DER NEGATION ZUM SOZIALISTISCHEN ANSATZ

Anti-Parolen reichen nicht!

Die Entwicklung in der DDR beweist auf jeden Fall nicht, daß kollektive Ansätze selbstbestimmten Lebens und Arbeitens nicht praktikabel sind. Hier wie dort ist weiterhin die Konkretisierung von Utopien notwendig. Im folgenden eine Stellungnahme des Projekts A von ihrem Bundestreffen im Dezember '89.

Projekt A, Redaktion Kassel ● Massendemonstrationen! Führungswechsel! Öffnung der Grenze! Demnächst Wahlen! – Auch wir verfolgen die Entwicklungen in den osteuropäischen Ländern und speziell die sich überstürzenden Ereignisse in der DDR mit Aufmerksamkeit. Dabei halten wir die euphorische Beurteilung wie vom Komitee für Grundrechte und Demokratie („Was sich in diesen Jahren, in diesen Monaten, Wochen, ja Tagen reformerisch fast stündlich beschleunigt, das ist die größte Bestätigung dafür, daß Menschenrechte und Demokratie kein eitler Wahn sind... Welche Freude.") für ebenso schädlich wie eine vorschnelle Beerdigung des Sozialismus – je nach politischem Standort mit Katerstimmung oder Schadenfreude.

Umwälzungen eröffnen Chancen, die zu nutzen durch unreflektierten Aktionismus, durch politische, moralische oder ökonomische Interventionen und/oder Manipulationen verhindert wird. Wir halten eine sorgfältige Analyse für unerläßlich sowie eine breite Dialogbereitschaft und materielle Hilfsangebote des Westen, die an **keinerlei** Bedingungen geknüpft werden dürfen. Und daß wir als AnarchistInnen **wider** eine Vereinigung eintreten nach dem Motto: „Aufzulösende Staaten brauchen keine Wiedervereinigung!" – dies braucht eigentlich nicht betont zu werden.

Wir leben nicht auf einer Insel

Dieser Beitrag will und soll nicht die Gesamtproblematik behandeln, sondern Facetten derselben nur aus unserer ganz partikulären Sicht als ProjektanfängerInnen beleuchten. Es geht hier also lediglich um Fragestellungen wie: Ist der Sozialismus per se gescheitert? Welche gesellschaftspolitischen Entwicklungen sind zu erwarten – hier wie dort? Welche Auswirkungen hat das auf unser Projekt? Wie lassen sich Handlungsperspektiven erarbeiten / nutzen / vergrößern?

Das Scheitern des sich selbst als „real existierend" bezeichnenden Sozialismus ist doch nicht erst durch die jüngsten Ereignisse, sondern bereits seit langem offenkundig und nach unseren libertären Vorstellungen nicht Verunsicherung, nur Bestätigung. Wir könnten also ganz platt feststellen: „Sozialismus von oben kann nicht funktionieren! Das haben wir schon immer gewußt! Deshalb versuchen wir's ja anders!" und zur Tagesordnung übergehen. Aber halt! Wir leben mit unserem Projekt, auch wenn wir uns explizit als mögliche Alternative zum herrschenden System verstehen, ja nicht auf einer Insel, vielmehr in vielfältigen Bezügen dazu – größtenteils notgedrungen – aber zwecks politischer Transparenz und Effizienz teils auch erwünscht und herbeigeführt.
Also drängen sich Gesichtspunkte auf wie

- inwieweit sozialistische Konzepte durch den Bankrott des Staatssozialismus diskreditiert werden,
- ob zwangsläufig die osteuropäischen Länder die pseudokommunistische Herrschaft gegen die notdürftig durch Konsum„freuden" verbrämte, im Prinzip aber gnadenlose Herrschaft des kapitalistischen Systems eintauschen
- welche Abhängigkeiten zu befürchten und wie sie zu verhindern sind, wenn der EG-europäische Wirtschaftskoloß sich Osteuropa als zusätzlichen Absatzmarkt und Reservearbeitnehmerpotential zur weiteren Deregulierung des Arbeitsmarktes erschließt,
- wie dem Erstarken nationalistischer und damit als Begleiterscheinung zunehmend faschistischen und rassistischen Tendenzen wirkungsvoll begegnet werden kann,
- welche konkreten Ansätze gesellschaftspolitischer Alternativen jenseits von Staatssozialismus und Kapitalismus machbar sind.

Kontraproduktivität von Reformen

Sowohl im realexistierenden sogenannten Sozialismus als auch im Kapitalismus sind die Hoffnungen der Menschen auf Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit mit Füßen getreten worden. Stattdessen wurden ihnen der zigfache Overkill, die Vergiftung der Umwelt, hemmungslose Ressourcenverschwendung und die Verelendung der 3. Welt, ein immer löchrigeres soziales Netz, unzumutbare Arbeitsbedingungen, repressive „Sicherheits"gesetzgebung und viele andere immense Probleme aufgeladen. Beide Gesellschaftssysteme haben jegliche Legitimation (sofern sie jemals eine besaßen!) verloren und bekommen sie auch durch immer breitere Bevölkerungskreise entzogen.

Die im Osten und im Westen diskutierten bzw. praktizierten Reformansätze lehnen wir rundweg ab, weil nichts grundsätzlich geändert wird, fatale Auswirkungen nur ein Stück weit kaschiert werden und gegen die Interessen der Menschen gerichtete Systeme – hier wie da – sich damit länger aufrecht erhalten, reformistische Modelle sich also als contraproduktiv erweisen. (Damit ist nicht gemeint, daß im Einzelfall ein Reformvorhaben nicht auch sinnvoll sein könnte.) Die systemstabilisierende Wirkung der Grünen hier sollte Warnung genug sein. „Wie sich Reformkräfte in der DDR die Zukunft wünschen: Erneuerung des Glaubens, Mieten wie in Leipzig, Kaufhäuser wie in Frankfurt und Schwule in den Knast", läßt sich in KONKRET 11/89 nachlesen.

Gesellschaftspolitische Experimente

Mit der Analyse der Radikalen Linken (siehe Grundlagen der RL in KONKRET 11/89 und AK 311) zur Situation in der BRD und speziell ihrer Kapitalismuskritik können wir uns weitgehend identifizieren. Aber das Fazit??? „Die schroffen Negationen sind die Voraussetzung für politische Utopien... Die radikale Linke will die Kraft der Negation bleiben – die Opposition im Zeitalter der rosa-grünen Besoffenheit." Wir sind der Überzeugung, daß die pure Negation angesichts der vielfältigen Überlebensproblematiken nichts taugt, weder um die Öffentlichkeit zu erreichen noch irgendeine Änderung einzuleiten. Ständige „Nein danke"-Mentalität und Anti-Parolen reichen nicht! Papiere – und seien sie von „Papiertigern" – ebenfalls nicht! Wir müssen endlich handeln – und da wohl niemand eine Patentlösung hat, es diese angesichts der Komplexität der zu lösenden Aufgabe ja auch gar nicht geben kann, müssen aufs Vielfältigste gesellschaftspolitische Experimente initiiert werden.

Unser Weg (er darf aber nicht als einzig möglicher verstanden werden) ist der Versuch, durch selbstbestimmte Lebens- und Arbeitszusammenhänge – uns und anderen! – zu beweisen, daß herrschaftsfreier Umgang miteinander und ökologisch bewußter Umgang mit unserer Umwelt möglich sind. Da aber auch wir natürlich mitgeprägt sind von reaktionären Strukturen, legen wir dabei auf Kollektivität und damit die soziale Dimension besonderen Wert – haben darüberhinaus auch die Hoffnung, daß wir die politische Relevanz durch Gruppenaktivität vergrößern. Oder anders formuliert: Kommunen und Projekte, die alternative Formen des Lebens, Arbeitens und Sicheinmischens emanzipativ entwickeln, sind soziale und gesellschaftspolitische Experimente, um Utopien für uns und andere zu konkretisieren und ihre Umsetzung – wenn auch nur in winzigen Schritten – voranzutreiben.

Wir verstehen uns als AnarchistInnen und legen besonderen Wert auf Freiheit und Selbstbestimmung. Unser Projekt ist der Versuch, einerseits durch Kleingruppen im Lebens- und/oder Arbeitsbereich Vielfalt und damit größtmögliche Individualität zu ermöglichen, andererseits durch die Bündelung im Gesamtprojekt eine höhere gesellschaftspolitische Dynamik zu entwickeln, praktisch vorzuleben und offensiv zu vertreten. Dies ist für uns die Konkretisierung eines **sozialistischen Ansatzes**, der nur **dezentral** und **von unten** funktionieren kann, der **emanzipativ** sein muß und der **kollektiv** vielleicht gelingt.

Wenn Ähnliches breit in Gang zu setzen wäre, wenn mensch sich staatlicher Bevormundung – hier wie dort – massenhaft entziehen würde, hätten wir eine libertären Vorstellungen entsprechende soziale Revolution:
„Hic Staatsdiktatur! Hic soziale Revolution und Überwindung des Staates! Ein drittes gibt es nicht. Nun mag sich jeder entscheiden."
(Rudolf Rocker, 1919, zitiert nach GWR 12/89) ●

PROJEKT A

Ein anarchistisches Siedlungsprojekt

Das Projekt A umfaßt mehrere unterschiedliche Projektansätze. Es ist aber dennoch ein Gesamtprojekt, das durch Vernetzung und gemeinsame Entwicklung eine Gemeinschaft bildet.

Seit 1985 existieren größere Diskussionszuammenhänge, seit 1988 Ansfänge der Umsetzung: Insgesamt leben und arbeiten daran an drei verschiedenen Orten zur Zeit etwa 50 Menschen. Außerdem gibt es ProjektlerInnen, die themenspezifische (Gesundheit, Landwirtschaft) Konzeptionierungen oder standortbezogene (Berlin, Ruhrgebiet) Lösungsansätze ausarbeiten.

Die Grundvorstellungen entsprechen weitgehend bekannten Kommuneansprüchen: Selbstbestimmung; gemeinsames Leben; Arbeiten und politisch sich Engagieren; herrschaftsfreier Umgang; Konsensprinzip; gemeinsame Kasse etc. Hierbei ergeben sich natürlich immer wieder Spannungsbögen zwischen den Polen Kollektivität und Individualität, die für AnarchistInnen durch die zentrale Bedeutung des Freiheitsbegriffs besonders brisant werden können.

Das Spezifische ist deshalb beim Projekt A – und dies unterscheidet es also von anderen Kommuneansätzen – viele kleine Arbeits- und Wohnkollektive aufzubauen, die weitestgehende Autonomie der Einzelnen ermöglichen. Da selbstverwaltete Projekte mit sozialem, kulturellem oder dezidiert politischem Anspruch notgedrungen defizitär arbeiten und dadurch immer gefährdet sind, sollen sich jeweils ein profitables (ein Handwerksbetrieb etwa oder eine Kneipe) mit einem nicht sich sebst finanziell Tragenden zum Doppelprojekt verbinden, also ein linker Buchladen mit einem Café zum Buchcafé. Um die gesellschaftspolitische Relevanz zu erhöhen, sollen diese Doppelprojekte mit größtmöglicher Vernetzung untereinander zum Gesamtprojekt zusammengefaßt werden. Ein zweiter charakteristischer Unterschied zu anderen Kommunegründungen ist die Wahl der Standorte. Nicht auf dem Land, um der Gefahr einer dörflichen Idylle zu entgehen, und nicht in der Anonymität von Großstädten, sondern in überschaubaren Kleinstadtstrukturen sehen die ProjektlerInnen die besten Ausgangsbedingungen für ihr Experiment.

Nähere Infos bei:
Projekt A – Büro
Untere Fulder Gasse 2 - 6320 Alsfeld

KOMMUNEN

GESCHICHTE IST GEMACHT?

Wahres Leben im Falschen?

Ist die Selbstverwaltungswirtschaft, in diesem Fall speziell der Kommuneansatz, im Gesellschaftssystem so randständig, daß gesellschaftspolitische Veränderungen wie der Entwicklung zwische BRD und DDR hier keine Bedeutung haben? Der politische Anspruch ist doch ein ganz anderer.

Ein Beitrag von Sven Borstelmann (Kommune Niederkaufungen), Redaktion Kassel ● Im östlichen Europa klopft der Januskopf der „sozialen Marktwirtschaft" mit dem Vorschlaghammer an die nicht länger verschlossenen Tore, und wen wundert es da noch, daß die allmontaglichen Gesänge in Leipzig sich von der „Internationalen" in den letzten Wochen zum „Deutschland einig Vaterland" gewandelt haben (der Artikel ist Mitte Dezember geschrieben, wer mag vorhersagen, was sich bis zu seinem Erscheinen wieder verändert haben wird...)

Die kurzfristigen illusionären Hoffnungen auf einen wirklichen – und damit zwangsläufig freiheitlichen – Sozialismus zerplatzen angesichts der von Westseite gezückten Joint-Venture-Klingen und dem real existierenden Ausbluten der DDR.

Was hat nun – und dies soll die zentrale Frage dieses Artikels sein – das Ganze mit uns, sprich: unserem Ansatz einer kommunitären Lebensform in der BRD zu tun?

Sind wir möglicherweise überhaupt nicht davon berührt, weil wir sowieso in einer von unserem Wirtschaftssystem geduldeten (eventuell für es gar beschränkt nützlichen) Nische ohne jede gesellschaftspolitische Relevanz vor uns hinkrebseln oder sind wir in unseren ideologischen Grundfesten erschüttert und müssen unsere Strukturen grundsätzlich in Frage stellen oder gehen wir unbeirrt unseren Weg weiter, weil wir es doch schon lange gewußt haben, daß sozialistische Modelle, die zentralistisch-bürokratische und damit zwangsläufig hierarchische Strukturen aufweisen, und erst recht, wenn sie auf Staatsebene eingeführt werden, an den Bedürfnissen der Menschen vorbeigehen?

Die oben gestellte Frage kann nicht einheitlich von uns beantwortet werden, wir können uns einer Beantwortung nur nähern, und dies wird im folgenden anhand von Alltagsbeispielen aus unserer Kommune versucht.

„Das Volk sind wir"?

An den ersten Wochenenden nach Öffnung der DDR-Grenzen stellen wir uns mit Trahsparenten in die völlig überfüllte Kasseler Konsumrennbahn:

- „Gemeinsam gegen Bonzen in Ost & West"
- „Herzlich willkommen in der Freiheit, die es im Kapitalismus nicht gibt"
- „Das Volk sind wir – auch hier"
- „Freiheitlicher Sozialismus in Ost & West

sind die Parolen, die plastiktütenbewehrte Ostler und ausgehuniformierte West-Schaulustige zu lesen bekommen. Unsere Plakate werden zum willkommenen Anlaß, die eigene Sprachlosigkeit angesichts der historischen Ereignisse zu überwinden; angewandter Ost-West-Dialog von unten! Wir werden erstaunlich wenig beschimpft, der Ruf „geht doch nach drüben" beginnt seinen Sinn zu verlieren (und wir haben uns doch so an ihn gewöhnt...).

Die Aktion verselbständigt sich, das Volk redet (bzw. die Völker reden) miteinander auf der Straße, wir werden dort überflüssig, ziehen ein Stück die Straße runter und verursachen neue Menschenaufläufe: Nie war es so einfach wie heute.

Was aber in der Diskussion auffiel: Über die Schattenseiten des BRD-Kapitalismus herzuziehen, bereitet uns keine Mühe, und mit etwas mehr Anstrengung können wir auch einige Vorzüge des DDR-„Sozialismus" benennen, gefragt aber nach unseren Vorstellungen von einer besseren Gesellschaft (und einige Leute hatten tatsächlich die Bereitschaft, sich unsere Antworten anzuhören), verweisen wir allzuoft in das Reich der Utopie oder greifen zurück auf unsere Kommune und fügen hastig-entschuldigend hinzu, daß dieser Ansatz natürlich nur sehr beschränkt gesamtgesellschaftliche Perspektiven aufweisen kann.

Kürzlich haben wir eine Veranstaltung zum Thema „DDR" organisiert, zu der wir auch VertreterInnen der örtlichen „Grünen" und SED-Mitglieder aus Arnstadt, Kassels „Partnerstadt" in der DDR eingeladen hatten. Bemerkenswert war dabei zum einen, wie wiedermal überaus deutlich unsere kommune-internen Differenzen an Punkten wie „Entfaltung der Produktivkräfte" oder „Ideal eines ganzheitlichen Lebens" sind, zum anderen, wie fern sowohl die vermeintliche realpolitische Kompetenz der Grünen-Aktivisten als auch die hierarchische Orientierung („Wir brauchen jetzt eine bessere Führung") und die Betonung der Notwendigkeit „deutscher Tugenden" (es muß nicht soviel geredet, sondern mehr gearbeitet werden") der DDR-Leute waren.

Es zeigte sich wieder einmal, daß wir als Kommune weder eine einheitliche politische Identität, noch eine definierte politische Heimat in gesellschaftspolitischen Strömungen haben, was ein wichtiges – manchmal bedauertes, in letzter Konsequenz aber erwünschtes – Charakteristikum für uns ist.

Sehr konkret könnten wir von den Entwicklungen der letzten Monate an zwei ganz anderen Punkten betroffen werden: Während unser Standort bisher nur in Nord-Süd-Richtung zentral gelegen war, könnte die Kasseler Region zukünftig auch auf der Ost-West-Achse aufgewertet werden, mit den möglichen Folgen einer zweiten Autobahn vor der Haustür (Verlängerung der BAB Dortmund-Kassel bis nach Eisenach als direkteste Verbindung der Industriezentren des Ruhrgebietes und Sachsens), wofür die Pläne schon länger, genauer gesagt seit 1939, in der Schublade liegen, und ein rasantes Anziehen der Grundstücks- und Gebäudepreise, was uns bei unserer angestrebten Vergrößerung hart treffen könnte.

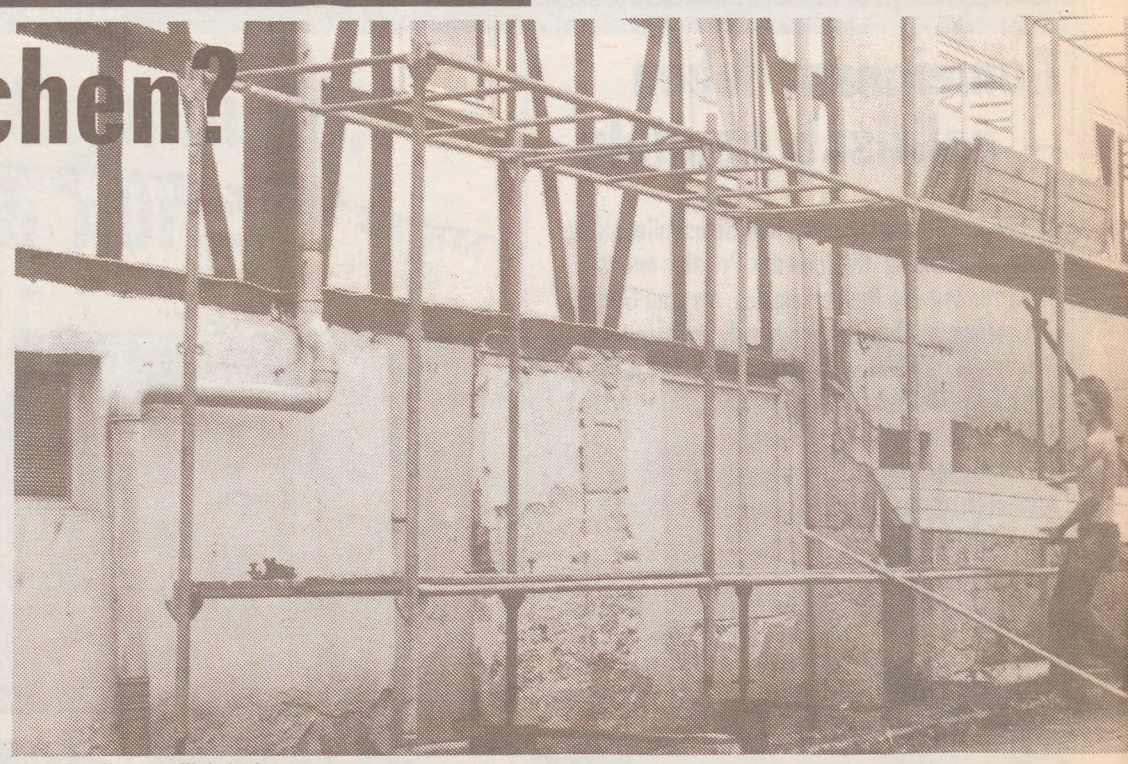
„Verändertes Politikverständnis"?

Für einige von uns ist die Unzufriedenheit mit den herkömmlichen Strukturen politischer Betätigung – ob auf Partei-, Initiativ- oder sonstiger Ebene – ein Beweggrund (unter vielen) für die Wahl der Lebenform „Kommune" gewesen. Aber dies soll/te natürlich nicht bedeuten, daß die/der Einzelne (und in der Summe dann: wir als Kommune) sich aus den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen verabschiedet:

„Wir verstehen die (...) Veränderungen der Arbeits- und Lebensbedingungen als politisch bewußtes Handeln und als Ansätze, vom beziehungsarmen, vereinzelten Leben zu einem kollektiven, menschlicheren Lebenszusammenhang zu kommen. Dieses veränderte Politikverständnis, die alltägliche Umsetzung politischer Inhalte in der Praxis am Arbeitsplatz, im Zusammenleben, wird jedoch verkümmern, wenn man sich auf seine Insel oder in seine mittelalterliche Dorfidylle zurückzieht und sich nur noch um die eigene Gruppe kümmert. Es ist wichtig, weiterhin Einfluß auf die Brennpunkte dieser Gesellschaft zu nehmen und ihnen entgegenzuarbeiten, die Auseinandersetzung und Diskussion mit anderen gesellschaftlichen Gruppierungen zu suchen." (aus unserem Grundsatzpapier „In Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod", das 1984 und damit fast drei Jahre vor dem Beginn der Kommune Niederkaufungen geschrieben wurde).

Die Praxis zeigt jedoch, daß das hehre Ziel eines „veränderten Politikverständnisses" und einer anderen politischen Praxis kaum einzulösen ist – wobei die Hindernisse vielfältig sind. Zum Beispiel haben wir uns soviele „Alltagsnotwendigkeiten" (oder vielleicht besser gesagt: unhinterfragte Sachzwänge) geschaffen, daß wir kaum noch Zeit und Energie finden, uns kontinuierlich entweder intern über politische Fragen auszutauschen oder in externe Zusammenhänge einzubringen. Die Kommune-Polit AG trifft sich zwar mehr oder weniger regelmäßig, hat aber Mühe, ein Selbstverständnis zu entwickeln; weil es „das" Thema der Kommune nicht gibt, beschäftigen sich die GenossInnen mit ganz unterschiedlichen Sachen: Von hier gehen einige zum HungerstreikplenUm, während sich andere eher zu den GraswurzlerInnen hingezogen fühlen, und das Ganze geschieht schön „undogmatisch" nebeneinander her, also beziehungslos und nicht als Resultat einer Auseinandersetzung.

Andere Leute halten offensichtlich (dies ist auch eher Spekulation als Wissen...) nicht (mehr?) allzuviel von politischer Betätigung, aber ob in unserem Alltag an deren Stelle die angestrebte „alltägliche Umsetzung politischer Inhalte in der Praxis am Arbeitsplatz" getreten ist oder nicht doch eher ein schleichender Rückzug in das (Kommune-) Private, bleibt fraglich.



Archivfoto Kommune Niederkaufungen

„Vernetzung" ist als Anspruch präsent und kann doch allenfalls sporadisch verwirklicht werden, ökonomische Kontakte zu anderen Projekten bestehen und bleiben größtenteils nur solche. Immerhin: Regelmäßig treffen wir uns mit anderen Lebensgemeinschaften aus Südniedersachsen und Nordhessen, betreiben Erfahrungsaustausch, versuchen voneinander zu lernen. Pfingsten fand das erste bundesweite Kommunetreffen seit langer Zeit statt, ein nächstes ist in Planung. Eine „Bewegung" wird dadurch leider noch lange nicht geschaffen, dafür fehlt es an personellen und organsatorischen Kontinuitäten, dafür sind die ideologischen Differenzen und die Unterschiedlichkeiten in den Alltagsstrukturen zu groß.

Daß es hier auch noch nie eine „Kommunebewegung" gegeben hat, ist uns durch die Beschäftigung mit der Kommunegeschichte klar geworden; schließlich stehen Kommunen in der Nachfolge so unterschiedlicher Strömungen und Traditionen wie dem Anarchismus und Kommunismus in allen Schattierungen, aber auch dem Urchristentum, der Puritaner, von „völkischem Gedankengut", der Jugend- und Wandervogelbewegung und vielem mehr.

Zu Pfingsten in Lutter hat sich eine „AG Politik & Kommune" gegründet und seitdem zweimal getroffen. Themen waren bisher u.a. die „politische Standortbestimmung", bzw. „welche politische Bedeutung haben Kommunen, welche könnten/sollten sie haben?" und „welche Chancen und welche speziellen Widersprüche ergeben sich aus der Lebensform Kommune?".

Hierzu Auszüge aus dem Protokoll des letzten Treffens:
„In Kommunen ist es möglich, (nach-) revolutionäre Praxis zu antizipieren (...). Sie sind Prüfstein und Experimentierfeld für alle Ideen, die umwälzend sind, obwohl sie selbst die Verhältnisse nicht umwälzen, die Machtfrage nicht stellen können."
Aber auch:
„Unterschiedliche politische Auffassungen lassen sich in Kommunen kaum ausschließen. Sie behindern die Aktionsmöglichkeiten. Die unterschiedlichen Positionen blockieren sich gegenseitig."
Und die Frage:
„Ist es nicht besser, die etwas weniger entfremdete Arbeit, z.B. in einer Kommune, die vortäuscht, nicht entfremdet zu arbeiten, zugunsten entfremdeter Arbeit aufzugeben, die wegen besserer Entlohnung und mehr arbeitsfreier Zeit mehr Einsatz in der Klassenfrage möglich macht?"
...eine Frage, die wir offensichtlich immer noch – und ich denke, mit guten Gründen – mit nein beantworten.

Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen?

Einen unserer Grundsätze (Gemeinsame Ökonomie, Konsensprinzip, linkes Politikverständnis, Abbau kleinfamiliärer Strukturen) isoliert zu betrachten, bedeutet eigentlich, die wechselseitige Abhängigkeit zwischen ihnen zu ignorieren (so macht gemeinsame Ökonomie ohne Konsensprinzip keinen Sinn bzw. ist nur in Zwangsgemeinschaften, z.B. Familie, praktikabel; andersherum erscheint das Konsensprinzip für eine Lebensgemeinschaft ohne gemeinsame Ökonomie absurd und wird nicht lange durchzuhalten sein). Trotzdem soll sich an dieser Stelle weitestgehend auf die gemeinsame Ökonomie beschränkt werden:
Gemeinsame Ökonomie heißt in unserer Praxis, daß wer bei uns fest einsteigt (in der Regel nach einer drei- bis sechsmonatigen „Probezeit"), ihr/sein Vermögen einbringt. Es gibt keinen Privatbesitz an Grund, Boden, Häusern und Produktionsmitteln. Alle laufenden Einnahmen gehen in eine Kasse, aus der alle Ausgaben bestritten werden. Die Ausgaben erfolgen nach den Bedürfnissen (die in sehr seltenen Fällen gegenseitig hinterfragt werden), d.h. es gibt keinen festen Taschengeldsatz oder ähnliches, weil wir uns zwar als gleichberechtigt, aber nicht als gleichbedürftig verstehen und erleben.

Und das klappt im Alltag meist ohne große Reibungspunkte, was allerdings nicht heißt, daß es nicht noch ungelöste Probleme gäbe:

- durch AußenarbeiterInnen und angemeldete Betriebe auf der einen, kommuneinterne Dienstleistungen (Küche, Kinderbetreuung, Verwaltung) auf der anderen Seite, ergeben sich Ungleichheiten, was z.B. die Altersabsicherung angeht
- für einige unserer Kinder hat die fürsorgliche Verwandtschaft fette Konten angelegt, für andere nicht
- wir haben noch keine allseits zufriedenstellende „Finanz-Ausstiegsregelung" gefunden (nach Bedürftigkeit der Person, die wer festlegt?, nach der Menge des eingebrachten Geldes?, nach Dauer der Kommunezugehörigkeit?, eine Festsumme?
- Der größte Knackpunkt wird bei uns unter dem Stichwort „Zeitökonomie" behandelt – wollen wir die zur Existenzsicherung nötige Arbeitszeit (durch Rationalisierung, ggf. sogar durch das Aufgeben unrentabler Arbeitsbereiche wie z.B. Landwirtschaft, oder auch durch Bedüfniseinschränkung) minimieren, um uns Freiräume für politische und kulturelle Aktivitäten zu schaffen, oder geht unsere Utopie eher in die Richtung möglichst „ganzheitlicher" Arbeit (das eigene Brot backen, den eigenen Käse essen, personenaufwendige Kinderbetreuung), in die wir idealerweise unsere politischen und kulturellen Bedürfnisse integrieren können, wo wir die Trennung von Arbeit und Freizeit zumindest teilweise aufheben können?

Mit diesen so schwer zu vereinbarenden Ansätzen blockieren wir uns oft gegenseitig, produzieren Frustrationen und Schuldgefühle. Und trotzdem: Marxens obiges Motto sollte für den durchgesetzten Kommunismus gelten, wir aber orientieren uns an ihm auf dem Hintergrund unserer Sozialisationen und unseres Eingebettet- und Durchdrungensein vom Kapitalismus. Von daher hat die gemeinsame Ökonomie trotz aller mit ihr verbundenen Schwierigkeiten erst einmal befreienden Charakter, weil sie nicht zuletzt die Erfahrung beinhaltet, der menschenverachtenden Praxis, den Entfremdungs- und Vereinzelungstendenzen dieses Ausbeutungssystems nicht völlig wehrlos ausgeliefert zu sein.

Natürlich sind wir nicht so vermessen zu meinen, daß unser Experiment (und unser Projekt hat für mich immer auch diesen Charakter) eine besondere gesellschaftspolitische Bedeutung habe, schon gar nicht so ohne weiteres Vorbildfunktion für weite Bevölkerungskreise haben kann, und doch tut es eben gerade auf diesem unseren Hintergrund weh, mitzubekommen, daß aller Voraussicht nach ganze Länder in die Fänge des Molochs von Kapitalverwertung und Zerstörung menschlicher Bedürfnisse geraten werden. Darüber zu lamentieren wird jedoch keiner/m nützen, am wenigsten uns selbst.

Geschichte wird gemacht!

„Was hat das Ganze mit uns zu tun?" war die Ausgangsfrage... und jenseits der Tagesaktualität ergibt sich für mich aus dem oben Geschriebenen Folgendes:
Klar kann doch eigentlich nur sein, was schon lange klar sein müßte – uns befreien können nur wir selber, und zu den Bestimmungsmerkmalen von Revolution gehört,
daß sie ihren Ort in jeder/m Einzelnen haben muß,
daß sie nur gemeinsam stattfinden kann,
daß sie nicht aufhören darf,
aber eben außerdem,
daß sie zu einem Zeitpunkt die Machtfrage stellen (und, wenn sie erfolgreich sein will, für sich beantworten können) muß.
Bis wir dahin kommen, haben die Scherben immer noch recht:
„Gibt es ein Land auf der Erde,
wo der Traum Wirklichkeit ist?
Ich weiß es wirklich nicht,
ich weiß nur eins,
und da bin ich sicher:
dieses Land ist es nicht!"
... Der Traum, den kaum jemand schöner und knapper formuliert hat als Ernst Bloch:
„Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er sich erfaßt und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat."

Also geht der Kampf weiter: hoffentlich in der Kommune Niederkaufungen und an tausend anderen Orten. Wahr wird unser Leben dadurch noch nicht, aber was macht das schon, wenn es keine Alternative gibt. ●

Archivfoto Kommune Niederkaufungen

KOMMUNEN

DIE KOMMUNE NIEDERKAUFUNGEN

Leben und arbeiten im Kollektiv

Ende 1986 wurde von 16 Leuten ein alter Gutshof im Ortskern der 3.500-EinwohnerInnen-Gemeinde Niederkaufungen 10 km östlich von Kassel gekauft.

Diesem Schritt ging eine mehrjährige Vorlaufphase voraus, in der einige hundert Menschen mit der Projektidee in Berührung kamen, und aus der sich zwei weitere Kommunen (Brauereikommune Uetersen, Kommune Poyenberg) entwikkelt haben. Ziel war/ist die Bildung einer Wohn- und Arbeitsgemeinschaft von um die 100 Personen, die auf folgender Grundlage zusammenlebt:

- Gemeinsame Ökonomie
- Entscheidungen nach dem Konsensprinzip
- Linkes Politikverständnis
- Abbau kleinfamiliärer Strukturen

In der Anfangsphase haben diverse Umbaumaßnahmen im Vordergrund gestanden, in der Folgezeit entwickelten sich kollektive Arbeitsbereiche in folgenden Gebieten:
Baubetrieb, Schreinerei, Verwaltung, Kinderbetreuung, Küche/Ernährung, Gemüsebau, Tagungshaus/Bildung, Schlosserei, Bauplanung.
Weitere Arbeitsbereiche sind möglich, wobei – der Projektidee gemäß – angestrebt wird, daß alle Bereiche sowohl innerhalb der Kommunwe als auch nach außen arbeiten. Im Augenblick arbeiten vier KommunardInnen lohnabhängig beschäftigt außerhalb.

Z.Zt. leben in unserer Kommune 37 Erwachsene (17 Frauen, 20 Männer) und 13 Kinder, verteilt auf sieben Wohngruppen; noch ist Platz und wir wollen weiter wachsen.

Informationen bei:
Kommune Niederkaufungen
Kirchweg 1
3504 Kaufungen

Archivfoto Kommune Niederkaufungen

EINSEITIGKEIT WIDERSPRICHT DER KOMMUNEIDEE

Wir sind weder Missionare noch Propagandisten

Für Uwe von der Kommune Lutter hat die Entwicklung in der DDR zunächst einmal nichts mit der Kommunebewegung zu tun. Dennoch hat er sich aus der Sicht seines Kommunelebens einige Gedanken dazu gemacht.

Von Uwe Kurzbein (Kommune Lutter), Redaktion Kassel ● Ich wurde gebeten, mich zu den Entwicklungen in der DDR bezogen auf unsere Kommunebewegung zu äußern. Ich war ausgesprochen verdutzt. Was hatte die Kommunebewegung mit der Entwicklung in der DDR zu tun? Natürlich gar nichts – was denn sonst! Die Fragestellung ist an sich schon überhöht seltsam; denn Kontakte zwischen Kommunen zur DDR – oder gar zu Kommunen in der DDR sind mir nicht bekannt.

Auf den ersten Blick spielt sich unser Kommuneleben auf einer anderen Ebene ab, die mit gesellschaftlichen Entwicklungen in der DDR kaum zu verbinden sind. Einerseits.

Andererseits ist es für uns interessant, die politische Entwicklungen dort einzuschätzen – und zwar von unserem anarchistischsten Kommuneansatz her.

Die Entwicklung

Was ist dort eigentlich passiert? Bei dem Staatswesen der DDR handelte es sich um den sogenannten „real existierenden Sozialismus". Das „real existierend" ist deshalb beigefügt worden, weil es für jeden Kommunisten einsichtig war, daß dort bisher in keiner Weise die kommunistische Idee verwirklicht worden ist. Was real existierender Sozialismus ist, wissen wir alle: Eine korrupt regierende Einheitspartei mit einer vollkommen fehlgeleiteten Planwirtschaft. Das, was offensichtlich und einsichtig das Leben in der DDR zur Hölle gemacht hat, ist sicherlich die autoritäre Staatsgewalt, die Bespitzelung, die politische Gängelung und das wachsende wirtschaftliche Desaster.

Demjenigen, der sich tiefer mit der Entwicklung der DDR beschäftigen will, empfehle ich das längst vergessene, aber vorzügliche, hochinteressante Buch von Wolfgang Leonhard: „Die Revolution entläßt ihre Kinder".

In den letzten Monaten ist vor allem durch die Ausreisewelle ein immenser politischer Druck auf die Regierung entstanden. Dies hat wahrscheinlich erst die breite Widerstands- und Protestbewegung der Bevölkerung möglich gemacht. Der Staatsapparat und die SED sind lädiert, die Regierungen mußten zurücktreten, die oppositionellen Gruppen werden nachhaltig gehört. Der Stasi wurde zumindest formell abgeschafft, wahrscheinlich der einzige Staat auf der Welt ohne Stasi, VS oder ähnlichem. Die Bevölkerung ist auf die Straße gegangen und hat ihre Interessen und ihre Ziele durchgesetzt.

Das ist das eine; das andere ist, daß die DDR-Regierung in der gezeigten Form auf diesen Druck reagiert hat. Das erste ist der Widerstandsbewegung in der BRD nicht fremd – das zweite allerdings. Ich erinnere nur an die Auseinandersetzungen in Grohnde, in Wackersdorf, an der Startbahn und an das jüngste Ereignis im Wendland. Diese Orte sind CS getränkt und besetzt von der Erinnerung an blutige Auseinandersetzungen. Insofern – und das sei mir am Rande gestattet – ist mir das vehemente Gebrüll unserer Hordenführer aus den Parlamenten hinsichtlich des 7. Oktober in Leipzig nicht verständlich.

Die Bevölkerung in der DDR hat in den ersten Tagen des mächtigen Aufbegehrens gezeigt, daß sie sehr wohl ihre eigenen Interessen in die Hand nehmen kann. An dieser Stelle drängte sich mir die Frage auf, warum sie es eigentlich in Zukunft nicht können sollte. Warum sollte sie in Zukunft eigenlich nicht ganzheitlich – in eigener Verantwortung – anfangen können zu leben. Daß sie die Kraft dazu hat, hat sie gezeigt – und den Mut dazu auch. Aber die Utopie ist sogleich wieder verflogen, als nämlich die Protestgruppen sich anschickten, zu Parteien zu werden, mitzuregieren, um ebenfalls an der Macht zu sitzen.

Gerade erst hat die Bevölkerung gezeigt, daß sie ihren alten 40-jährigen Staat nicht braucht, schon schickt sie sich an, einen anderen zu wählen, einen scheinbar neuen – offensichtlich ohne einen einzigen Gedanken daran zu verschwenden, ob sie denn überhaupt einen braucht.

Die aufflackernde Freiheit dürfte mit der ersten Wahl nach der Revolution wieder dahin sein. Es wird also ein anderer Staat sein, eine andere Gesellschaftsform, wenn sie schon so leicht ablegbar ist wie ein dreckiges Oberhemd. Und da steht natürlich glänzend das gelobte Land zur Disposition, mit einem Staatswesen und einer Gesellschaft, die Glück und Reichtum verheißt, fließenden Wein, fliegende Brathähnchen, kurz das Paradies.

Dazu kommt das propagandistische Auftrumpfen in dem Sinne, daß der Kommunismus vollkommen versagt habe, der Kapitalismus auf der ganzen Linie gesiegt. Der Wettlauf der Systeme ist vorbei. Es lebe der Kapitalismus, und zwar der Kohlsche, welcher denn sonst.

Und dabei wird schamhaft übersehen, daß der Glanz und Glimmer dieses Systems durch eine regide Ausbeutung des Arbeiters und der Arbeiterin entsteht und vor allem durch die hemmungslose Ausbeutung der Länder in der dritten Welt. Der Einzug der Marktwirtschaft wird eine breite Furche Elend hinter sich ziehen. Der Schock kommt noch. Eine Wesensart des Kapitalismus ist, daß er in sich agressiv ist und nur durch Expansion überleben kann und daß diese Agressivität Leute an die Schaltstellen zieht, die in höchstem Maße gewissenlos sind, erpresserisch und rücksichtslos.

In diesem Sinne wird die DDR von dem Regen in die Traufe kommen. Wenn Kohl sein Wutgebrüll anstimmt wegen der 49 % Firmenbeteiligung, dann deshalb, weil dem BRD-Kaptialismus eine Schranke vorgesetzt wurde. Im übrigen ist solch eine Beschränktung in aller Welt ein übliches Mittel, um Überfremdungen zu vermeiden.

Ich habe an meine Verwandschaft in der DDR gedacht. Ich habe mich gefragt, wie sie diese Veränderungen aufgenommen haben mag. Als sie mich seinerzeit in meinem Lebensbereich besuchten, sind sie mit einem krisenhaften Schock wieder gegangen. Anarchistische Gedanken und kommunitäre Lebensweisen waren ihnen fremder als den Bundesbürgern.

Ich hatte angenommen, jeder und jede würde in der DDR auf der Straße für Veränderungen kämpfen. Das ist aber nicht der Fall. Denn wieder zurück auf den Boden der Realität – auch dort ist nur ein Teil der Bevölkerung oppositionell am Werke. Im Spektrum der Fragen, wie jetzt die Lage einzuschätzen sei und wie wir in der Kommune darauf reagieren könnten, ist nach wie vor kein nennenswerter Zusammenhang zu sehen.

Kommunen für die DDR?

Die Frage stellt sich, ob es für uns sinnvoll ist, in der DDR unseren Kommunegedanken zu verbreiten. Wenn es darum geht, eine Kommunepolitik offensiv, missionarisch zu entwickeln und in das Land zu tragen, sind wir nach wie vor eher schüchtern und zurückhaltend. Eine offene propagandistische Art, unser Lebensmodell politisch anzupreisen oder durchzusetzen, paßt nicht in unser Weltbild. Und ich bin auch der Auffassung, daß das gut so ist.

In den Kommunen politisch zu leben, heißt, „authentisch" zu leben. Also seine politischen Inhalte durch seine Tat, durch sein Leben darzustellen. Wenn der Gedanke für eine politische Ausdehnung des Kommunegedankens in die DDR hinein aufkommt, dann kann das nach meinem Verständnis nur so gehen, daß Kommunarden dort hinziehen und sich dort zu Kommunen zusammenschließen. Nur – wir können ja noch nicht einmal genügend Menschen in unserem Einflußbreich für diese Lebensform begeistern. Jedenfalls sind kaum Leute da, die sich für das politische Kommunenleben entscheiden.

In diesem Moment des Schreibens klingelt das Telefon. Wir werden zu einem Vorbereitungstreffen für ein Kommunetreffen in der DDR eingeladen. Allerdings soll es Kommunen anarchistischer Prägung nach unserem Verständnis dort kaum geben. Vielleicht andere. Das werden wir sehen.

Wie mir berichtet wird, sei die Gelegenheit in dieser Umschwungphase günstig, die materiellen Bedingungen für mögliche Kommunen in der DDR zu schaffen bzw. zu sichern.

Dieser Gedanke, so verlockend er in der Euphorie begeisterter Kommunesponsoren auch sein mag – so fragwürdig ist er jedoch auch. Kommunen von Westlern zu initiieren, in dem Sinne: hier habt ihr eine lohnende Lebensform, eine Antwort auf die kapitalistische und auf die realkommunistische Welt, ist zwar inhaltlich richtig, aber gerade diese Lebensart verbietet es, auf andere missionarisch einzuwirken.

Das Leben in der Kommune beinhaltet in erster Linie die Entwicklung zur persönlicher Autonomie, zu Persönlichkeitsentwicklungen mit eindeutigen, klaren Indentifikationen, was letztendlich heißt, daß die Menschen in der DDR selbst das Bedürfnis haben müssen, in Kommunen leben zu wollen, und sie müssen Inhalt und Form selbst entwickeln. Das, was möglicherweise von uns beizusteuern wäre, sind Hilfen und Unterstützungen auf gegenseitiger autonomer Basis und freier Vereinbarung.

Kommunen sind stets Experimente, die sich mit neuen Lebensformen beschäftigen. Diese Suche ist auch eine Antwort auf die staatliche Unfähigkeit, menschliche Lebensformen und Bedingungen einzurichten. Der Blick aus dem Fenster zeigt, welche Welt unter patriarchialischer und kapitalistischer und welche unter real existierender sozialistischer Manier zustande gekommen ist.

Kontakte aufbauen

Kommune beinhaltet stark den Gedanken der Autonomie und damit die Abwendung vom Staat – und zwar von jedem Staat. Wir wissen natürlich, daß wir aus dem hiesigen Staatsgebilde nicht herauskommen, aber wir haben damit auch immense Probleme. Den Kommunegedanken zu verbreiten hieße also, auf den Verzicht zum Staat hinzuwirken und die Regelung der täglichen Bedürfnisse den Betroffenen selbst zu überlassen. Kommunen sind von Ansatz her also stets latent anarchistisch. Wenn andere Strukturen entwickelt werden sollen, dann ist eine struktuelle Abgrenzung vom bürgerlichen Staat unverzichtbar.

Foto aus „Schwarzer Faden", 1985

Ich gebe zu, daß es wohl auch uns in dieser Phase der Unsicherheit in der DDR in den Fingern juckt. Gäbe es eine größere Chance, gerade zur Zeit des Neubeginns, in der ja auch Unmögliches machbar werden könnte, die Kommuneidee in der Diskussion zu verankern, als eine wirkliche Alternative zu den bestehenden Systemen? Nun – ich habe die Einladung angenommen und werde zu diesem Treffen fahren. Wenn auch mit gemischten Gefühlen. Es ist unumstritten, daß es sinnvoll ist, die DDR-Genossen mit Rat und Tat zu unterstützten, wenn sie Kommunen einrichten wollen... wobei mir der Gedanke kommt, daß wir einerseits eine historische Entwicklung bereits hinter uns haben, daß andererseits die Kommunegenossen seit 40 Jahren mit anderen Arbeitsstrukturen umgegangen sind als wir und wir deshalb Wesentliches von ihnen lernen könnten.

Mir sträuben sich ohnehin die Haare, wenn stets von einem einseitigen Know-how-Transfer ausgegangen wird. Auf der Kommuneebene würde so etwas ohnehin nicht laufen, weil die Kommunarden, die ich kenne, eine Einseitigkeit prinzipiell ablehnen.

Wie auch immer. Ich fahre mit Spannung zu diesem seltsamen Treffen. Auch wenn Kommuneverbindungen sich vorerst nicht ergeben, dürften alle Kontakte mit fortschrittlichen Menschen in der DDR höchst interessant sein. ●

Anmerkung der Redaktion: Da die Leute der Kommune Lutter ihr Projekt nicht in Selbstdarstellungen beschreiben mögen, gibt es an dieser Stelle keine solche. Wer mehr darüber erfahren möchte, muß sich direkt an die Kommune wenden.

UNGARISCHES GENOSSENSCHAFTSWESEN

Alternative zwischen Markt und Plan nicht in Sicht

Die Zukunft speziell von Produktivgenossenschaften in Ungarn erscheint aus heutiger Sicht chancenlos. Entscheidend hierfür sind die historischen Vorbelastungen der ungarischen Wirtschaftspolitik sowie die schlechte Wirtschaftslage des Landes, verbunden mit einem hohen Nachholbedarf an Wohlstandskonsum bei der Bevölkerung.

Wolfgang Beywl, Redaktion Genossenschaften ● Die Ausgangslage für eine genossenschaftlich mitgeprägte wirtschaftsdemokratische Umgestaltung der ungarischen Gesellschaft wirkt günstig:

- 3,5 Mio., d.h. 35 % der Ungarn sind Mitglieder von Genossenschaften;
- auf 62 % der Gesamtanbaufläche produzieren 1.300 landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften 73 % des Agrarprodukts;
- Konsumgenossenschaften erzielen ca. 1/3 des Einzelhandelsumsatzes, obwohl sie bis in die 70er Jahre – besonders in den Städten – gegenüber Staatsbetrieben behindert wurden;
- ca. 600 große Produktivgenossenschaften erstellen 8-9 % des industriellen Gesamtoutputs und der Bauleistungen.

Auch ist die wirtschaftliche und politische Bedeutung der ungarischen Genossenschaften in den vergangenen 40 Jahren deutlich gestiegen. Wurden sie in der stalinistisch geprägten Periode noch als unvollkommene Zwischenformen im Übergang von privatem zu staatlichem Eigentum diskriminiert, so genießen sie derzeit als Unternehmens- und Eigentumsform Anerkennung in der offiziellen Politik.

Aufschwung durch staatliche Anerkennung

In den 80er Jahren entstanden auf der Basis einer Regulative von 1982 mehrere zehntausend private Klein- und Kleinstbetriebe, in denen sich ArbeiterInnen alternativ oder ergänzend zu den staatlichen und genossenschaftlichen Großstrukturen zu Gruppen zusammengeschlossen haben. Jedoch setzten hier bald Behinderungen ein, u.a. in Form von Beitragserhöhungen zur Sozialversicherung, von Werbeverboten oder von Extrasteuern auf Einkäufe. Zu einem Teil bestehen diese überwiegend im Dienstleistungssektor tätigen Firmen in der Rechtsform der Genossenschaft und weisen damit kapitalneutralisierte und demokratische Formalstrukturen auf. Hauptanreiz für die oft neben dem Hauptjob ausgeführte Mitarbeit in einer Kleingenossenschaft sind die höheren Einkommenserwartungen.

Das Moment der Selbstorganisation – in den oft euphorischen Anfangsmonaten des neuen Unternehmens noch verbreitet – kann schnell zurückgehen, was sich in einer zunehmenden Unterscheidung von „Arbeitnehmer"- und „Arbeitgeber"-Mitgliedern zeigt. Es kann daher vermutet werden, daß diese Betriebe meist nur solange am Gemeinschaftseigentum und an demokratischen Entscheidungsstrukturen festhalten, wie dies zur „Überbrückung" notwendig ist, bis rein privatwirtschaftliche Unternehmensformen ebenfalls allgemein zugelassen sind.

Ungarische Experten führen die Stagnation der Genossenschaftsökonomie und den Niedergang des Genossenschaftsgeistes wesentlich auf falsche Eigentumsstrukturen zurück. Verbunden hiermit sind Beschneidungen der Handlungskompetenzen der Genossenschaften und auch ihrer Mitglieder. Formal können zwar alle GenossInnen als Eigner des Genossenschaftskapitals angesehen werden. Faktisch jedoch gehört es niemandem, denn der unteilbare Kapitalstock ist nicht veräußerbar. Das über Jahrzehnte akkumulierte Kapital gehört der Genossenschaft selbst. Bei Austritt gibt es keinen Forint Entschädigung.

Gängelung hat Tradition

Schlimmer noch: Die Verfügungsrechte auch über Auflösung oder Fusion des Unternehmens hatte in den meisten ordnungspolitischen Wechselbad-Phasen der Staat. Über die Quasi-Ministerien der Genossenschaftszentralen, über Ämterpatronage vor Ort oder in der Region und schließlich über ein eingespieltes Machtkartell von Partei, Staatsbank und Staatsbetrieben wurden die Genossenschaften an kurzer Leine geführt. Symbolisch festgeschrieben war dieses Abhängigkeitsverhältnis in einem aufgezwungenen Satzungsparagraphen, in dem sich die Genossenschaft bei Zwangsmitgliedschaft „freiwillig" Weisungen ihrer Dachverbände unterwarfen.

Der Schaden dieser Gängelungspolitik ist nicht nur wirtschaftlicher Art: Die Genossenschaften sind, wie andere Institutionen auch, als soziale Handlungszusammenhänge funktionslos. Dörfliche Nachbarschaftshilfe als traditoneller Rest besteht auf dem Land zwar fort, aber weit unterhalb der in der Regel mehrere Dörfer umfassenden Großgenossenschaften. Sozialität in Form freiwilliger gesellschaftlicher Assoziationen besteht jedoch nicht.

Außer der kleinen Bauernpartei greift keine die genossenschaftliche Option nachhaltig auf. Selbst die Funktionäre des Genossenschaftssektors halten sich zurück. Sie haben in den letzten Jahren kräftig an Macht gewonnen. In ländlichen Regionen verfügen die Vorstände, verstärkt durch die unklaren Machtverhältnisse des Übergangszustandes, über großen Einfluß. Weshalb sollen sie sich um die Lösung der verwickelten Probleme der regionalen oder gar nationalen Ökonomie kümmern, wenn sie auf absehbare Zeit persönlich vom „Geschäft in gewohnten Bahnen" gut leben können? (Produktiv-) Genossenschaftliche Organisationsmodelle als tragende Säule einer künftigen Nationalökonomie erscheinen vielen Ungarn anachronistisch.

Wohlfahrt durch ungehemmte Konkurrenz

Eine Lösung erhoffen sich auch viele Genossenschaftsführer von der unsichtbaren Hand des rechtsstaatlich gesicherten Wettbewerbsmarktes. Die auf unterschiedlichen Eigentumsformen basierenden Unternehmen – private, Staats- und genossenschaftliche Kollektivbetriebe – sollen künftig „gleichgestellt" werden. Viele Ungarn träumen von einem parlamentarisch kontrollierten Nachtwächterstaat, in dem die nationale Wohlfahrt durch ungehemmte Konkurrenz Wirklichkeit wird.

Die Schlüsselstellung in dieser „Vision" hat das Privateigentum von Produktionsmitteln: Zur Minderung der Auslandsschulden und zur Einwerbung von Kapital sollen Geschäftsanteile staatlicher und genossenschaftlicher ins Ausland verkauft werden.

Überfällige Veränderungen der Rechtsgrundlagen für das Genossenschaftswesen kommen angesichts des ökonomischen Außendrucks wahrscheinlich zu spät, um mittelfristig eine Stabilisierung von produktivgenossenschaftlichen Betrieben zu ermöglichen: Zumindest ein Teil des Genossenschaftskapitals soll in Form veräußerbarer Anteile den Mitgliedern überschrieben werden. Damit können Genossenschaften – wie dies kurz in den ersten Nachkriegsjahren der Fall war – wiederum zu Selbsthilfe-Unternehmen auf freiwilliger Basis werden. Der Weg zu einem eigenen Interesse am und zur Übernahme von Verantwortung im Unternehmen wäre damit bereitet. Doch bedürfte es darüber hinausgehend der Wiederbelebung genossenschaftlicher Ideale, die unbelastet sind von der Zwangskollektivierung der vergangenen 40 Jahre.

Mit diesen künftigen Genossenschaften auf der Basis von teilbarem Kollektiveigentum werden privatkapitalistische Unternehmen konkurrieren, insbesondere Aktiengesellschaften und GmbH's. Wegen der schnellen Veräußerbarkeit privaten Kapitals je nach „Marktlage", gerade auch ins zahlungskräftige westliche Ausland, sind die wohlbekannten Folgen der Konzentration wirtschaftlicher Macht und – dieses Mal – kapitalistischer Entfremdung der Lohnabhängigen absehbar. Der Gegensatz zwischen Land und Stadt, zwischen neuen Armen und neuen Millionären wird rasch wachsen.

Dritter Weg wird nicht gesucht

Ein „Dritter Weg" zwischen Privatkapitalismus und Staatssozialismus (wie z.B. in den Arbeiten des ehemaligen tschechoslowakischen Wirtschaftsministers Ota Sik als Gesamtmodell entwickelt) kommt den ungarischen Genossenschaftstheoretikern nicht in den Sinn.

Humane Arbeitsbedingungen, Demokratie am Arbeitsplatz, Befriedigung menschlicher Bedüfnisse schon in der Arbeit, Verbesserungen für Frauen, ökologische Produktion und sozialpolitische Verantwortlichkeit – denkbare Möglichkeiten einer die Genossenschaften nachhaltig fördernden neuen „dritten" Wirtschaftsordnung – sind dies für die arme ungarische Gesellschaft (unangemessene) Wunschvorstellungen? Oder sind es die Grundwerte einer humanen Wirtschaftsdemokratie, die es gegen die Marktwirtschaftsträume der Neoliberalen im Osten Europas und ihre Vordenker und Geldgeber in den kapitalistischen Ländern zu verteidigen gilt? Die Tatsache des ökonomischen Mangels und das Mißtrauen in sozialistische Politik scheinen eine massenhafte Einsicht in den Wert eines Weges zwischen Staatssozialismus und Privatkapitalismus zu verbauen – zumindest in Ungarn und wenigstens für die nächsten Jahre.

KURZMELDUNGEN

Geldberatungsgenossenschaft in Hamburg

„Aus Erkenntnis der sozialen Notwendigkeit haben wir eine Tätigkeit aufgenommen, die sich zwar der herrschenden Geldstrukturen bedient, diese jedoch in ihrem Kernbereich kritisch hinterfagt und umwandeln möchte". Sostellt sich die in Hamburg neu gegründete Geldberatungsgenossenschaft TRION i.G. vor. Folgende Leistungen will die bisher aus neuen Gründungsmitgliedern bestehende Genossenschaft anbieten:

Beratung zu Fragen
- des Umgangs mit dem eigenen Budget
- der Finanzierung
- in finanziellen Aspekten von Erbschaftsangelegenheiten

Beratung über Geldanlage- und Einsatzmöglichkeiten
- bei Kreditinstituten
- in Form von Direktkrediten an selbstverwalteten Einrichtungen
- durch Beteiligungen an selbstverwalteten Einrichtungen
- durch Bildung von Finanzierungsgemeinschaften
- durch Schenkungen

Geldbeschaffung über
- Kreditinstitute
- Stiftungen
- sonstigen Förderinstitutionen
- Privatpersonen

Treuhänderische Verwaltung von Geldvermögen

Seminare und Gesprächskreise über
- unkonventionelle Finanzierungsformen
- neue Wege im Geldverhalten und Wirtschaftsleben

Genauere Informationen können angefordert werden über TRION i.G.
Gerberstr. 9
2000 Hamburg 50

Redaktionelle Verantwortung Ökobank

Die redaktionelle Bearbeitung von Meldungen, Artikeln und Kommentaren zur Ökobank in Franfurt innerhalb der CONTRASTE wurde an die Redaktion Genossenschaften übertragen.
Kontaktadresse:
Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 7800 Freiburg

Professionsgenossenschaft Mathema i.G. gegründet

In Bonn wurde die Mathema-Genossenschaft, ein wissenschaftlich-technisches Beratungsunternehmen mit dem Schwerpunkt Informatik, gegründet. Bisher bestehen zwei Arbeitsschwerpunkte: die fachbezogene Einführung von EDV in Produktions- und Verwaltungsbetrieben und eine EDV-Schule, in der für ein allgemeines Publikum EDV-Themen angeboten werden. Zur Firmenphilosophie der Mathema i.G. gehört:
- produktiver Zusammenhalt von verschiedenen sozialen Gruppen
- multikulturelles Wirtschaften (verschiedene Nationalitäten und Arbeitskulturen
- Arbeit mit Qualifikationserweiterung verbinden
- solidarische Eigeninitiative der GenossInnen unterstützen
- Verantwortung für die natürliche und gesellschaftliche Umwelt fördern

Kontaktadresse: Mathema i.G. Wiesenweg 19, 5300 Bonn

DGRV gibt Gründungshilfe heraus

Nach einer langen Zeit der Stille hat sich nun auch der DGRV (Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V.) entschlossen, schriftliche Gründungshilfen für Genossenschaften zur Verfügung zu stellen. In zwei kurz und sachlich gehaltenen Broschüren werden einige wichtige Grundinformationen aufgeführt. Die erste Broschüre mit dem Untertitel „Was ist eine Genossenschaft?" enthält die wichtigsten Rechtsgrundlagen und vor allem einen synoptischen Rechtsvergleich der verschiedenen Unternehmensformen. Die zweite Broschüre mit dem Untertitel „Wie gründe ich eine Genossenschaft?" erleichtert den Entschluß, eine Genossenschaft zu gründen, in die Realität umzusetzen. Die „Gründungshilfen", so der Obertitel, sind bei allen Genossenschaftsverbänden oder beim DGRV, Postfach 190141, Adenauerallee 127, 5300 Bonn zu bestellen.

Forum neue Genossenschaft dokumentiert

Unter dem Titel „Forum neue Genossenschaften" hat der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens vom 15. bis 17.12.1989 eine Wochenendtagung durchgeführt. TeilnehmerInnen aus 15 neuen Genossenschaften, vorwiegend Produktivgenossenschaften, diskutierten dort über ihre Probleme, Erfolge und Perspektiven. Vor allem die drei Arbeitskreise
1. Mitgliederpartizipation und Selbstverwaltung – ein Erfahrungsaustausch,
2. Novellierung des Genossenschaftsgesetzes und
3. welche Anforderungen haben wir an die Genossenschaftsverbände

produzierten interessante Ergebnisse. Eine Dokumentation der Tagung kann beim Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1 für DM 5,-- angefordert werden.

Anlage vermögenswirksamer Leistungen in einer Genossenschaft

Seit Anfang dieses Jahres (1990) werden vom Staat vermögenswirksame Leistungen nur noch dann gefördert (mit 20 %), wenn das Geld in produktives Kapital (oder Bausparverträge 10 %) angelegt wird. Dies ist nur möglich in Form von Beteiligungen (z.B. Aktien und Genossenschaftsanteilen). Damit soll Arbeitnehmern mit kleinen und mittleren Einkommen (bis DM 27.000,-- für Ledige und DM 54.000,-- für Verheiratete) die Möglichkeit gegeben werden, sich am Produktionsvermögen der Gesellschaft zu beteiligen.

Wer mit seinen vermögenswirksamen Leistungen neues Kapital für ideell, sozial oder ökologisch orientierte Unternehmen schaffen will, kann dies bei der Gemeinnützigen Kredit-Garantiegenossenschaft e.G., einer Schwesterorganisation der GLS-Bank, tun. Informationen sind erhältlich bei der Gemeinnützigen Kredit-Garantiegenossenschaft e.G., Oskar-Hoffmann-Str. 25, 4630 Bochum.

HINWEIS

Die Genossenschaftsbilder in der letzten CONTRASTE-Ausgabe wurden mit freundlicher Genehmigung zur Verfügung gestellt vom Archiv für Genossenschaftskultur im Wohnbund.

GENOSSENSCHAFTSWESEN IN DER CSSR

Dynamische Entwicklungsprozesse

Zur Verbesserung der volkswirtschaftlichen Strukturen der Tschechoslowakei wurde 1988 ein „Gesetz über Wohnungsbau-, Konsum- und Produktionsgenossenschaften" in Kraft gesetzt. Damit wurde die rechtliche Stellung der nicht landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Hoffnung auf ein besseres und vermehrtes Angebot an Gütern und Dienstleistungen wesentlich gestärkt.

Walter Pahl, Redaktion Genossenschaften ● Tatsächlich war das Interesse an der Errichtung von Genossenschaften außerordentlich groß. Über 8.000 Kollektive stellten entsprechende Anträge. Außerhalb der genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe gibt es bereits 900 Genossenschaften, in denen 360.000 Mitarbeiter beschäftigt sind. Mit etwa vier Millionen Mitgliedern (bei 15,5 Mio. Einwohnern) stellen sie nach den Gewerkschaften die zweitgrößte gesellschaftliche Organisation in der CSSR.

In Genossenschaftswohnungen wohnen derzeit über eine Million Familien. Die Nachfrage nach solchen Wohnungen ist sehr groß und kann, vor allem wegen Baulandmangel und unzureichender Förderung, nur ungenügend befriedigt werden. Zur Zeit wird jede Möglichkeit genutzt, durch Dachausbauten und Aufstockungen rasch weitere Wohnungen zu schaffen. Gegenwärtig werden in der Tschechoslowakei jährlich ca. 100.000 Wohnungen erstellt, davon etwa die Häfte durch Genossenschaften, um die 30 % durch private Baumaßnahmen und 20% durch staatliche Institutionen. Die Finanzierung beim genossenschaftlichen Wohnungsbau erfolgt durch Mindestanteile in Höhe von 20% und durch staatliche Zuschüsse in Höhe von 50%. Der Rest wird durch Bankkredite aufgebracht.

Die Konsumgenossenschaften betreuen zur Zeit ein Verkaufsstellennetz, das bereits 40% der gesamten Lebensmittelverteilung ausmacht. Die Produktionsgenossenschaften kommen für etwa ein Zehntel des Warenangebotes und für ein Viertel aller Dienstleistungen im Lande auf. Von 1.700 Landwirtschaftsgenossenschaften wird mit 900.000 tätigen Genossenschaftlern rund 65% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der Tschechoslowakei bearbeitet.

Organisatorisch sind die Genossenschaften im „Zentralrat der Genossenschaften" als Dachverband zusammengeschlossen. Dieser vertritt die Genossenschaften national wie international, z.B. beim Internationalen Genossenschaftsbund, bei bilateralen Beziehungen zu Ländern in Ost und West, aber auch bei verschiedenen Aktivitäten zu Gunsten der Entwicklungsländer.

Veranlassung zur Förderung des Genossenschaftswesens durch ein besseres Rahmengesetz war und ist die erhoffte und auch eingetretene effektivere Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung mit Wohnungen, Waren und Dienstleistungen. Die zielstrebige Arbeit in den Genossenschaften, basierend auf der eigenen Verantwortung der Mitglieder, bei unabhängiger Selbständigkeit und mit der Aussicht auf bessere Verdienst- und Gewinnchancen, führte zu einer raschen und guten Entwicklung dieses „neuen Wirtschaftsmechanismus", wie man sich dort auszudrücken pflegt.

Bei Besuchen der Tschechoslowakei besonders im Jahr des Umbruchs konnte man den Eindruck gewinnen, daß die Genossenschaften bei der politischen Suche nach neuen Wegen eine wesentliche Rolle spielen. Die Selbstbestimmung der Mitglieder, der demokratische Aufbau der Genossenschaften, der offene Meinungsaustausch bis hin zu mehrheitlichen Entscheidungsfindungen geben wichtige Anstöße zur Durchsetzung einer neuen Denkweise. So sind genossenschaftliche Prinzipien Grundlage eines dynamischen Enwicklungsprozesses in der Tschechoslowakei nicht nur auf ökonomischem Gebiet. ●

RADIOS NRW

„Band ab“ und „Klar zum Gefecht“

Endlich scheint es soweit zu sein: Ab 1. April soll man und frau auch in NRW privaten Lokalfunk hören. Neun der insgesamt 45 Sendegebiete haben die Genehmigung der Medienbehörde, die Sendetätigkeit aufzunehmen. Die Schwierigkeiten rund um den Sendestart nehmen allerdings kein Ende.

Mathias Lahmann, Redaktion Heidelberg ● Wie CONTRASTE berichtete, haben sich die politischen NRW-Medienspezialisten etwas ganz Originelles einfallen lassen, um es (fast) jeder/m recht zu machen:

- Die Verleger sind vor Ort per Gesetz am Sendegeschehen beteiligt (die WAZ-Gruppe als **der** Printmedienkonzern profitiert allerdings am meisten davon);
- die engagierte Bürgerstimme darf mit Eigenproduktionen immerhin 15% des lokalen Programms beschallen (allerdings nur maximal 2 Stunden pro Tag);
- und der WDR steckt mit seiner Tochter WWF (Westdeutsches Werbefernsehen) mit drin im allgemeinen Geldverdienen (zusammen mit Bertelsmann und der WAZ-Gruppe strahlt er ein landesweites „Rahmenprogramm“ aus, in dem die Lokalsender als Fenster vor Ort erscheinen).

So weit, so schön; aber leider: Den Haken und Ösen der Rechtssprechung sind keine Grenzen gesetzt... aus diesem Grunde hat das Gesetz bislang auch schon 2 Novellierungen erfahren (bevor irgendein Sender auch nur PIEPS gemacht hat!).

Die Sender vor Ort

Gerade sind die ersten Genehmigungen ausgesprochen, schon wird gemunkelt, daß es von denen bis zum 1. April eh niemand technisch und redaktionell schaffen wird, auf Sendung zu gehen.

Veranstaltergemeinschaften (zusammengesetzt aus „gesellschaftlich relevanten Gruppierungen“) und Betriebsgesellschaften (finanziert zum Großteil von den örtlichen Verlegern und zum kleineren Teil von den Kommunen) haben es aufgrund der unterschiedlichen Interessenslage nach wie vor schwer, gemeinsame Nenner zu finden: Was die einen lokalpolitisch im Programm umsetzen wollen, bietet für die anderen kaum eine Chance, jemals finanziell in eine Gewinnzone zu kommen.

Streiten ist immer einfacher als sich zusammenzuraufen...

Die „15%“

Alle haben ihnen geholfen, den engagierten Radiofreunden: Die Politiker, die sie im Gesetz (als Alibi?) berücksichtigten; die Medienbehörde, die bislang fast 1 Million Mark in sogenannte „Vorproduktionen“ und „Radiotage“ gesteckt hat; und nicht zuletzt die Rahmenprogrammanbieter, die im Kreis der Radio-LiebhaberInnen den späteren Nachwuchs für das eigene Programm vermuten.

Volkshochschulen, kirchliche Einrichtungen und Parteistiftungen bemühen sich redlich um die Ausbildung der interessierten HörerInnen zu engagierten ProduzentInnen... doch fragt man mal im Land herum... schaut man nur in ratlose Gesichter:

„Karlchen Müller“ und „die kleine Frau auf der Straße “haben noch nie etwas von Bürgerbeteiligung (und selten etwas von Lokalfunk) gehört...

Wahldruck

Das ist sicherlich einer der Gründe, warum die SPD-Regierung jetzt auf Biegen und Brechen den Sendestart forcieren will: Vor dem Wahlkampf soll er ein positives Gesprächsthema abgeben über das neue Funkgeschehen, ermöglicht durch eine sozialorientierte, innovative, weitblickende SPD-Regierung! Ob diese Rechnung aufgehen wird, steht wohl nur im Kaffeesatz kommender Lokalradio-Redaktionsrunden...

Beispielhaft zeichnet sich in der zähen Konstitutionierung des dualen Rundfunkgeschehens in NRW in der Hauptsache ab, wie stark politische und wirtschaftliche Interessen an Machtmonopolen herumzerren...

Dem Ganzen einen Rahmen geben

Zum Schluß die Frage nach der Finanzierung: Lokalfunk soll sich in NRW über die Gestaltung eines Mantelprogramms (und dessen überregionale Werbeeinnahmen!) finanzieren. Die Markenartikler wie zum Beispiel SCHWABSI COLA werben nämlich nicht gern allein in Castrop-Rauxel...

Über die Gestaltung des Rahmenprogramms ist ein wahrer Machtkampf entbrannt, der der Spannung eines guten Strip-Pokers alle Ehre macht. Zuerst gab es da nur RADIO-NRW GmbH mit ca. 30 Mio. DM im Rücken. Hauptsächlich Bertelsmann, WAZ und WWF kontrollierten dort das Geschehen. RADIO NRW hat sich auf einer Industriebrache in Oberhausen niedergelassen und will am 1. April loslegen mit 24 Stunden täglich. Über 40 MitarbeiterInnen sollen Nachrichten, Shows, Magazine und Musiklinien gestalten, aus denen sich die Lokalsender bis zu 19 Stunden bedienen können. Das wird alles sehr teuer!

KANAL 4 (bekannt durch sein rotzfreches Gegenhalten bei RTL-plus und SAT 1; s. CONTRASTE Nr. 57/89) hat sich eine billigere Lösung überlegt. Die Geschäftsführung will in Zusammenarbeit mit den privaten Funkkombis (Regionale Werbekartelle) die lokalen Sender mit unterschiedlichen Satelliten-Radioprogrammen versorgen und daneben eine wesentlich bescheidenere redaktionelle Schiene fahren. Allerdings: Momentan fehlt ihnen noch das passende Kleingeld für solch große Unternehmungen; dieser „Umstand“ wird ihnen auch von der Medienbehörde zur Last gelegt.

In NRW ist in Sachen Lokalfunk also mit viel Mühe ein Szenario komponiert worden, dem zum 1.4.1990 durchaus ein kräftiges „APRIL, APRIL“ entgegenschallen kann.

RADIO-WORKSHOP IN MÜNCHEN

Mach Dein Radio selbst?!?

Vier Jahre aktive Radio-Erfahrung im Bayrischen „Antennen“Wald läßt den Akzeptanz-Spiegel der Frustrationstoleranz zunehmend schrumpfen: Alternativen Kräften in Sachen Lokalfunk sind zunehmend die Phantasien gebunden, wenn es um kreative Schlupfwege aus der Kommerz-Wüste geht!

Mathias Lahmann, Redaktion Heidelberg ● Ein kleiner Schritt in diese Richtung ist das Unterfangen von LORA München, mit interessierten Personen aus dem gesamten Bundesgebiet eine Woche lang Lokalradio zu „spielen“: Die maximal 25 TeilnehmerInnen werden in drei Gruppen von Teamern angeleitet (Redaktion/Regie; Reporterteam; Studiotechnik) und produzieren eine lokalorientierte Magazinsendung.

Sinn dieses Workshops ist es weniger, den möglichen journalistischen wie medienspezifischen Alternativen nachzuspüren, die der Lokalfunk durchaus bieten kann, im Gegenteil: Die TeilnehmerInnen sollen sehr realitätsnah eine übliche Magazinsendung produzieren, allerdings im praktischen Konflikt mit der Studio-Technik, im ewigen Kampf mit der fehlenden Produktionszeit und in der Auseinandersetzung um die immer unzureichende Informationslage...

Nur aus dieser praxisnahen Erfahrung läßt sich nachvollziehen, was eigentlich in einer tatsächlichen Lokalradio-Redaktion so alles passiert, unter welchem Druck dort Sendungen gemacht werden und warum sie stellenweise dann auch so schlecht sein müssen: Allzu schnell werden fehlende Etats durch improvisierte Unzulänglichkeiten ersetzt, werden berufsspezifische Tätigkeiten von schlechtbezahlten „Allround-Talenten“ gemeistert, wird das Einschieben heißer Musiktapes zur einzigen (weil Produktionskosten sparenden) Lösung; eigenerstellte redaktionelle Beiträge sind nämlich zeit- und personalaufwendig: Ihre Güte hängt von der Kreativität, Motivation, Kompetenz und Zeit der MacherInnen ab...

Nur aber durch lokal orientierte Beiträge können sich die kleinen Radios wirtschaftlich über Wasser halten und auf eine Akzeptanz aus der Bevölkerung hoffen.

Gerade für die bis jetzt angemeldeten TeilnehmerInnen aus Nordrhein-Westfalen wird dieses „Lokalradio-Spiel“ eine kritische Perspektive für die Zukunft öffnen, soll doch dort ab 1. April endlich mit dem Sendestart für einzelne Regionen begonnen werden.

Aber auch die bereits Lokalradio-geschulten Ohren der TeilnehmerInnen aus zum Beispiel Baden-Württemberg und Bayern können nach diesem Wochenworkshop ihre Kritik an der Sendetätigkeit fundierter vortragen und die Lokalfrequenzen nicht nur als lästigen Dudelfunk abtun. Die Erfahrungen aus den bereits durchgeführten Workshops zeigen, daß die TeilnehmerInnen durch den geprobten Umgang mit dem Medium sofort eine starke Motivation entwickeln, sich aktiv in das Funkgeschehen einzumischen: In München entstand anschließend spontan eine Produktionswerkstatt mit einer inzwischen ansehnlichen Palette von kritischen Hörfunktbeiträgen.

Das Seminar findet statt vom 26. bis 31. März, Kosten für Verpflegung und Übernachtung:
sage und schreibe NUR 60,-- DM.
Anmeldungen und Nachfragen schnellstens an:
LORA MÜNCHEN e.V., Schwanthaler Str. 76 Rgb
8000 München 2, Tel. (089) 538 05 15 ✆. (Unter dieser Adresse kann auch der Katalog der bis jetzt erstellten Hörproduktionen angefordert werden.)

KULTURSCHOCK ZELLE

Wir brauchen keine Millionen...

Die Veröffentlichung der Erklärung des Reutlinger Zentrums „Kulturschock Zelle“ anläßlich des Austritts aus der LAKS im Januar 1989 soll die Ausführungen E. Hollers zu den Zentren „Nepomuk“ und „Zelle“ richtigstellen.

Hannes Ferber, Kulturschock Zelle ● Dies ist notwendig, weil wir der Meinung sind, daß in E. Hollers kulturpolitischer Hochrechnung „Postmoderne und Alternativkultur“ (CONTRASTE Dezember 89) bei den LeserInnen der Eindruck entstehen muß, daß „Nepomuk“ und „Zelle“ ausgetretet sind, um sich den Mitgliedsbeitrag zu sparen.

Weiter meinen wir, daß E. Holler einiges durcheinanderbringt. So verwechselt er basisorientierte, solidarische, antisexistische, antifaschistische, internationalistische Kulturarbeit mit dem Rückzug ins Private und den kollektiven Anschluß an staatliche Highculturegeldquellen mit Solidarität. Dazu nun die in der LAKS-MitgliederInnenversammlung vorgetragene Austrittserklärung.

Vor der Hintergrund der letzten LAKS-MitgliederInnenversammlung und dem schwelende Konflikt innerhalb des Ausschusses haben wir, die Zelle-Mitglieder und Gründungsmitglieder der LAKS uns auf einem Seminar zusammengesetzt, um eine klare Position zur LAKS und zur Kulturpolitik in BaWü zu erarbeiten.

Lassen wir dazu erst einmal den allseits bekannten Dr.Dr. Ministerialrat Rettich etwas sagen: „... das erinnert mich an jene Zeit, vor etwa 15-20 Jahren, als ein ähnlicher Streit losging um die Förderung der Zimmertheater. Nun hatten die Zimmertheater ja damals noch ein anderes Selbstverständnis. Die waren damals wirklich sowas wie Avantgarde, waren jene, die das Experiment gepflegt haben... und aus diesem Grund glaubten damals auch einige Politiker, daß diese... äh... in diesen Zimmertheatern... ääh... der Aufstand geprobt werde und Revolutionskader gebildet würden... heute sind's die Brävsten. Sie sind subventioniert worden, ich bin froh, daß es gelungen ist, und dies ist ein Beispiel, daß man solche Einrichtungen integriert.“ (Zitat aus einem Gespräch zwischen Dr.Dr. Rettich und Dr. Stadelmeier, Feuilletonist im „Forum im Zweiten, Titel: Kultur in BaWü“). Der vom Stadelmeier in diesem Zusammenhang geprägte Begriff „totfördern“ charakterisiert nach unserer Einschätzung die beginnende Förderung der soziokulturellen Zentren. Und zwar **nicht, weil wir glauben, daß Staatskohle zu kassieren von vornherein beschissen ist**, sondern weil wir sehen, daß die Greif-Arme dieser Strategie sich schon bis in die LAKS hinein ausgestreckt haben.

So und nicht anders sehen wir die Politik des Verschweigens, das Blockieren der notwendigen Diskussionen und das Austeilen der Happen an die hungrige Meute, verbunden mit dem Versprechen von mehr...

Nichts sonst können wir dem Rechenschaftsbericht des Sprecherrats entnehmen. Immerhin haben wir gehört, daß Gespräche mit dem oben zitierten Dr.Dr. Ministerialdirigent Rettich stattgefunden haben und daß wir im Jahre 1989 mit 1 Million Förderungsgelder rechnen können.

Verschwiegen wird, daß wir dieses Geld nicht geschenkt bekommen werden. Nicht einmal ansatzweise wird vom Sprecherrat diese Überlegung in die Diskussion eingebracht. Stattdessen die Bitte von E. Holler, den Titel Geschäftsführer tragen zu dürfen, da ja die Herren Späth und Rettich ein Recht darauf haben, mit anständigen Menschen zu verhandeln, und nicht mit so einem dahergelaufenen, titellosen Vertreter des Sprecherrats der LAKS.

Das machte uns sehr mißtrauisch, angesichts weiterer Informationen, die dem Gespräch Stadelmeier-Rettich zu entnehmen sind. In BaWü soll mit einem hochtechnisierten Industriepotential auch ein hochentwickelter Kulturstatus entstehen. Die Späth'sche Idee ist einfach und obendrein auch noch die unsere: Kultur nutzen um Politik zu machen. Bestimmte Kulturformen werden gefördert, High culture für die Vertreter einer hochindustriellen Gesellschaft. Hier werden bestehende Gegenkulturträger einfach mitbenutzt. Gib ihnen Geld und sie werden brav.

Derartige Überlegungen werden in den LAKS bewußt und kollektiv verdrängt. Sind finanzielle Abhängigkeiten schon so weit zementiert? Warum reden wir nicht über die Erfahrungen, die wir gemacht haben, nach den Diskussionen über die alternative Selbstausbeutung? Unsere gewählten Vertreter, und ganz besonders die, die auf der letzten MV den Beifall für ihre bahnbrechenden Annäherungsversuche an die staatlichen Geldquellen eingeheimst haben, fragen wir, warum sie ihre Rolle in diesen Zusammenhängen so unproblematisch darstellen. Warum Gerhard Baral jeden Ansatz einer Auseinandersetzung auch noch mit der passenden Handbewegung quasi vom Tisch wischt.

(Wir lassen uns auch nicht zum Vorwurf machen, daß wir uns in der LAKS zu wenig engagieren. Wir haben keine hauptamtlichen oder in irgendeiner Weise bezahlten Mitarbeiter. Wir nehmen hier diejenigen zur Verantwortung, die sich für ihre Beschäftigung mit Kulturpolitik bezahlen lassen. Diejenigen, die es wichtig finden zu betonen, daß sich Leute Rat und Hilfe suchend an die LAKS wenden, statt zu betonen, daß neue Mitglieder Power bringen).

Wir werden uns nicht weiter von Marionetten vertreten lassen, die sich nicht entblöden, ein Konterfei von Lothar Späth im LAKS-Info zu präsentieren. Und damit kommen wir zur Kernaussage: Wir unterstellen E. Holler und G. Baral, daß sie die Notwendigkeit staatlicher Förderung nicht als politischen Kompromiß begreifen, sondern, daß sie ihre persönlichen Interessen mit denen der Späth'schen Kulturpolitik gleichschalten. In ihrer kleinlichen Existenzangst, ihrer Entfremdung von den inhaltlichen Wurzeln der Gegenkultur, blindem Ehrgeiz und dem Streben nach breiter Anerkennung werden die hingeworfenen Happen verschlungen. Die früheren Streiter für eine breit angelegte Gegenkultur für alle – sprich Soziokultur – sind zum Werkzeug einer staatlichen Kulturpolitik verkommen. ●

EG-BINNENMARKT '93

Konsequenzen für VerbraucherInnen und ökologischen Landbau – sind alternative Handelsstrukturen eine Perpektive?

Die 6. Jahrestagung der BAG der Lebensmittelkooperativen wird sich mit den Konsequenzen beschäftigen, die der EG-Binnenmarkt für den ökologischen Landbau haben wird.

Grenzenloses Schlaraffenland – Völkerversöhnung – Förderung des öffentlichen Güterverkehrs – Harmonisierung der Märkte – Nationen werden zu Regionen – Sicherung der Arbeitsplätze – konjunktureller Aufschwung – Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt!?

Der EG-Binnenmarkt als Segen der europäischen Menschheit, so wird er uns verkauft. Doch was verbirgt sich hinter den schillernden Farben und glänzenden Augen der Vermarktungsstrategen? Wer wird als Gewinner, wer als Verlierer aus dem Kampf um den europäischen Markt hervorgehen?

Da Zölle und Einfuhrbedingungen wegfallen, ist der Produktpreis ab 1993 das alleinige Kriterium für den Absatz der Ware. Dies hat einen gigantischen Anstieg des Güterverkehrs um ca. 70% bis zum Jahre 2000 zur Folge. Waren werden quer durch Europa von der billigsten Produktionsstätte, zum kostengünstigsten Verarbeitungsort, zum besten Vermarktungsgebiet verschoben. Doch niemand berücksichtigt die nicht abzuschätzenden ökologischen Folgekosten.

Ziel der Jahrestagung der BAG ist es, Hintergrundinformationen zu den Folgen des EG-Binnenmarktes zu vermitteln und Handlungsperspektiven auszuarbeiten. Stattfinden wird die Tagung in der evang. Landjugendakademie Altenkirchen vom 6.-8.4.90.

Anmeldungen und weitere Informationen bei:
Christoph Weinmann
Hildastr. 62
7800 Freiburg
✆ (0761) 7 76 45
oder
Evangl. Jugend auf dem Lande
Ingrid Auernhammer
Dieperzbergweg 13-17
5230 Altenkirchen
✆ (02681) 43 77

RICHTIGSTELLUNG

Da beim Abdruck der Besprechung des „Zelle“-Buchs (Eckards Bücherecke, CONTRASTE Nr. 65, Feb. 90) drei Textzeilen weggefallen sind und die abgedrucke Besprechung unverständlich geworden ist, folgende Richtigstellung:

„Die vermutlich aufwendigste Selbstdarstellung automoner Kulturarbeit in der Bundesrepublik (Herstellungskosten: 33.000 Mark) wurde kürzlich vom „Kulturschock Zelle“ in Reutlingen aus Anlaß des 20jährigen Bestehens (Eröffnung 1968) herausgegeben. Das heutige autonome Jugendzentrum (mit freiem Träger auf e.V.-Basis) wurde 1968 als »Galerie Zelle« eröffnet, war ursprünglich...“

Auch in die Literaturhinweise hat sich ein Fehler eingeschlichen:

Ulrich Klemm/Klaus Seitz, Das Provinzbuch, Bremen 1989: Edition Con

Christel Köhle-Herzinger u.a. (Hg.), Kultur im ländlichen Raum, Studien und Materialien des LUI der Uni Tübingen Bd.1, Tübingen 1989

NACHTRAG

In der CONTRASTE Nr.62 (November '89) veröffentlichten wir eine Rezension zu dem Buch „Zukunftswerkstatt Gemeinschaftsprojekte“ von Karl-Heinz Meyer. Wir vergaßen jedoch die Bezugsadresse anzugeben. Da es nicht über den Buchhandel zu beziehen ist, für alle, die daran Interesse haben, die Adresse:

K.-H. Meyer
Ginsterweg 14 (Lebensgarten)
3074 Steyerberg

zum Preis von 20,-- DM oder bei Überweisung auf das Postscheckkonto 146880-307, PSchA Hannover, Stichwort „ZW“, K.H. Meyer.

VORKONGRESS TOP '91

Frauen sind Spitze...

Frauen „von der Werkbank bis zum Ledersessel" sollten beim „top '91"-Vorkongreß, im Oktober '89 in Düsseldorf zusammenfinden – das Ziel: Frauen machen Messe und Kongreß!

Ein Rückblick von Gabriele Schulten, Frauenredaktion ● Hier sollte Frau Gelegenheit haben, in „Schnupperseminaren" und Workshops unter Beweis zu stellen:

„Wir haben viel erreicht und werden noch mehr erreichen. Wir sind selbstbewußt. Wir sind optimistisch. Wir können viel bewegen. Das wollen wir uns und der Öffentlichkeit noch deutlicher bewußt machen. Zum ersten Mal in Deutschland im Rahmen einer von uns selbst iniitierten und gestalteten Messe mit Kongreß."
(gegen 240-270 DM Teilnahmegebühr versteht sich!)

Nicht „Last, sondern Lust" war angesagt: Bühne, Unterhaltung, Talkshow und Kinderprogramm sorgten dafür, daß „...wir bei den Benachteiligungen ebensowenig stehenbleiben wie beim Schulterklopfen über die errungenen Erfolge", denn: „wer die Zukunft im Blick hat, darf sich nicht mit Klagen über Versäumtes belasten, sondern muß sich darauf besinnen, mit wieviel Selbstverständnis und Selbstbewußtsein Frauen heute die Verwirklichung ihrer Ziele selbst in die Hand nehmen!"

„Wenn es uns gelingt, darzustellen, was Frauen heute schon leisten können und wollen, dannhaben wir ein Ziel der „top" erreicht", so Frau Dr. Stödter von der Stiftung zur Förderung von Frauen in Führungspositionen. Und Herr Klosterkemper, Geschäftsführer der Messe Düsseldorf, wünscht sich vor allem „auf der top '91 eine Solidarität zwischen Heimchen und Emanze"!

Weil Frauen „in" sind und es überhaupt viel werbewirksamer ist, wenn „zarte Hände" den neuen Super-Mercedes lenken, waren **wir alle** aufgerufen, uns über Gestalt und Inhalte der „Ideen- und Handelsmesse" Gedanken zu machen:

Angeleitet jeweils von Moderator/inn/en eines Schnupperseminars – Frauen schnuppern eben gern mal ganz unverbindlich in „was rein, was ja nicht gleich ernsthafte Folgen haben muß – durften wir Teilnehmerinnen ganz selbständig

den Blick ganz fest in die Zukunft gerichtet: das Ledersessel- Publikum des Vorkongresesses, während auf dem Podium lustvoll verkündet wurde: "Heute kommen Frauen nicht mehr als Bittstellerinnen, sondern als Fordernde, - aber auch(!) mit der Bereitschaft

„Einzelthemen formulieren, Ideen, Wünsche, Bedarf, Konzepte, Angebote, Kontakte einbringen, Prioritäten setzen und Themen gewichten." Teure Zuarbeit!

Das Ergebnis hieß dann: „Wir gestalten die top '91 selbst!" (Wer aber kassiert?)

Mit Lob für unsere guten Leistungen wurde nicht gegeizt. Optimismus und Positivität strahlte aus jedem Podiumsgesicht. Und überhaupt: wir müssen nur lernen, die Dinge von der **guten** Seite zu sehen. Zwei Tage für „Ideen, Chancen, Perspektiven" nach dem Motto: „Ich wünsche mir...", „ich verspreche mir..." für Frauen und Männer und Jugendliche, denn „von einer solchen Gemeinsamkeit, von einem Füreinander und Miteinander werden auch die Frauen am meisten profitieren."

Zwar war auch die „engagierte Einzelkämpferin" eingeladen, aber die war an diesen Tagen recht mundtot, wohl erschlagen vom Pluralismus der Angebote: Wie aus nebenstehender Tagesordnung ersichtlich wird, hat man sich nicht gescheut, die frau wichtig sein könnten, in Angriff zu nehmen.

ALLES WAR GROSSARTIG!

Jedes Thema garantiert wertfrei, neutral, gefällig abgehandelt, in jedem Fall allgemein, es sei denn, wie gesagt, **positiv** formuliert.

Das kuscheligste Angebot für den Abend hieß dann auch: „**Klönen in der Spinnstube**", – und die von der Decke hängenden 10 Wollfäden im 50 qm großen, strahlenden Messesaal verursachte wohl, daß auch hier an gesellschaftskritische oder gar frauenpolitische Fragestellungen überhaupt nicht zu denken war.

Die „Arbeitsergebnisse" der Tagung wurden symbolträchtig wie Lappen an einer Wäscheleine aufgehängt – eine Idee der OrganisatorInnen des „Kongresses":

Altes Zeichen für die neue Form einer «Seilschaft» zwischen **Frauen** (und nun eben nicht mehr Männern und Jugendlichen!). Was will frau dazu sagen? ●

Tagesordnung des Vor-Kongresses

■ 20. Oktober 1989 (Freitag)
Schnupper-Seminare (1. Runde)
- ☐ Persönliche Strategien
- ☐ Negativ empfinden – positiv denken
- ☐ Metabasis (Denkstile)
- ☐ Investment-Klub
- ☐ Zuhören und Durchsetzen

Schnupper-Seminare (2. Runde)
- ☐ Metabasis (Denkstile)
- ☐ Umgang mit Presse, Rundfunk und Fernsehen
- ☐ Fit sein und bleiben
- ☐ Selbstbehauptung
- ☐ Computer im Alltag

Plenum
Vision „top '91" – Einführung in Kongreß und Vorkongreß

■ 21. Oktober 1989 (Samstag)
Workshops (1. Runde)
- ☐ Frau und Familie
- ☐ Frau und Beruf
- ☐ Frau und Teilzeit
- ☐ Die Frau in Aus- und Weiterbildung
- ☐ Frau und Führung
- ☐ Frau und Handwerk
- ☐ Frau und Politik
- ☐ Frau und Medien
- ☐ Frau und Freizeit
- ☐ Frau und Umwelt
- ☐ Frau und Persönlichkeit

Workshops (2. Runde)
- ☐ Frau und das Altern
- ☐ Frau und Religion
- ☐ Frau und Mann
- ☐ Frau und Geld
- ☐ Frau und Kultur
- ☐ Frau und Technik
- ☐ Frau in Wissenschaft und Forschung
- ☐ Frau und Kontakte
- ☐ Frau und Europa
- ☐ Aussteller-Information

KOMMENTAR

Top '91

Ich bin mir immer noch nicht ganz sicher, was ich von dieser Sache halten soll: Frauenmesse.

Die Grundidee: Frauen stellen sich gegenseitig mit ihren jeweiligen Kompetenzen und Firmenideen vor zwecks Schaffung von Netzen, Förderung des eigenen Geschäftes und entsprechender Belebung von Wirtschaft, Politik und Kultur, hört sich zunächst doch toll an!

Nur: Die Umsetzung und das Konzept, hinlänglich erkennbar in der Vorbereitung (dem Vorkongreß in Düsseldorf), entsprechen den alten, männlich orientierten Spielregeln. Frauen wollen Geld und Macht. Doch sie beziehen sich in ihren Träumen auf nicht hinterfragte gesellschaftliche Normen und Realität, sondern auf Männer, denen mit roten Backen gezeigt werden kann, wie gut wir sind.

Eine große kulturelle Kluft besteht somit zu den Frauen, die sich (in welcher Weise auch immer) auf die Erfahrungen, Forderungen und Kontroversen sowie auf die Lebensrealität von Frauen beziehen, auf die Frauenbewegung. Strukturelle Diskriminierung oder gar Patriarchatskritik waren keine Themen. Nicht, weil frau sich einig gewesen wäre, sondern weil dies Denken fremd war. Es fand einfach schon athmosphärisch überhaupt keinen Artikulationsraum.

Die andere, die alte Welt zog sich durch: autoritäre Diskussions- und Arbeitsstrukturen (Einbeziehung von Männern als Referenten/Diskussionsleiter; keine Eingangsplenumsdiskussion zur gemeinsamen Verständigung auf Ziele oder Anliegen), Teilnehmerinnen sind Versuchskaninchen für in der Frauenszene unerfahrene GeschäftemacherInnen.

Diese Diskrepanz dokumentiert sich m.E. auch in der Praxis, daß über Geld im großen Maßstab nicht gesprochen wird: Wer verdient wieviel an dem Kongreß (und 1991 erst an der Messe) und wer entscheidet darüber? Als im Abschlußplenum eine Teilnehmerin forderte, die daraus erwirtschafteten Überschüsse Frauenprojekten zur Verfügung zu stellen, gab es fast nur mitleidiges Lächeln. Eigentlich war das auch durchaus naheliegend – vorausgesetzt, allen wäre klar gewesen, daß es sich hier um ein rein betriebswirtschaftliches Unterfangen handelt, das aber auch als solches ausgewiesen ist. Und gerade dies war nicht der Fall. So lag das Thema Geld von Anfang an in der Luft. Workshops als Akquisitionsforen: Zahlreiche inkompetente Referenten und Referentinnen, der Mief von Provinzialismus und Wichtigtuerei unter dem Motto: „Frauen sind Spitze" ärgerte viele Frauen (auch mich), die nicht das Geschäftemachen prinzipiell verwerflich finden, sondern die Scheinheiligkeit durch die Vermischung von Akquise und Anspruch auf wissenschaftliche Kompetenz. Was dann übrigbleibt, ist Verarschung von gutmütigen Frauen.

(Natürlich kann und will ich nicht alle Referentinnen in diese Kritik einbeziehen. Es gab auch viele, die qualifiziert und engagiert gearbeitet haben. Und sich am Rande des Vorkongresses untereinander fragten, ob es eigentlich angebracht sei, daß ihre Dienste selbstverständlich kostenlos verfügbar sind. Und wofür.

Nun ist es ja noch nicht ungewöhnlich, daß clevere Männer oder manchmal auch Frauen mit schlechten Produkten Geld machen. Ich frage mich aber, was mehrere hundert Frauen zu solcherart Kongreß lockt, die eigentlich etwas anderes erwartet haben müßten. Unmut war sichtbar. Hilflosigkeit auch. Die wenigen Frauen, die sich quer zur allgemeinen betulichen Stimmung artikuliert haben, wirkten etwas müde. Hat es überhaupt Zweck, sich zu engagieren für demokratische Strukturen und Einbeziehung bei den weiteren Vorbereitungen? Oder müssen nicht alle Frauen irgendwann selbst die Erfahrung machen, daß sie noch viel zu leicht zu verarschen sind?

Warum machen wir eigentlich nicht unsere eigene nationale Frauenmesse?

Heide Härtel-Herrmann

PROJEKT SEILTANZ

Neuer Anfang im Beruf

Ein Seiltanz zwischen Behinderungen und eigenen Wünschen – der Wiedereinstieg nach einer Berufsunterbrechung stellt für Frauen oft ein Problem dar. Die Gruppe „Seiltanz", ein Frauenprojekt aus Bremen, stellt zu diesem Thema ihre neueste Broschüre vor.

Das Projekt «SEILTANZ»:

Unseres Erachtens gleicht die alltägliche Lebenssituation von Frauen einem Balanceakt auf dem Seil zwischen gesellschaftlichen Anforderungen und individuellen Lösungsmustern. Frauen, die sich den Wunsch nach einem Leben mit Kind und Familie und nach einer Berufstätigkeit erfüllen wollen, gelingt es nur unter schwierigen Bedingungen. Die Entscheidung für ein Kind kommt in unserer Gesellschaft – trotz gegenteiliger Behauptungen – einem Ausschluß aus Beruf und Öffentlichkeit gleich. Was eine zeitlich begrenzte Lebensphase voll neuer Erfahrungs- und Entfaltungsmöglichkeiten sein könnte, wird zum Start für ein Leben mit Behinderungen, schaut man sich die Bedingungen genauer an, auf die berufstätige Mütter treffen : ungenügende Kinderbetreuungsangebote, Arbeitszeitregelungen,....., Schwierigkeiten beim Wiedereinstieg in den Beruf.

Der Name „Seiltanz" spiegelt auch unsere eigene Lebenssituation wieder. Wir „Seiltanz"-Frauen mit und ohne Kind, mit und ohne Berufstätigkeit, haben uns vor 4 Jahren aus verschiedenen Bereichen zusammengefunden (Arbeitslosenberatungsstellen, Kulturläden, Kirchenprojekte und Profamilia), um Frauen bei ihrem Seiltanz Hilfe anzubieten.

Die Arbeitsschwerpunkte: Wir erarbeiteten Informationsmaterial zu folgenden Themen: Erziehungsgeld/Erziehungsurlaub, materielle Hilfen bei Schwangerschaft und Geburt, Sozialhilfe als Darlehen.
Wir gehen mit Veranstaltungen und Theatersketchen in die Öffentlichkeit.
Wir bieten Kurse, Seminare und Beratung an.

Wenn Frauen wieder berufstätig werden wollen, stehen sie einer ganz veränderten und neuen Situation gegenüber. Frauen haben während der Berufsunterbrechung oft andere Fähigkeiten, Interessen und Wünsche entwickelt. Ihre alte Berufsausbildung hält eventuell dem technischen Fortschritt nicht mehr stand. Vielleicht aber wollen sie auch etwas ganz Neues anfangen.

Aber die Arbeitsmarktlage sieht nicht allzu positiv aus, erst recht nicht für sog. „Berufsrückkehrerinnen". In Bremen z.B. sind von 17.000 erwerbslos gemeldeten Frauen 9.000 „Berufsrückkehrerinnen". In Bremen gibt es zur Zeit etwa 2.400 offene Stellen, davon gut 200 für Teilzeitarbeit; es suchen aber über 3.500 Frauen einen Teilzeitarbeitsplatz.

Leider behindert nicht nur die trostlose Situation auf dem Arbeitsmarkt die Chancen von Frauen, sondern auch die Praxis von Arbeitsverwaltung läßt Frauen resignieren, werden sie mit den Zulassungshürden und Prüfungen konfrontiert, um sich überhaupt erst einmal arbeitslos zu melden oder einen Fortbildungs- oder Umschulungsplatz und Unterhaltsgeld zu bekommen.

Für Frauen heißt das auf jeden Fall immer: Konkrete Informationen und Hilfestellungen müssen in mühseliger Kleinarbeit zusammengesucht werden, dabei bleiben schon viele Frauen auf der Strecke.

Die Frau zwischen Kind, Kochtopf und beruflicher Karriere - so sieht es die Bremer Graphikerin Angelika Schubert, die die „Seiltanz"-Broschüren illustrierte.

Um dies zu verhindern, ist unsere Broschüre eine schon längst überfällige Planungs- und Orientierungshilfe für den sog. „Wiedereinstieg" in den Beruf.
In unserer Broschüre gibt es :
- ○ Begriffserklärungen und die zeitliche Dauer von Umschulungs-, Fortbildungs- und Orientierungsmaßnahmen
- ○ Voraussetzungen für die Teilnahme an einer Maßnahme
- ○ Informationen über Unterhaltsgeld bei Fortbildungen und Umschulungen
- ○ Umschulungen für Sozialhilfeempfängerinnen
- ○ Weiterbildungseinrichtungen mit ihren Schwerpunkten für „Berufsrückkehrerinnen"
- ○ Beratende Gruppen und Einrichtungen
- ○ Wichtige Adressen

Anzeige

Die Zeitschrift FRAUENSOLIDARITÄT beinhaltet Analysen, Kurznachrichten, Berichte, Kommentare, Interviews und Rezensionen zu den Bereichen: Frauen und Entwicklung, Frauen in der Dritten Welt und in Österreich, Frauen und Entwicklungshilfe.

- ● Wir zeigen anhand von konkreten Beispielen die Situation der Frauen in der Dritten Welt.
- ● Wir unterstützen Projekte in Zusammenarbeit mit Frauen und Frauenorganisationen in den Entwicklungsländern.

1 GRATISHEFT zum kennenlernen !
me.

FRAUENSOLIDARITÄT erscheint 4 x im Jahr und kostet im Abo öS 160.- (Ausland: öS 200.-). Einzelheft öS 40.-.

Bestellungen an: FRAUENSOLIDARITÄT, Weyrgasse 5, A - 1030 Wien Tel. 0222/713 35 94/Kl. 80

NATURKOST – RADIKALÖKOLOGISCH UMGESTALTEN! – (TEIL II)

„Revolutionierung aller Lebensbereiche"

„Entweder die Bioläden werden noch ganz puritanisch, oder es geht ab in Richtung Supermarkt – aber dann ohne mich!", sagte Uwe vom Naturel kürzlich in Hamburg. Also auf mit Uwe zu einer Radikalkur für und mit Naturkost.

Herrmann Cropp, Redaktion Naturkost ● Radikalökologische Umgestaltung der Naturkost, wie soll das gehen? Wer jetzt eine leichtverdauliche oder auch fußnotenreiche Revolutionstheorie von mir erwartet, wird sich enttäuscht sehen. Theorien stellt man besser im Nachhinein auf, damit die radikale Praxis nicht bevormundet wird.

Welche Maßstäbe legt man dann an, um Zukunftsweisendes von dem zu unterscheiden, was zum Untergang verurteilt ist? Ich mach das immer so: Wenn ich sehe, einer verdient gut und behauptet obendrein, nur so könne man Geld verdienen, aber es mache keinen Spaß – dann ermuntere ich ihn oder sie, dem ganzen Schrott doch einen Tritt zu geben, damit es recht bald der Vergangenheit angehört. Wenn mir aber einer der im folgenden erwähnten Ladner und Ladnerinnen erklärt, es reiche hinten und vorne nicht, aber man arbeite gerne so, ist aufopferungsbereit für die Mitmenschen, überhaupt ist Schwung in dem Laden – dann würde ich sagen, dieser Schwung reicht noch weit in die Zukunft.

Und kennt das nicht jeder von euch, diese Wohltat, sich mit einem Menschen zu unterhalten oder auch nur jemandem zuzusehen, der Schwung hat? Ein offenes Wesen, Unternehmungslust, Begeisterungsfähigkeit – das hat tatsächlich mit Lust und Freude zu tun.

Ich bin mir dessen bewußt, daß ich dies in einer kritischen, aber doch der ökonomischen Zahlenspielerei recht zugewandten Zeitung schreibe. Der materialistische, alles berechnende Geist herrscht hier vor. Kommt der Geist nicht marxistisch daher, dann vielleicht mit einem von Silvio Gesell inspirierten Scheckkartenanarchismus oder gar auf einem Dritten Weg (nach rechts? mit Creutz). Bislang galt immer als beste Kritik des Kapitalismus die, welche dem Kapitalismus Rechenfehler nachwies und zugleich errechnete, daß der Kommunismus das unabwendbare Ziel aller Entwicklung sei. Mir scheint der wissenschaftliche Materialismus eher der größte heimliche Förderer des kapitalistischen Materialismus gewesen zu sein, indem er die scheinbare Gegenposition besetzte und anderen Gegenstimmen die Aufmerksamkeit entzog.

Grad ruft mich ein Bioladner (ehemaliger Marketingfachmann, wie er sagt) aus Grünwald an und bestätigt, daß die prokapitalistischen Rechenkünstler nur immer damit beschäftigt seien, den Sieg des Kapitalismus vorherzusagen. Kürzlich habe irgendein Präsident irgendeiner bedeutenden industriellen Körperschaft (wars vielleicht der Amerungen? – egal) festgestellt, daß bisher alle Marketingprognosen für alle erdenklichen Produkte positiv ausgefallen seien, daß diese ganze Wissenschaft mithin nur tauge, alles und nichts zu beweisen.

Deshalb wende ich mich auch von der Wissenschaft ab und versuche, mit anderen Argumenten zu überzeugen. Es gibt ein Volkslied, in dem heißt es: „Geld nur regiert die ganze Welt!". Dieser Ausspruch meint nicht, daß tatsächlich alles am Geld meßbar wäre, sondern das Lied will einen Mißstand anklagen: Das Geld droht die Welt zu regieren, aber tatsächlich hat es diese Macht nicht – das gilt es zu unterscfheiden. Wir unterliegen in diesem materialistischen Zeitalter einem großen Irrtum, und der wird auch nicht richtig, wenn wir überall Preise dranschreiben, Zinsen berechnen und uns an der scheinbaren Ausweglosigkeit von Rechenspielereien erfreuen.

Das Geld, das uns so wichtig erscheint, hat etwas Beliebiges, eher durch Gebrauch und Sitten Festgelegtes, aber keinesfalls etwas Allgemeingültiges an sich. Der „Hans im Glück" ist kein ironisches Lehrstück von der Geschäftsuntüchtigkeit, mit dessen Hilfe die Zuhörer zum Rechnen erzogen werden sollen, sondern es soll auf den inneren Wert der tauschbaren Güter hingewiesen werden. Doch nun zurück zur Betrachtung der Entwicklung der Bioläden.

Ein neues Verbraucherverhalten

Jene Bioladner, die nicht die allgemeine Lustlosigkeit teilen, die nicht am liebsten schon morgen aufhören und in den Süden wollen, besitzen Überzeugung und Tatkraft. Sie backen jeden Morgen vor dem Laden frische Brötchen, weil der Bäcker nur zweimal die Woche kommt. Sie verarbeiten die Gemüsereste zu Pizza anstatt sie verkommen zu lassen und bieten sie frisch und heiß im Laden an. Sie gründen einfach einen Milchflaschenverein, wenn ihnen der Verkauf im Laden nicht erlaubt ist. Der Phantasie setzt kein Gesetz Grenzen.

Es deutet sich die grundsätzlich neue Entwicklung der radikalökologischen Umgestaltung der Naturkost an, eine Hinwendung zur Einfachheit, Selbsttätigkeit und zum nur Lebensnotwendigen. Die Antwort auf Biomäk ist alles selber machen, die Antwort auf Bioindustrie ist Ökoküche, die Antwort auf Biofeinkost ist Überlebensmittel. Auf eine Formel gebracht: **Einfach alles selber machen – ökologische Küche anstatt Bioindustrie.**

Dieses Ziel ist verbraucherorientiert formuliert, doch mir scheint nur diese Betrachtungsweise in der gegenwärtigen Lage geeignet, das ganze Naturkostmarktgefüge in Bewegung zu bringen. Und die Verbraucherpriorität ist nur scheinbar, weil sie selbstverständlich ökologische Produktions- und Arbeitsbedingungen auf allen Ebenen nach sich zieht. Anfang der 80er, als die Biogroßhändler beschlossen, in regionalen Grenzen zu handeln, lag die Initiative weniger bei der Basis, den Läden, höchstens insofern als sie sich genossenschaftlich zusammenschlossen. Sie lag vielmehr bei jenen, die den Warenfluß in großem Umfang organisierten. Für das, was heute in der Naturkost notwendig ist, hat man von den Großhändlern kaum einen Beitrag zu erwarten, teils, weil sie zu sehr von ihren vermeintlichen ökonomischen Zwängen gefesselt sind, teils, weil sich ihre Geschäftsinteressen mit einer öklogischen Radikalkur nicht vertragen. Darum bleibt die Initiative den Läden vorbehalten. Die Bioläden haben den meisten Spielraum in Richtung Verbraucher. Die andere Richtung (Großhändler) ist eine Einbahnstraße, da will man nur ihr Geld.

Es muß also vor allem ein neues Verbraucherverhalten angestrebt werden, und für die daraus entstehenden Bedürfnisse muß das Warenanebot geändert werden. Dabei reicht keine trockene Information über dies und das, sondern der Verbraucher muß ermutigt werden zu Selbsttätigkeit und Selbständigkeit. Es reicht auch nicht, nur eine Idealistenecke im Laden einzurichten, so zum Gucken und Staunen und um das Gewissen zu beruhigen. Man muß durch ermunternde bzw. kritische Aufklärung dem Verbraucher z.B. neue Wertvorstellungen bezüglich sauberer Wäsche oder Körperpflege vermitteln. Die guten Ideen zum ökologischen Haushalten sollen nicht bloß in Büchern beschrieben werden nach der Art von Herrn Seymor, bei dessen „Wir ziehen aufs Land"-Büchern sich so schön träumen läßt in der Großstadtboheme. Stattdessen müssen die Dinge so erklärt werden, daß sie angewandt werden. Die Menschen müssen begeistert werden von der einfachen, radikalen Lebensweise und erkennen, daß diese die lebenswerte Alternative ist. In den Bioläden müssen also Dinge stehen, die die Leute mit nach Hause nehmen und anwenden können.

Ökonomische Verwirklichung

Tatsächlich arbeiten schon viele Läden an dieser Entwicklung, allerdings kaum systematisch. Dies sind die Läden, die vorstehend kritisierte Entwicklung mehr oder weniger als Sackgasse erkannt haben.

Wie erfindungsreich man dabei sein kann! Im Rheinland beispielsweise betreiben rührige Leute zugleich einen Bioladen und eine Gemüsegärtnerei. Ich haben die unglaublich riesigen Kohlköpfe gesehen, die passen niemandem mehr auf die Schultern, geschweige denn in den Kochtopf. Was machen sie, um die schüchterne Kundschaft zum Kaufen zu überzeugen? Sie schneiden alles klein zu Sauerkraut und verkaufen das in 20, 30 und 50-Liter-Gärtöpfen. Wenn es alle ist, können die Kunden entweder fertiges Sauerkraut nachkaufen, oder sie kaufen den Kohl und machens selbst, denn eine Anleitung können sie für 2 Mark im Laden kriegen.

Es gibt ein breites Spektrum solcher Aktivitäten, eigentlich bei allen Waren, man muß nur drauf kommen und natürlich den Schwung haben, anzupacken. Daß man durchaus Brot und Brötchen selber backen kann, wenigstens als tägliche frische Ergänzug zur 1-2 maligen wöchentlichen Bäckerlieferung, habe ich schon erwähnt. Die Nudelfabrikation eines Kölner Ladens für andere Läden ebenfalls. Und wenn jemand wie Andreas aus Bremerhaven sich in jahrelanger Begeisterung in die Tofurei einarbeitet, dann kann, obwohl ursprünglich nur als Selbstversorgung für den eigenen Laden gedacht, am Ende eine über ganz Niedersachsen liefernde Tofufabrik dabei rauskommen. Nehmen wir das weniger als Beweis für Andreas' Geschäftssinn (ich glaub auch nicht, daß es ihm darum ging), denn vielmehr als Ermutigung für jeden Laden (oder doch einige), ihr Tofu selbst zu kochen.

Foto aus „Schwarzer Faden", Nr. 15/1984

Erich aus Mayen will sich einen Schnellbackofen in den Laden stellen, um selbst zu backen. Dieser Ofen, auf Anfrage gebe ich gern Preis und Bezugsquelle bekannt, ist insbesondere als Alternative zum Mikrowellenkasten gedacht – das sollte die Pizzabäcker interessieren. Ein wichtiges Argument für die Pizza ist übrigens auch, daß man nun nicht mehr aus Angst vor Verderb zu wenig Gemüse einkauft, denn auf Pizza läßt sich alles verwerten.

Bei derartigen Initiativen geht es natürlich auch um eine wirtschaftliche Verbesserung der Läden, indem der Eigenarbeitsanteil und das Einkommen steigt und weniger Geld für Fertigwaren vorgestreckt werden muß. Wieviel gibt man für industriell abgetötete Waren aus, allein im Kräuterbereich haben sich die Preise vervielfacht! Es heißt, der Kunde greife lieber zu einer Fabriktüte als zu einer schrumpeligen, selbstetikettierten – ja, wenn man die Bengel erst mal verzogen hat...!

Ohne viel Kommentar hier noch einiges aus der Liste möglicher Ökoprogramme:

- **Fruchtschnitten:** Trockenobst einweichen, durch den Fleischwolf drehen, gehackte Nüsse rein, dafür gibt's Vollkornobladen, verschiedene Sorten sind möglich,
- Selbsttrocknung von Obst im Trockenraum oder Trockenschrank;
- **Naturkosmetik:** Wer die selbst macht, kann auch beraten und erklären, warum Konservennaturkosmetik nicht mehr geführt wird;
- **Gemüse und Kräuter:** Aus eigenem Garten;
- **Brotaufstriche und Pasten:** Mein Lieblingsthema, darüber gibt's ein Buch bei uns;
- **Babynahrung:** Weniger Viefalt bei Fertiggläsern, frisch mit Getreidebrei als Grundlage und alle möglichen Gemüse dazu selbstgemacht ist besser;
- **Rezeptkundendienst:** Wer beraten will, muß auch selbst zuhause kochen;
- **Wasch- und Putzmittel:** Selbstmischen erfordert zwar gute Kenntnisse, aber wer sich da nicht auskennt, kommt nie über 2% vom Gesamtumsatz;
- **Holzspielzeug:** Wenn man sich eine Werkstatt dafür einrichtet;
- **Babyöle:** Wie Naturkosmetik.

Die Ladner sollten ihre Erfahrungen zusammentragen: Was ist im Laden überhaupt und wie ausführbar? Empfehlenswert ist sicher eine Arbeitsteilung solcher Bereiche zwischen benachbarten Läden, denn keiner kann alles machen. Zusammenarbeit macht mehr Spaß und fördert das gemeinsame Wohlergehen.

Ein besonder schönes Beispiel möchte ich noch erwähnen: Die Getreideflockenmühle des Ökoerfinders Christian Kuhtz aus Kiel. Er hat, wie schon über seine Lastenfahrräder und Steinöfen, eine Broschüre mit mehreren Bauanleitungen daraus gemacht. Unter anderem hat er ein Mühlenmodell entwickelt, das jetzt von einer Behindertenwerkstatt gebaut wird. Seine Selbstbauanleitungen sind hervorragend. Für den Laden kann das den Vorteil bringen, daß Flocken nun gar nicht mehr extra geführt werden müssen, denn sie könnten auch, wie das Mehl, im Laden frisch gemacht werden. Solche Neuerungen brauchen wir jede Menge, sie müssen aber sinnvoll und praktikabel sein.

Verbraucheraufklärung

Um das Verbraucherverhalten zu ändern, bedarf es nicht nur eines veränderten Warenangebots, sondern auch der Aufklärung. So grundlegende Veränderungen an der materiellen Basis unseres Lebens müssen einhergehen mit einer Änderung der Weltanschauung, der Lebensphilosophie, der Wertvorstellungen, der Erwarungen an Lebensqualität.

Der mangelhafte Erfolg bisheriger Aufklärung (jedenfalls in den letzten Jahren) lag an der mangelhaften Ausführbarkeit bzw. daran, daß überhaupt keine Alternativen mehr aufgezeigt wurden. Es wurden vielmehr nur noch Scheinalternativen von der Art „Blauer Engel" und „Super-Bleifrei" angeboten. Kritik allein genügt jedoch nicht: Es müssen gute Möglichkeiten aufgezeigt werden, ja, diese Möglichkeiten müsssen wir schaffen. Es muß zu einer Ökorenaissance kommen. Die alternativen Ideen, die es vor der Etablierung der Grünen als Partei gab, müssen wieder aufgegriffen und auch weiterentwickelt werden.

Eine „Revolution aller Lebensbereiche" ist erforderlich. Das zu fordern ist keine Träumerei, denn gerade aus diesem Geist ist die Naturkost entstanden, als Teil „systemüberwindender Praxis", aus „direktem praktischen Widerstand", als Frucht der „Aussteiger". Herbert Marcuse verkündete diese „große Verweigerung". Das waren die Inbegriffe der Kulturrevolution vor 20 Jahren, aus der die Naturkost hervorgegangen ist. Die von Marcuse verkündete „praktische Alternative" wurde von den Hippies, Musikern, Landkommunen, Bioläden, Fahrradläden und sonstigen Projekten in der „alternativen Lebensweise" verwirklicht. Das alles hat Früchte getragen, bis heute! Nur haben wir diese Früchte im alltäglichen Kleinkram und mit unserem täglichen Kleinmut wieder kommerzialisiert. Doch die Philosophie war richtig und erfolgreich! – daran anzuknüpfen ist nicht Nostalgie. Dann wären Marcuses Ideen ein nostalgischer Rückgriff auf Rousseau, und Rousseau griffe zurück auf die Stoiker.

Radikal sein heißt immer zurück zu den Wurzeln, „zurück zur Natur" (Rousseau). Aber die Wurzeln wachsen uns in der Gegenwart, die Natur gehört glücklicherweise nicht der Vergangenheit an, darum habe ich keine Angst, daß wir den Gegenwartsbezug verlieren.

Es heißt darum Revolutionierung aller Lebensbereiche, damit wir gar nicht erst auf die Idee kommen, z.B. Biopampers zu verwenden. Der ganze Lebenszusammenhang muß ökologisch sein. Das heißt, und da werden einige „halbherzige Radikale" in die Luft gehen, zur ökologischen Ernährung gehört eine ebenso ökologische Lebensweise, in der die Hauswirtschaft mit Kochen, Backen, Abwaschen, Einmachen, Gärtnern, Kleidung stopfen, nähen, von Hand ausbürsten, einweichen, handwaschen..., wo die gesamte ökologische Hauswirtschaft ausgeübt und weiterentwickelt wird. Das kann von mir aus der Müslimann machen, wenn seine lila Gattin sich lieber an der Uni emanzipiert. Aber wenn da erst mal so zwei, drei Kinder zwischen rumlaufen, dann möchte ich doch mal wissen, wie ernst es mit der natürlichen Lebenweise bezüglich Stillen, Stoffwindeln und aus frischen Zutaten bereiteter Flaschennahrung gemeint ist.

Jeder Verbraucher wird sich bei solchen ökohaushälterischen Vorschlägen gleich fragen, wie diese ökologische Lebensweise mit dem heutzutage von der parlamentatischen „Ökobewegung" propagierten lila-grünen Frauenbild zu vereinbaren sei. Jedenfalls hat die Zersplitterung der Gesellschaft in lauter mobile und in Einzelwohnungen lebende Individuen höchst unökologische Folgen. Und in einer Kibbuz-ähnlichen Kommune anstelle eines Lebens in Sippen und Nachbarschaft sehe ich auch nicht die Lösung. Die Probleme waren absehbar und führten zum Niedergang der Landkommunen, so daß die ökologische Initiative wieder bei den Bauern liegt. Ein Teil der Landkommunen zog daraus den Schluß, die Sippenidee zu entwickeln („nur Stämme werden überleben") und fand auch zeitweise einen festeren Zusammenhalt.

Ökologische Wirtschaft und Hauswirtschaft ist nicht vom Gemeinschaftsleben zu trennen. Auch für die Gemeinschaft sind radikale Antworten notwendig und keine linken Interpretationen der vom Kapitalismus vorgegebenen Notwendigkeiten bezüglich Mobilität, Stadtleben und Verfügbarkeit weiblicher Arbeitskraft.

Ökologische Wirtschaft verlangt auch ökologische Hauswirtschaft, und das muß propagiert werden. Das Angebot aller Lebensmittel und Geräte muß auf deren ökologische Verwendbarkeit zugeschnitten sein. In der Verbraucheraufklätung muß die Vorrangigkeit des eigenen umweltbewußten Handelns deutlich herausgestellt werden.

Hiermit möchte ich schließen. Ich habe genug für die CONTRASTE geschrieben. Jetzt sollen andere Bioladner ran, oder wer von den Großhändlern sich berufen fühlt. Auch die Redaktion Naturkost möchte ich abgeben. Vielleicht findet sich auf dem für Mai geplanten Bioratschlag jemand, der oder die für CONTRASTE weitermacht. Denn es ist sehr fruchtbar, wenn die Naturkostszene dadurch in geistiger Verbindung und Auseinandersetzung mit der mehr linksintellektuellen CONTRASTE bleibt. Solche Strömungen wie Dritter Weg, Scheckkartenanarchismus und Marxismus überzeugen mich zwar nicht, aber die CONTRASTE ist ein nützliches Forum für unsere Diskussion. ●

AUFRUF ZUM NATURKOST-RATSCHLAG

- ○ für radikalökologische Umgestaltung
- ○ für ein Konzept: ÜBERLEBENSMITTEL
- ○ für Überzeugungstäter und Bioladner
- ○ ohne Gummibärchen und Lutscher
- ○ für Unabhängigkeit der Bioläden vom Großhandel
- ○ gegen die Verbetriebswirtschaftlichung unserer Beziehungen
- ○ für Aufrichtigkeit, Liebe und Menschlichkeit
- ○ für fruchtbare Ideen und neue Taten

Initiatoren dieses Aufrufs: Wolfgang Otto, Kassel; Achim Wagner, Usingen; Rudolf Dörr, Vlotho; Jan, Mutter Erde, Saarbrücken; Werner, Schwarzwurzel, Ludwigshafen.
Termin: 22.6. bis 24.6.1990
Vorbereitung: (keine endgültige Anmeldung) gegen 5,00 DM für Porto und Diskussionspapiere über:
CONTRASTE, Redaktion Naturkost, Herrmann Cropp, Postfach 1811, 4500 Osnabrück, ☎ (05402) 73 73.

(NOCH) KEINE DAUERHAFTE EINRICHTUNG

Frauen-Nacht-Fahrdienst bei puk mincar

Puk minicar ist nach außen eine GmbH, nach innen ein Selbstverwalteter Betrieb. Fast alle KollegInnen sind GesellschafterInnen (nur die ganz Neuen nicht) und entscheiden alle wichtigen Angelegenheiten des Betriebes. Als Mietwagenunternehmen arbeitet puk minicar kaum politisch, auch sind die politischen Auffassungen der Belegschaft diffus und unterschiedlich. Im Februar 1989 jedoch entschieden sich die GesellschafterInnen zu einem ungewöhnlichen Projekt: Einstimmig wurde die Einrichtung eines Frauen-Nacht-Fahrdienstes (FNF) beschlossen.

Doris (puk minicar), Redaktion Heidelberg ● Hintergrund dafür war das erschreckend gewalttätige Klima gegenüber Frauen in der Stadt, gepaart mit dem erklärten subjektiven Angstempfinden vieler Frauen, die minicars nutzen. Wichtig war uns von Anfang an, den FNF von dem Schutzargument wegzubringen, das in manchen Städten Frauneninitiativen zum FNF gekippt hat: Mancherorts sind plötzlich Taxiunternehmer zusammen mit – meist CDU-Ratsgruppen aufgetreten, haben sich als Beschützer der Weiblichkeit produziert und ihre Kassen klingeln lassen.

Dieses Schutzargument ist aber sehr gefährlich, denn es suggeriert ein nicht zu erreichende Sicherheit für Frauen und kann sogar gegen die volle Bewegungsfreiheit von Frauen gerichtet werden („hättest du ein FN-Taxi benutzt, wäre – was auch immer – nicht passiert"). Vom Ansatz her schürt es eher noch das subjektive Angstempfinden von Frauen und stärkt sie nicht in dem Willen, ihre Interessen durchzusetzten, sondern engt sie ein. Uns war es demgegenüber wichtig, auch in Gesprächen mit Frauengruppen der Stadt, auf die Auswirkungen des Gewaltklimas hinzuweisen. Untersuchungen aus Bielefeld haben ergeben, daß eine häufige Reaktion von Frauen darin besteht, nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr wegzugehen, oder die Gestaltung des Abends außerhalb der Wohnung nur dann überhaupt zu planen, wenn sich eine Begleitung finden läßt.

„Vehikel" zur Mobilität

Genau dagegen richten sich Überlegungen zum FNF. Er ist zu verstehen als Vehikel zur Mobilität von Frauen. Er soll die Möglichkeiten für Frauen ergößern, ihre Abendaktivitäten selbstbewußt und unbelastet durchzusetzten und durch stärkere Präsenzen im öffentlichen Raum ihre Kraft und Solidarität gegenüber Männergewalt zu erleben. Zunächst planten wir den FNF als Sammelfahrdienst. Wenn mehrere Frauen zusammen aus demselben Grund ein Auto benutzen, um von zu Hause weg und wieder zurückzukommen, sind Gespräche über Männergewalt gegen Frauen wahrscheinlich. In den Autos könnten Informationsmaterialien zu Treffen, Selbsthilfegruppen, geplanten Aktionen ausliegen...

Der Sammelfahrdienst wurde uns von der Bezirksregierung Braunschweig verboten. Sammeltransporte sind im Mietwagenrecht nicht vorgesehen. Lapidarer Schluß in Braunschweig: es kann nicht sein, was es nicht gibt. Hamburg Bergedorf hat in dieser Hinsicht ganz andere Erfahrungen gemacht. Hier wurde den Initiatorinnen von FIF (Frauen in Fahrt) nahegelegt, zur Durchführung ihres Sammelfahrdienstes ein Mietwagenunternehmen zu gründen! Hamburg schloß demzufolge aus dem Mietwagenrecht andersherum: was nicht explizit verboten ist, das ist erlaubt. Behördenwillkür.

Da wir unsere Ideen nicht geheim hielten, sondern sie im Gegenteil mit möglichst vielen Frauen besprechen wollten, bekam ungefähr im April 89 auch ein ortsansässiges Taxiunternehmen Wind davon und versuchte, sie – wie oben beschrieben – für sich auszuschlachten. Hallo Taxi sorgte sich um die Sicherheit von Frauen der Stadt und trug ihnen seinen Schutz an. Ab Sommer bot Hallo Taxi einen verbilligten FN-Tarif auf eigene Rechnung an. Die Hälfte der Einbußen aus jeder einzelnen Fahrt gehen zu Lasten der einzelnen FahrerIn. In Stoßzeiten, wenn das normale Geschäft blüht, werden den Frauen bei der Bestellung von der Zentrale Wartezeiten von einer Stunde angekündigt. Diese Behandlung führte die meisten Frauen zu puk minicar, wo es keine Unterschiede im Bedienstandard zwischen „normalen" Aufträgen und FN-Fahrten gibt.

Dies, zusammen mit einem kurzen Artikel in der Regionalzeitung und Mundpropaganda, ließen die Auftragszahlen des ab 1. Sept. 1989 bei puk minicar – ebenfalls auf eigene Rechnung – angebotenen FNF drastisch ansteigen: Im August (also zum Normaltarif) ca. 600 alleinfahrende Frauen. Ab September (im FNF) 1.200 Fahrten, Oktober 1.700, November 1.900, Dezember 2.200, Januar 1990 2.000. Bei puk minicar gibt es Stundenlohn, anders als bei den auf Provisionsbasis arbeitenden TaxifahrerInnen. Umsatz minus Kosten heißt die Formel, aus der mehrmals im Jahr die Stundenlöhne berechnet werden. Lohngleichheit ist garantiert: Auch in der Verwaltung und in der angeschlossenen Kneipe (Salamanca) gilt für alle ein Stundenlohn von ca. DM 7,50 – branchenüblich wenig... Im Dezember war abzusehen, daß sich für puk minicar Einbußen von ca. DM 7.000 pro Monat ergeben werden.

Für die Stadt: Kein Handlungsbedarf!

Dementsprechend stellten wir im Dezember 89 einen Antrag auf Zuschüsse an die Stadt Göttingen mit der Forderung nach eben diesem Betrag monatlich bis zur Fertigstellung eines langfristigen und abgesicherten Konzeptes. Für die langfristige Sicherung eines FNF forderten wir die Einrichtung einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Frauenbeauftragten der Stadt Göttingen, Hallo Taxi, puk minicar und Frauengruppen der Stadt (evtl. den Stadtwerken). Unser erster Konzeptvorschlag sah ein Fahrkartensystem vor, an dem die Stadtwerke in Form des Kartenverkaufs beteiligt sein sollten.

Der Antrag wurde in beiden Teilen vom Rat der Stadt gebilligt, der „haushaltsrelevante" Teil jedoch an den Finanzausschuß überwiesen mit der Maßgabe der Mittelbereitstellung. Der Finanzausschuß sah allerdings keinen Handlungsbedarf und beriet erst gar nicht über FNF. Resultat: Es gibt keine Zuschüsse für 1990. Puk minicar mußte den FNF mit aufgelaufenen Einbußen von DM 30.000,– Anfang Februar aussetzen.

Interessant sind für uns die Reaktionen: Von politischen Motiven bis hin zu dem Argument, daß noch keine Stadt so billig an einen FNF-Modellvesuch gekommen sei, hatten erstmal alle Fraktionen per Lippenbekenntnis ihre Bereitschaft zur Unterstützung erklärt. Auch wenn puk minicar ca. 120 Arbeitsplätze in der Stadt sichert, ob mann's fördern sollte, wo es doch nach innen nicht so richtig marktwirtschaftlich funktioniert...? Und Frauenpolitik ist's auch noch... Da sind der Ausbau des Individualverkehrs oder andere Projekte doch prestigeträchtiger. Jetzt, wo die Klippe der ja immerhin öffentlichen Haushaltsverhandlungen glücklich umschifft ist, klingt es auch wieder klarer: Nix ohne Kontrolle, kein Fahrdienst für Frauen, sondern Ersatz für den – teuren – öffentlichen Personennahverkehr in den Abend- und Nachtstunden. Verwertung der von uns erstellten, detaillierten Auswertungen zu eigenen Zwecken.

Bei den FNF benutzenden Frauen ist die Reaktion tendenziell einhellig: Von Äußerungen wie „für Frauen ist nie Geld da" bis hin zu der eindeutigen „manchmal kann frau nur dreinschlagen" ist das Ziel ihrer Wut klar: Stadtväter.

Bezahltes Engagement ist anrüchig

In Frauengruppen ist die Diskussion wieder offen: FNF als selbstorganisiertes reines Frauenprojekt oder von puk minicar durchgeführt oder überhaupt ganz andere Mittel, sich gegen Männergewalt durchzusetzen, stehen zur Debatte. Dabei spielt auch der Status von puk minicar eine Rolle: Wer politische Inhalte damit verbindet, seinen/ihren Lebensunterhalt zu verdienen, dessen/deren politisches Engagement ist anrüchig. So jedenfalls klingt es z.T. aus politisch – ehrenamtlich – arbeitenden Gruppen. Ein Problem, mit dem wohl viele Projekte zu kämpfen haben, es sei denn, ihr politisches Engagement und ihr Broterwerb fallen inhaltlich zusammen.

Dennoch: Wir setzen uns – auch und gerade aus politischem Engagement – weiterhin für die dauerhafte Einrichtung eines Frauen-Nacht-Fahrdienstes in Göttingen ein. ●

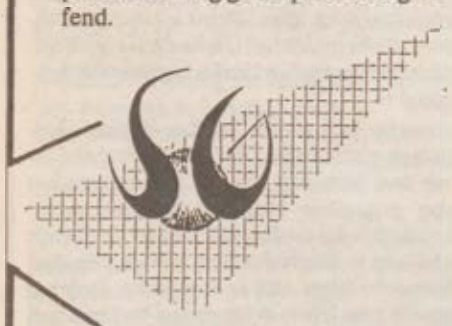
Anzeige

Aufruf zum Beitritt

Erfahrungen haben gezeigt, daß die Arbeit für eine alternative Sozialpolitik auf eine breite Grundlage gestellt werden muß, wenn sie die wünschenswerte Wirksamkeit entfalten will.

Die Sozialpolitische Gesellschaft stützt sich auf einen weit gefaßten Begriff von Sozialpolitik, der tief in die Bereiche der Gesundheits-, Bildungs-, Kultur-, Wirtschafts-, Ökologie-, Innen-, Entwicklungspolitik reicht.

Wir bitten der Sozialpolitischen Gesellschaft beizutreten, alle an (Fach)-Hochschulen Lehrende; im Sozial-, Bildungs-, Gesundheitsbereich in großen Institutionen und bei kleinen Trägern Tätige; sozialpolitisch Engagierte aus Parlamenten, Gemeinden, Kirchen, Gewerkschaften; Studierende; Betroffene; alle Leute, gleich welchen Geschlechts, Alters, Berufs, die seit 1968, schon vorher oder erst später, finden, daß auf dem sozialpolitischen Felde etwas verändert werden muß und dies parteiunabhängig und parteiübergreifend.



Einladung: Zukunftswerkstatt

Die Sozialpolitische Gesellschaft wird **vom 27. - 29. 4. 1990** in Kassel mit einer Zukunftswerkstatt zum Thema Sozialpolitik eigene inhaltliche Schwerpunkte entwickeln und sich der Öffentlichkeit vorstellen.

Sozialpolitische Gesellschaft
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2

○ Ich möchte der S.G. beitreten
○ Schickt mir bitte weitere Infos über die S.G.
○ Schickt mir Unterlagen zur Zu kunftswerkstatt

Adresse: Unterschrift:

DAS VERFLIXTE GELD – 5. FOLGE (FORTSETZUNG)

Geld und Zins

Die Höhe der gesamten Zinsbelastung in der Bundesrepublik

Nimmt man erst einmal die Schuldenzinsen, dann werden dafür in der BRD täglich gut 600 Mio. DM fällig. Alleine die öffentlichen Kassen müssen jeden Tag (einschl. Samstag und Sonntag) rund 165 Mio. DM zahlen. Umgelegt auf jeden bundesdeutschen Haushalt oder Beschäftigten (jeweils 27 Mio.) ergibt sich ein gesamter Schuldenzinsanteil von rund 22 DM pro Tag.

Aber Zinsen müssen nicht nur für Kredite gezahlt werden, sondern für alle wirtschaftlich eingesetzten Sachvermögen. Denn jeder, der sein Geld in eine Produktionsanlage oder in ein Miethaus steckt, will daraus mindestens den gleichen Profit ziehen, den er bei der Bank ohne jede Mühe für seine Geldanlage erhält. Das heißt, der Geldzins ist nicht nur die Hürde vor jeder Investition, er setzt auch mit seiner Höhe das Mindestmaß ihrer erforderlichen Rentabilität.

Nimmt man die Zinsen für dieses Sachkapital hinzu (soweit unverschuldet, sonst gäbe es eine Doppelzählung!), kommt man etwa auf die doppelte Größe der vorhin für die Schulden aufgeführten Beträge. Das heißt, jeder bundesdeutsche Haushalt muß jeden Tag im Durchschnitt gut 40 DM an Zinsen aufbringen, versteckt in allen seinen Ausgaben. Bezieht man die Größe auf die Arbeitsleistenden, dann muß jeder an jedem der fünf Arbeitstage für rund 65 Mark mehr produzieren (und das heißt entsprechend länger arbeiten und die Umwelt belasten!) als er selber für seinen Arbeitslohn an Gegenwert erhält. Und dieser Anteil nimmt tendenziell zu, auch wenn er (was die Konjunktur nach 1982 beflügelte) aufgrund der Zinssatzsenkungen vorübergehend relativ zurückgegangen ist.

Die Folgen des Zinstransfers

Natürlich stehen den gezahlten Zinsen auf der anderen Seite empfangene gegenüber, wenn auch um die Bankmarge verkürzt. Während jedoch an den Zinslasten jeder Haushalt seinen Ausgaben entsprechend beteiligt ist, fließen die Zinserträge nur denjenigen zu, die über zinsbringende Geld- oder Sachvermögen verfügen. Diese sind aber sehr unterschiedlich verteilt und konzentrieren sich außerdem immer mehr bei den bereits wohlhabenden Minderheiten.

Obwohl fast jeder Haushalt über ein Sparbuch verfügt, sind die Verteilungsdiskrepanzen erheblich. So war, nach der letzten Stichprobenerhebung des Statistischen Bundesamtes, die ärmere Hälfte der privaten Haushalte nur mit knapp vier Prozent an den gesamten Geldvermögen beteiligt, so daß bei der anderen Hälfte 96 Prozent zu Buche schlugen. Und auch hier konzentrierte sich das Gros aller Geldvermögen bei weniger als den letzten zehn Prozent!

So verständlich also die Freude über die jährlich gutgeschriebenen Sparbuchzinsen sein mag, sie wird bei rund 90 Prozent der Haushalte dadurch getrübt, daß diese Gutschrift aus der eigenen Tasche stammt und sie einen meist vielmals größeren Zinsbetrag an jene zahlen mußten, die bereits auf der Sonnenseite leben. Das heißt, das Gros der Haushalte erhält am Jahresende nur einen Bruchteil jener Zinsen zurück, die man ihnen im Laufe des Jahres über alle Ausgaben aus der Tasche gezogen hat.

Jeder kann sich im übrigen leicht ausrechnen, ob und in welcher Höhe er am Zinsmonopoly als Gewinner oder Verlierer beteiligt war: Man braucht nur seine gesamten Zinserträge mit einem Drittel der gesamten Jahresausgaben (einschl. Steuern usw.) zu vergleichen. Ist der letztgenannte Betrag größer als die Zinseinnahmen, ist man Verlierer, im anderen Fall Gewinner, und zwar jeweils in der Höhe der Differenz. Man kann das aber auch anders darlegen: Wer beim Zinsspiel nicht verlieren will, muß ein zinsbringendes Vermögen haben, das etwa siebenmal so groß ist wie die jährlichen Bruttoausgaben. Bei rund 90 Prozent der Haushalte liegt das Vermögen unter dieser Grenze, bei rund 10 Prozent darüber. Und die Größen beiderseits dieser Grenze verschieben sich immer mehr gegeneinander: Während beim Gros der Haushalte die Vermögen langsamer zunehmen (und eine wachsende Gruppe sogar rückläufige Größen hat oder in den Schuldensumpf gerät), nehmen die Vermögen der besitzenden Minderheit immer rascher zu, und damit die Beschleunigung des Einkommenstransfers von der Arbeit zum Besitz.

Das alles ist die Folge des Zins- und Zinseszinseffekts, der mit unserem Geld verbunden ist und es von einem dienenden Tauschmittel zu einem belastenden Herrschaftsmittel macht. Und der gutgemeinte Versuch der Staaten, diese zinsbedingte Umverteilung zugunsten der Besitzenden durch Rückverteilungen an die Mehrheit auszugleichen, ist angesichts der wachsenden Diskrepanzen zwangsläufig zum Scheitern verurteilt, vor allem, wenn die Umwelt dem ständigen Wirtschaftswachstum Grenzen setzt.

Nicht die Sozialhilfeempfänger oder Arbeitslosen zerstören also das soziale Netz, sondern es wird letztendlich von den anschwellenden Zinsströmen zerrissen. ●

Anzeige

atom Nr. 29

Aus dem Inhalt

★ **Wendland:**
Hüttendorf und Großdemo

★ **Energiekolonie DDR?**
Mit Braunkohle und Atomkraft in die Krise
AKW Greifswald stillegen!

★ **Energiepolitik:**
Strategiepapier der VDEW

★ **Internationales:**
UdSSR, Argentinien, Uran

★ **Klimakatastrophe:**
Der atomare Irrweg

★ **Standorte:**
Krümmel, Würgassen, Kärlich, US-Atommüll u.a.

★ **Kriminalisierung:**
Fritz Storim ist frei
Startbahn-Prozesse

Mit 84 Seiten die stärkste Einzelnummer aller atom-Zeiten!

atom erscheint jeden zweiten Monat. Preis: DM 4,–
Abo (5 Ausgaben): 25 DM

Bestelladresse:
atom, Postfach 1109
2120 Lüneburg

JOBS

Gesundheitstag '90 Kassel sucht Mitarbeiter
Als gemeinsame Veranstaltung des Gesundheitsladen Kassel, der KISS Kassel und der Firma ConPlan findet für die Region Kassel-Göttingen-Marburg, neben der Umwelt- und Gesundheitsmesse „ÖKOGESA", vom 22.-24. Juni '90 wieder ein Gesundheitstag statt, mit vielfältigem kulturellen Angebot und auf dem Gelände der Ingenieurschule Kassel.
Hierfür sucht der Gesundheitsladen noch Mitarbeiter, die bei der Organisation und weiteren Arbeiten helfen möchten.
Auch weitere inhaltliche und kulturelle Anregungen und Angebote werden gesucht.
Kontaktadresse:
Verein Gesundheit und Ökologie e.V.
Mönchebergstr. 33
3500 Kassel
☎ (0561) 87 15 68

Sped.-kauffrau mit Berufserf. für selbst. Arbeiten von arbeitnehmerverwalteten Betrieb in Bielefeld gesucht. Bewerb.-Unterl. m. Gehaltsvorst. an:
Collitrans GmbH
Walther-Rathenau-Str. 77
4800 Bielefeld 1

Für den weiteren Ausbau unserer Möbel- und Umzugssped. suchen wir zum 1.4.90 oder später eine(n) versierte(n) MitarbeiterIn mit Fach- und Sachkenntnissen. Handwerkliche Vorbildung aus dem Holzbereich oder Elektro-/Sanitärbereich sowie Führerschein Klasse II sind von Vorteil.
Bewerbungsunterlagen mit Gehaltsvorstellungen an:
Collitrans GmbH
Walther-Rathenau-Str. 77
4800 Bielefeld

Kultur- & Kaffeehaus in Stuttgart sucht neue „Fulltime"-Kräfte mit Langzeitperspektive ab Sommer:
1 MitarbeiterIn mit Schwerpunkt Kultur
1 Mitarbeiterin mit Schwerpunkt Gastronomie
Schriftliche Bewerbungen bis 1. April an:
Merlin Stuttgart
Furtbachstr. 14
7000 Stuttgart 1

Radio- und Fernsehtechniker für Selbstverwalteten Betrieb gesucht.
Werkhof
Hohentorsheerstr. 160
2800 Bremen 1
☎ (0421) 50 05 73

Tischlerkollektiv, 4w./6m. sucht Tischlerin.
Firma Holzcoop
Brabantstr. 73
5100 Aachen
☎ (0241) 50 49 38

München – Baukollektiv sucht vielseitige/n HandwerkerIn mit guten Kenntnissen im Zimmern.
☎ (089) 430 04 50 (Hartmut)
oder 4. Welt Kooperative
Augsburgerstr. 13
8000 München 2

Wir suchen ab sofort Mitarbeiter/innen für unsere Tagungsstätte Humboldt-Haus (Bereich Teestube und Hotel)
Die Arbeit besteht hauptsächlich in der unmittelbaren Betreuung und Bewirtung der Tagungsteilnehmer und Teestubengäste sowie in der Pflege der Teestuben-, Tagungs- und Hotelräume.
Das Humboldt-Haus in Achberg (Nähe Lindau am Bodensee) steht als selbstverwaltetes Projekt in engem Zusammenhang mit dem Unternehmensverband «Aktion Dritter Weg» und der Demokratie-Initiative für die dreistufige Volksgesetzgebung.
Die Anschrift ist:
Humboldt-Haus, 8991 Achberg
Tel.: 08380-500 (18 bis 19 Uhr)

EMMAUS Stgt e.V. bietet Mitarbeit an. Wir sind ein Wohn- und Arbeitskollektiv mit Holzwerkstatt, Ablaugerei, Gebrauchtmöbelhandel u. Transporte, z. Zt. 6 Leute.
Näheres unter
☎ (0711) 24 05 86 o. 89

Wir suchen eine **Landschaftsgärtnerin** (Frau bevorzugt) mit Erfahrung, die Lust und Kraft hat, ab Frühjahr mit uns zu arbeiten. Wir arbeiten hauptsächlich in Berlins Hinterhöfen, sind 6 Leute (2w & 4m) und nach mittlerweile 9 Jahren z.Zt. in einer Neuorientierungsphase und/aber immer noch Kollektivbetrieb (logisch).
Ruf an: ☎ (030) 694 54 40
oder schreibe:
Rehbein GmbH
Sanderstr. 26
1000 Berlin 44

Vollkornbäckerei-Kollektiv in Hannover sucht Menschen für die Konditorei und Bäckerei.
Doppelkorn & Cafe Klatsch
Limmerstr. 58
3000 Hannover 91
☎ (0511) 45 52 31

Wir suchen **ElektrikerIn** und **SchlosserIn** (oder verwandte Berufe) zur Arbeit im Kollektiv.
Komet GmbH
Olgastr. 46
7060 Schorndorf
☎ (07181) 38 76

Du bist **Landschaftsgärtnerin**, vielleicht sogar mit Ausbildungsberechtigung oder Baustellenerfahrung? Oder hast ein Studium im Bereich Landespflege und trotzdem noch Lust auf's draussen schaffen?
„Die Bäumler", Garten- und Landschaftsbaubetrieb in Selbstverwaltung mit derzeit 7 Menschen sucht ab Frühjahr '90 dringend langfristig Verstärkung.
☎ (07022) 3 60 60 (18-19 Uhr werktags)

Das Holzkollektiv München (Schreinerei) sucht **SchreinerIn** oder **berufsverwandte/n HandwerkerIn** mit Berufserfahrung zwecks Einstieg ins Kollektiv
Bayuwaren werden bei gleicher Eignung bevorzugt. Wochenendheimfahrer zwecklos.
☎ (089) 530 96 26

Wir, das Seminarzentrum Lindenhof suchen für unser Projekt noch kreative MitarbeiterInnen der/die Kenntnisse im biologischen Gartenbau haben und auch sonst zupacken können. (Wohnung vorhanden)
☎ (09204) 4 18

JOBSUCHE

Zimmermann sucht Job ab März in südlichen Gefilden.
☎ (0941) 99 19 17

Ich suche nach beendeter Ausbildung/Umschulung (Offsetdrucker) ab September '90 oder später eine Druckerei und bitte um Stellenangebote mit kurzen Angaben zur Betriebsorganisation und -ausstattung. Danke. Meine Adresse:
Martin Nuss
Mittelberg 14/1 - 7950 Biberach

FRAUEN

(Wo) gibt es in der BRD Frauen, die auf und mit dem Land leben und arbeiten? Und auch noch Platz für eine haben? Freue mich auch über Tips.
Chiffre: Frauen/Land

Suche Frauenkollektiv, bei dem ich Ausbildung als Gemüsegärtnerin (ökolog. Anbau) machen kann. Freue mich auch über Tips.
Chiffre: Gemüsegärtnerin

KONTAKTE

33 Jahre alter gestreßter Mitarbeiter in einer Gruppe für psychisch Behinderte, sucht auf diesem Wege einfache Frau. Der Aufbau einer Beziehung sollte nicht als ausgeschlossen betrachtet werden.
Post an: E. Kempf
Am Schönenkamp 110
4000 Düsseldorf 13

PROJEKTE

Neue Perspektiven gesucht!
Wir (2w, 2 Kids, 2m) wollen in ein Projekt einsteigen. Ausbaufähig sollte es sein (bis ca. 20 Leute) mit ausreichend Raum für unsere pol. (Arbeits-)Interessen, welche sind: Tagungshaus, Bildungsarbeit, ök. Gartenbau, Bioladen, Kino, Kulturarbeit, alt. Energien, Cafe, Kindergruppe... (und alles erdenklich Zwischenmenschliche jenseits der vielen Arbeit) oder hierfür das geeignete Gelände/Gebäude und Leute, die ähnliches wollen.
☎ (0251) 78 47 38 o. (02663) 87 97

SONSTIGES

Studie zur ökologischen Stadterneuerung
Die Notwendigkeit des ökologischen Stadtumbaus wird immer weniger bestritten, dennoch fehlt es weitgehend an der entsprechenden städtebaulichen Praxis.
Beispiele der Umsetzung ökologischer Überlegungen dürften daher in der Öffentlichkeit auf großes Interesse stoßen.
Der Arbeitskreis Berliner Selbsthilfegruppen im Altbau e.V., Liegnitzer Str. 18, 1000 Berlin 36, ☎ 611 57 53 hat eine Studie mit dem Titel „Ökologischer Stadtumbau in der baulichen Selbsthilfe – eine Bestandsaufnahme ökologischer Maßnahmen in 23 Projekten mit einer Materialsammlung zum ökologischen Bauen" erarbeitet, die zum Selbstkostenpreis von DM 10 (+ 3 DM Versandkostenpauschale) gegen Vorauszahlung auf das Konto 3094101 bei der Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 100 205 00) erhältlich ist.

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

LESERBRIEF

Runde Tische im Niemandsland
Angesichts der Bundestagsdebatte überfiel mich eine Horrorvision: Soll dieser johlende Haufen von Wahlkampfhähnen das Vorbild werden für die Demokratisierung in der DDR? Und noch ein Alptraum: Naht die Wiedervereinigung beider Deutschländer zu einer DBR – zur Deutschen Bürokratischen Republik?

Dagegen gilt es konstruktive Visionen zu entwickeln – einige seien hier als ernsthafte Vorschläge aufgezeigt:

Erstens: der „Runde Tisch" wird zu einer dauerhaften Einrichtung in der DDR auch über die Wahlen im Mai hinaus – und er wird ebenso in der Bundesrepublik eingeführt! Er ist weit mehr als eine Notlösung: der Runde Tisch ist geeignet zu einem Modell direkter Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen und zum Übergang von einer bloß repräsentativen zu einer wirklichen Demokratie.

Zweitens: Sollten sich die Regierenden so viel Bürgernähe noch nicht zumuten wollen, so bilden interessierte und engagierte Menschen selbst solche Foren auf Bundes- und Kommunalebene und selbstverständlich auch einen gesamtdeutschen Runden Tisch. Hier erarbeiten und veröffentlichen sie Vorschläge und Impulse, die nicht mehr zu überhören sind.

Drittens: Mit dem gleichen Eifer, wie die wirtschaftliche Annäherung betrieben wird, beginnen beide Seiten umgehend, die Grenze zwischen DDR und BRD zu entminen. Von östlicher Seite werden Tretminen und Selbstschußanlagen entfernt bzw. entschärft, von westlicher Seite Atomminen und -schächte und dergleichen entlang des Grenzstreifens beseitigt. Das „Niemandsland" wird zum „Jedermenschland", zu einem Grüngürtel der Begegnung, mit vielen runden Tischen für Gespräche, Erfahrungsaustausch und Lösungssuche in Krisenfällen, für gemeinsame Feste, Lernprozesse und Zukunftswerkstätten. ●

Birgit Berg
freie Autorin

Mehr als 1000 Worte über unsere Leistungsfähigkeit zeigt Euch CONTRASTE*
TEXTLINE Satz und Software Entwicklung
Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 73496
* CONTRASTE wird gesetzt und umbrochen mit PDP Textline 5

Wir haben das komplette Lieferprogramm!
Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.
Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr
Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!
blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel
blätterwald
Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 65 15 64;
Rhein/Main, 6370 Oberursel 5, Petra Inden, ASH-Krebsmühle, ☎ (06171) 7 60 88; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10, ☎ (0561) 2 28 38; 6900 Heidelberg 1, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎(06221) 1 34 02; 7053 Stetten, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (0031) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎ (030) 693 53 51; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2, AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 1 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:
☎ (06221) 16 24 67

Vertrieb:
☎ (06221) 1 34 02

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

anti-atom-aktuell

die anti-atom-aktuell ist eine bundesweite Zeitung der Anti-Akw-Initiativen

monatlich aktuell:
- Infos von den Standort BIs über Aktionen, Termine, Diskussionen und Einschätzungen
- Berichte von Treffen und Veranstaltungen und Konferenzen.
- Infos über Atommülltrasporte, Uranabbau, Atomanlagen, End- u. Zwischenlagerpläne
- Internationale Nachrichten: über die Europäisierung und aus aller Welt
- Infos über die Zivil-Militärische Nutzung, Proliferation, Atomschiebereien
- Berichte über Strategien und Taktiken der Atommafia
- Atomstaat - Kriminalisierung neue Sicherheitsgesetze -
- Neue und Alte Recht in den Umweltbewegungen
- Adressen, Kontakte, Materialien

Pobeheft anfordern (g. Portospende)! oder direkt abonnieren: Jahresabo 60 DM

A.Eberhard, - Sonderkonto - Postgiro Dortmund Nr.: 2975 45- 465, BLZ: 440 100 46

aaa c/o Umweltzentrum Scharnhorststr.57,44Münster 0251/521112 (Do.13-18 Uhr)

ALTERNATIVE MONATSZEITUNG
MOZ
FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Radikal gegen die Extremisten der Mitte

Abo zu DM 50,- durch Einzahlung auf Konto Nr. 58297 BLZ 508 648 08, Volksbank Seeheim eG oder Probeexemplar bei
Grün-Alternativ Verlag
Neulerchenfelder Straße 12, A-1160 Wien, Österreich, Telefon 0222/48 35 71

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

UMDENKEN

Modelle in Selbstverwalteten Projekten. «Jenseits von Einheitslohn und Vollversammlung».
Entlohnung bedeutete im Selbstverwalteten Projekt früher meistens Einheitslohn, weil nur der als gerechter Lohn erschien. Mittlerweile gibt es viel mehr Lohnmodelle: Trennung von Arbeit und Einkommen, Bedarfslohn, einheitlicher Stundenlohn, Leistungslohn, kollektivselbständiges Einkommen. Es werden an zwei Abenden verschiedene Lohnmodelle vorgestellt und ihre Vor- und Nachteile diskutiert, um Anregungen zu geben für Veränderungen im eigenen Projekt. An zwei weiteren Abenden werden verschiedene Organisations- und Strukturmodelle in Selbstverwalteten Betrieben und Vereinen vorgestellt. Es geht um die Fragen: Wo werden strategische Planungen durchgeführt und wo werden Entscheidungen getroffen, wo findet die tägliche/wöchentliche Koordination statt, soll eine Kontrollebene angesiedelt werden und wenn ja, wo?
Lohnmodelle: 2 Abende, Mi. 28.2. und 7.3.90, 19Uhr
Organisations- und Strukturmodelle: 2 Abende, Mi. 14.3. u. 21.3.90, 19 Uhr
Ort: Netzwerk Hamburg
Information:
Umdenken
Max-Brauer-Allee 116
2000 Hamburg 50
☎ (040) 389 52 70

KOBI

Einführung in die Organisationsentwicklung
– Nur was sich entwickelt ist lebendig – Wochenendseminar mit Hubert Kant von der IBEK Karlsruhe vom 27.-29.4.90 beim Kommunikativen Bildungswerk in Dortmund (ohne Übernachtung!)
Organisationsentwicklung dient der Verbessserung unserer Arbeitsbedingungen und soll Freiraum schaffen für unsere persönliche Entfaltung und Kreativität. An diesem Wochenende geht es darum, wie man systematisch und planvoll Veränderungsprozesse für Organisationen einleiten kann.
Information & Anmeldung: s.u.

Projekte und Initiativen erfogreich initiieren eine Bildungsurlaubswoche zum Thema **Existenzgründung in sozialen und pädagogischen Tätigkeitsfeldern** vom 14.5. bis 18.5.90 beim KOBI Dortmund.
Themen dieser Woche werden sein:
- Projektplanung und Projektorganisation
- Rechtsfragen
- Finanzierungsquellen und -konzepte
- Öffentlichkeitsarbeit
- Durchsetzungsstrategien

Für diese Woche gibt es einen ausführlichen Prospekt beim:
Kommunikativen Bildungswerk e.V.
Adlerstr. 83
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 14 31 23

ISO

Kollektives Managment «Was tun»
Das kennt jeder: Mit großem Engagement setzt man sich zusammen, beginnt ein Projekt, gründet einen Betrieb. Aber schon nach kurzer Zeit wird es schwierig: Arbeiten werden doppelt erledigt – Besprechungen dauern endlos – einige werden zu Machern.
Dabei ist eine gut funktionierende Teamarbeit der hierarchischen Arbeitsorganisation weit überlegen. An diesem Wochenendseminar könnt Ihr Eure Teamfähigkeit verbessern. Ausgehend von konkreten Arbeitsaufträgen werdet Ihr Methoden zur effektiven Teamarbeit erarbeiten. Ihr werdet lernen, Eure Fähigkeiten und die der Anderen, optimal für gemeinsame Ziele einzusetzen. Alle Aufgaben sind in einem gleichberechtigten Team zu lösen.
Termine: 9.-11.3.90 & 4.-6.5.90
Information & Anmeldung:
ISO c/o M. Paulini
Bachstr. 22 - 6100 Darmstadt
☎ (06151) 37 73 33

WIESBADEN

Der Verein zur Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung e.V., Wiesbaden behandelt in der Vortragsreihe «Steuerrechtsänderungen 1990» folgende Themen:
○ Sonstige Änderungen durch die Steuerreform 1990 (z.B. Hausbesteuerung, Sonderausgaben, kinderbedingte Steuererleichterungen, Vermögensbildung) **am Mittwoch, 21. März 90, 19.30 h**
○ Änderungen des Sozialversicherungsrechtes ab 1990, insbesondere bei den Aushilfen **am Mittwoch, 25. April 1990, 19.30 Uhr**
○ Auswirkungen und Gestaltungsmöglichkeiten durch das Vereinsförderungsgesetz ab 1990 auf die Vereinsbuchhaltung und die Vereinsbesteuerung **am Mittwoch, 16. Mai 1990, 19.30 Uhr**
Alle Veranstaltungen finden im Cafe des Hilde-Müller-Hauses, Wallufer Platz 15 in Wiesbaden statt. Der Eintritt ist frei.

KULTUR

Erstes Festival «Neuer Türkischer Film»
in Essen vom 24. bis 29.4.1990
Erstmalig in Europa wird die türkische Filmkunst in so umfangreichen Rahmen präsentiert.
Den Schwerpunkt dieses Filmfestivals bildet die türkische Filmproduktion der letzten 10 Jahre, aber auch ältere türkische Filmkunst ist vertreten.
Wir zeigen einen repräsentativen Querschnitt türkischer Spielfilme, Kurz-und Dokumentarfilme sowie zusätzlich ein Programm mit Filmen aus der BRD von türkischen und deutschen Filmemachern über die Lebenssituation türkischer EinwanderInnen hier. Mehrere bundesrepublikanische Erstaufführungen und Premieren werden in dieser Woche stattfinden.
Das Programm umfaßt ca. 50 ausgewählte Filme und zahlreiche begleitende Veranstaltungen wie Fachgespräche, Seminare, Diskussionsrunden mit GesprächsteilnehmerInnen aus der türkischen und deutschen Filmszene sowie Workshops, Ausstellungen, Konzerte etc...
An der Präsentation der Filme beteiligen sich neun Essener Innenstadtkinos. Dazu wird in Kürze ein umfangreiches Festivalprogramm erscheinen, das unter folgender Anschrift erhältlich ist:
Projekt Neuer türkischer Film
c/o Zeche Carl
Jörg Stüdemann
Hömannstr. 10
4300 Essen 12

TAGUNGSHÄUSER

Neues Programm in der Läufertsmühle
In der Läufertsmühle – Selbstverwaltetes Tagungshaus in Neckargerach – läuft im April ein neues Seminarprogramm an, das sich bis ins Frühjahr '91 hinein erstreckt.
Das Programm besteht aus mehreren Seminarreihen. Themen: Hintergründe von Tai Chi Chuan (chin. Bewegungstechnik), Medien (Fotografie, Video, Computer), Architektur und Ökologie. Der größte Teil des Programms besteht aus Themen zum Thema Selbstverwaltung.
Mehr Informationen zu den einzelnen Veranstaltungen gibt's in Form von Broschüren zu jeder Seminarreihe bei:
AJS e.V. Läufertsmühle
6934 Neckargerach
☎ (06263) 16 43

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere „Lernwerkstatt" hat 29 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zimmer), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Selbst- oder Vollverpflegung (vegetarische Vollwertkost). Außerdem: Unser neuer Saal ist fertig (80 qm!!!) Haus in kleinem Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrliche Landschaft. 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Saarbrücken, Ffm. Eigenes Seminarprogramm über die Grundlagen ökologischer Politik (Rudolf Bahro).
Info und Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 oder 1031

GESUNDHEIT

Gemeinschaftsprojekt Gesundheitstag '90
Kassel mit Initiativentag
Durchführung: Gesundheitsladen Kassel/Kiss Kassel und
Ökogesa '90 Kassel
Messe für Umwelt & Gesundheit
Veranstalter: ConPlan Kongreß- & Messeplanung Kassel
vom: 22.-24. Juni 1990
Ort: Ing.-Schule GhK
Veranstaltungs- und Standanmeldungen sowie Werbeangebote für die Messezeitung über:
Verein Gesundheit und Ökologie e.V.
Mönchebergstr. 33
3500 Kassel
☎ (0561) 87 15 68

SONSTIGES

10. Bundeskongreß:
Europa '92
Verleugneter Rassismus – Verharmloster Nazionalismus
Vom 20. bis 22.4.90 in Hannover
Kontaktadresse:
Flüchtlingsrat Niedersachsen
c/o Uwe Groeber
Nardorster Str. 20
2900 Oldenburg

Seminare für Arbeitsteams und Projektgruppen bietet die Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit in den Bereichen Arbeitstechniken, Rhetorik, Pädagogische Fortbildungen, Frauenseminare, Frauenförderung und Mädchenarbeit. Anfragen richten Sie bitte an die **Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit,** Estermannstr. 204
5300 Bonn 1
☎ (0228) 67 46 63

BERLIN

CONTRASTE, Redaktion Berlin sucht Leute, die Lust und Spaß am Zeitungsmachen haben. Wir treffen uns Freitags um 20 Uhr im „Abendrot", Paul-Lincke-Ufer/Ecke Mariannenstrasse (1/36).

Bundesweite Konferenz der Anti-Atom-Bewegung. Vom 24. bis 25.3.1990 in Braunschweig.

EG-Binnenmarkt und Arbeitsrecht.
Die Vorbereitungen zur Schaffung eines europäischen Binnenmarktes laufen auf vollen Touren. Manager, Unternehmensberater, Freiberufler und Politiker bereiten sich in zahlreichen Seminaren auf dieses Datum vor.
Was aber ist mit den Gewerkschaften, den Betriebsräten, Verbrauchern, Bürgerinitiativen und Alternativbewegungen? Ist der Zug für sie bereits abgefahren?
In 4 Abendveranstaltungen wollen wir – ausgehend von Grundfragen des Arbeitsrechts sowie der EG-Institutionen – einen Ländervergleich vornehmen und sie auf bisherige praktische Erfahrungen hin untersuchen. Was erwartet die Betriebsräte multinationaler Konzerne oder mittelständischer Betriebe? Auf welche Weise können Mitbestimmungsrechte gewahrt werden, wenn der Sitz der Geschäftsleitung von Hamburg nach Amsterdam verlegt wird? Welche Möglichkeiten praktischer und institutioneller Gegenwehr gibt es? Was ist von der sogenannten „Sozialcharta" der EG zu erwarten? Und welche Möglichkeiten bieten die nationalen Arbeitsrechtsordnungen?
Termin: 4 Abende wöchentl. mittwochs
Beginn: 14.3.90, 19 Uhr
Ort: Umdenken
Information:
Umdenken
Max-Brauer-Allee 116
2000 Hamburg 50
☎ (040) 389 52 70

Zukunft Europas – auf wessen Kosten? EG '92 und „Dritte Welt". 14. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen vom 14.6. bis 17.6.90 in Nürnberg.
Anmeldung & Information:
BUKO, Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50

SCHULEN

Bundestreffen der Freien Alternativschulen vom 23. bis 25.3.90 in Berlin.
Anmeldung & Information:
Freie Schule in Berlin e.V.
Viktoriastr. 13-18
1000 Berlin 42
☎ (030) 752 07 71

Lernen in der freien Kinderschule.
Freiburg 17. bis 18.3.90
Anmeldung & Information:
Ute Mayer
Höllentalstr. 22
7800 Freiburg

REISEN

«Der nächste Sommer kommt bestimmt...»
und damit auch ein Angebot für junge Leute zwischen 18 und 27 Jahren, die gerne preiswert ins Ausland wollen.
Der gemeinnützige Verein IBG (Internationale Begegnung in Gemeinschaftsdiensten) bietet mehrwöchige Aufenthalte u.a. in der Schweiz, CSSR, Frankreich, Polen, Irland, Dänemark, England, Spanien, Türkei, USA, Kanada, Mexiko und Nordafrika an.
In diesen Auslandscamps wird an gemeinnützigen Projekten gearbeitet. Es werden Kinderspielplätze gebaut, Jugendeinrichtungen renoviert, Biotope angelegt, Wanderwege gebaut und Forstarbeiten verrichtet.
Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung sind frei und es wird ein landesorientiertes Freizeitprogramm geboten. Besondere Fachkenntnisse sind nicht notwendig, englische Sprachkenntnisse aber erforderlich.
Zu den Fahrtkosten bezahlt IBG einen kleinen Zuschuß.
Das Programm für 1990 erscheint im April. Es kann aber jetzt bereits vorbestellt werden bei:
IBG
Schlosserstr. 28
7000 Stuttgart 1
☎ (0711) 649 11 28

FEST

FRANKFURT

Das **Ökozentrum Frankfurt** lädt ein zum Feiern **am** 24.3.90 ab 20 Uhr in der Mainzer Landstr. 147, 4. Stock. Es gibt Bauchtanz, Lifemusik, Essen, Trinken, Bewegung, Rock und Percussion, Stände der einzelnen Projekte.

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN:

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖS (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !

☐ Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien.

WIR SETZEN DAGEGEN

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM (560 ÖS) abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE - Vertrieb,Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 (Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien).

...nicht nur mit der monatlich erscheinenden „Zeitung für Selbstverwaltung", sondern auch durch Aktivitäten des CONTRASTE-Vereins zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie. So ist CONTRASTE Mitinitiatorin der geplanten europaweiten Projektemesse in Berlin 1991, wo Projekte und Betriebe aus europäischen Ländern in Ost und West den verstaubten Regeln der alten Ordnung und Unterordnung ihre Vorstellungen von anderen Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensformen entgegensetzen werden – phantasievoll, lautstark und uneinsichtig.

Besser CONTRASTE fördern als die Kohlsuppe fettmachen !

- Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr. (mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
- Schickt mir erst mal Eure Satzung.
- Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname

Straße

Wohnort

Datum

Unterschrift

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE · Postfach 10 45 20 · 6900 Heidelberg